

Volksrecht

für Schlessen

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Bezugspreis: Die „Volksrecht“ erscheint wöchentlich 8 mal und in den Ausgaben der „Volksrecht“, Neue Gruppenstraße Nr. 5 und Neue Gruppenstraße 11, durch die Zweigstellen, Bismarckstraße 12, Reichelstraße 140, sowie durch alle Buchhändler zu beziehen. — Bezugspreis im voraus für ein Vierteljahr 0,40 Goldmark, monatlich 1,70 Goldmark. Durch die Post frei ins Haus 2,00 Goldmark.

Organ für die wertvolle Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2

Verantwortl. Redakteur: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3142. Postfach-Rente: Postfach-Ring Breslau Nr. 5552.

Anzeigenpreis: Je Zeile für gewöhnliche Anzeigen aus Schlessen 70 Pf. Stellenangebote 10 Pf., Familienanzeigen, Stellenangebote, Vertriebs-Veranstaltungen und Wohnungsanzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Blumstraße 4/5 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Widerritt der sozialistischen Minderheitsregierung Schwedens.

Stockholm, 2. Juni. (Eigener Fernbericht.)

Am Mittwoch kam es in beiden Kammern des schwedischen Reichstages zur Abstimmung über den Misbilligungsantrag der bürgerlichen Parteien wegen ihrer Haltung in der Erwerbslosenfrage. In der zweiten Kammer, wo Staatsminister Sandberg die Auffassung der Regierung darlegte, wurde der Antrag mit 109:114 Stimmen, in der ersten Kammer, wo Innenminister Müller die Haltung der Regierung verteidigte, mit 50:81 Stimmen angenommen. Das Kabinett wird heute zurücktreten. Mit der Neubildung der Regierung wird wahrscheinlich der Führer der Freisinnigen Ekman beauftragt werden.

Polens neuer Präsident.

Warschau, 1. Juni. (Eigener Drahtbericht.)

Die polnische Nationalversammlung wählte am Dienstag vormittag den von Pilsudski im Vorjahr gewählten Kandidaten Professor der Chemie Mojzisi im zweiten Wahlgang mit 281 Stimmen zum Staatspräsidenten von Polen. Im ersten Wahlgang kamten die Sozialisten für einen eigenen Kandidaten. Die Rechtsparteien stimmten wieder für ihren Kandidaten, den Hofwob von Polen.

Warschau, 1. Juni. (Eigener Drahtbericht.)

Der neue Staatspräsident Mojzisi wird am Freitag mittag um 12 Uhr vor der Nationalversammlung den Eid leisten. Er hat sich am Dienstag nach Chorzow in Oberschlesien begeben, um seine persönlichen Angelegenheiten zu ordnen. Voraussichtlich wird am Freitag auch die neue Regierung vor den Sejm treten, um eine Spezialvollmacht in Form eines Ermächtigungsgesetzes für die Dauer von mehreren Monaten zu fordern.

Der neue polnische Staatspräsident ist im Jahre 1867 in

konigreich Polen geboren. Er studierte später in Prag und Wien Chemie. Im Jahre 1892 wurde er wegen seiner politischen Betätigung von der zaristischen Regierung aus Warschau ausgewiesen, lebte dann nach London über und übernahm später an der Universität Freiburg (Schweiz) die Leitung eines Laboratoriums. Inzwischen trat er aus der sozialistischen Partei aus und betätigte sich nicht mehr politisch. Im Jahre 1913 erhielt er einen Ruf als Professor der Chemie an der galizischen Landesuniversität in Lemberg. Als im Jahre 1923 die Teilung Oberschlesiens erfolgte, übertrug ihm die polnische Regierung die Leitung des Städtewerkes Chorzow. Politisch ist der neue Staatspräsident heute als linksgerichteter Demokrat zu betrachten.

Der Kandidat Pilsudski ist also gewählt,

allerdings infolge der Enttäuschung der Abgeordneten durch den Marschall mit weniger Stimmen als dieser im ersten Wahlgang sammelte. Man wird annehmen müssen, daß Pilsudski jetzt seine Bemühungen fortsetzt, dem Staatspräsidenten Unabhängigkeit von dem ohne feste Mehrheit arbeitenden Parlament für längere Zeit zu geben. Von diesen erweiterten Rechten des Staatshauptes wird dann wohl weniger der politisch nie sehr aktiv gewesene Neugewählte Gebrauch machen als vielmehr der Marschall selbst, der wohl Kriegsminister und Generalstabschef bleibt, gemeinsam mit dem persönlich übrigens mit dem neuen Präsidenten seit langem befreundeten Ministerpräsidenten Professor Bariel.

Die kritische Stellung der Russen zur Richtung Pilsudski wird den neuen Männern den Wirtschaftsausschuss mit Deutschland jetzt dringend machen. Hoffentlich verjäumt Berlin nicht die Wahrnehmung dieser Chance, die sonst leicht wieder vorübergehen kann!

Das Fürsten-Kompromiß kommt noch einmal vor den Reichstag.

Die Reichsregierung hat den Mitgliedern des Reichstages am Dienstag die Vorlage zur Fürstenabfindung übermittelt. Es handelt sich um den Gesetzesentwurf, der bereits vor den Pfingstferien vom Reichsrat mit der verfassungsmäßigen Mehrheit verabschiedet worden ist und dessen Inhalt sich mit den Entwürfen, die im Reichsausschuß des Reichstages trotz wiederholter Beratungen keine Mehrheit fanden, deckt. Die Regierung will es noch einmal vor dem Volksentscheid damit versuchen.

Wieder ein rechtsstehender Staatssekretär! Der General-

kommissar im Ministerium für die besetzten Gebiete, Dr. Schmidt, ist zum Staatssekretär ernannt worden. Erst am Sonntag hat sich die rheinische Sozialdemokratie auf ihrem Parteitag in Koblenz mit dem jetzigen Staatssekretär Schmidt befaßt und ihm ihr Mißtrauen ausgesprochen, dem sich auch die sozialdemokratischen Organisationen der übrigen besetzten Gebiete und des Saargebietes angeschlossen haben. Die Reichsregierung war darüber unerschrocken und hat es am Sonntag zum Staatssekretär ernannt. Am Sonntag hat die Reichsregierung mit Schmidt im Ministerium für die besetzten Gebiete einen Streit über die Behandlung der noch freien Ministerien ausgefochten. Er dürfte jetzt dadurch erledigt sein, daß bei der Wahl zum Staatssekretär des Ministeriums für die besetzten Gebiete besetzt wurde und offiziell der Minister dieses Amtes übernimmt, während das Zentrum den Abgeordneten Sell als Reichsjustizminister stellt.

Der Polizeichef gegen die Putzschiffen.

Bedeutende Aufklärungen im Landtag.

Im Preussischen Landtag ist es gestern beim Polizeireport nach ernsthaften Erörterungen über die soziale Not der unteren und mittleren Polizeibeamten, deren sich besonders die Sozialdemokratie annahm, zu einer politisch sehr aufschlußreichen Debatte über die kürzlich aufgedeckten neuen rechtsradikalen Putzschiffe gekommen. Ein an parteipolitischer Agitation so uninteressierter alter Beamter wie der Ministerialdirektor für Polizei-Angelegenheiten im preussischen Innenministerium Abegg legte nüchtern noch einmal dar, was in großen Zügen schon aus den Mitteilungen unseres Genossen Braun an der gleichen Stelle bekannt war. Er konnte aber darüber hinaus darauf hinweisen, daß selbst die höchste zuständige Stelle unserer wahrhaftig doch nicht allzu republikanischen Justiz das Vollzeitematerial für schwerwiegend genug hält, um gegen drei hauptbelastete Persönlichkeit die gerichtliche Voruntersuchung zu eröffnen. Die Abgeordneten der Rechten tobten und mußten sich sagen lassen, daß sie offenbar die sachliche Aufklärung der schweren Vorwürfe gegen Männer aus ihren Kreisen gar nicht wünschten. Sie waren besonders erregt, als Abegg ihnen mitteilte, daß Männer ihrer eigenen Richtung, die nicht zu Verbrechern werden wollten, die ersten Mitteilungen an die Polizei gaben, daß aber andererseits rechtsstehende Abgeordnete die Verbrecher nachweislich gewarnt haben. Mit vollem Recht behielt der Vertreter Severings die Nennung dieser Namen dem gerichtlichen Verfahren vor, wie man auch dem kommunistischen Zwischenruf nicht Unrecht geben kann, der das Verlangen nach Namensnennung mit der rechtsradikalen Feme gegen Verräter in Verbindung brachte. Ueberhaupt zeigten sich die Kommunisten ähnlich wie bei ihrem Berliner Pfingstaufruf verständig genug, um den Rechtsradikalen nicht wieder wie früher Vorwürfe für ihre sehr ernsthaften Drohungen zu liefern. Sie verdienten sich damit sogar ein allerdings etwas süßauer empfangenes Lob des Polizeichefs.

Dieser fand im übrigen bei den drei Regierungsparteien volle Unterstützung, besonders nachdrücklich auch beim Zentrumsredner. Hat ja doch das Zentrum gegenüber seinen personalpolitischen und kulturpolitischen Erfolgen unter der jetzigen Verfassung, die es zum parlamentarischen Jünglein an der Wage im Reich, in den meisten Ländern und besonders auch in der Selbstverwaltung macht, durch einen Putz der rechtsradikalen Kreise nicht am wenigsten zu verlieren!

Im Gegensatz zum Zentrumsredner tat sich der volksparteiliche Sprecher Kapitän Meckenthin-Breslau ganz besonders als Verteidiger der nach seiner Meinung ebenso harmlosen wie verdienten Putzschiffen hervor. Die ganze Charakterlosigkeit der Volkspartei zeigt sich in dieser Haltung ihres Breslauer Abgeordneten. Da er angesichts der Stellung der Reichswehr, der Justiz und starker Unternehmerkreise jetzt wieder einmal den Rechtsradikalismus für stark hält, sucht er sich dort beliebt zu machen. In einer anderen politischen Situation hat gerade Herr Meckenthin Wert auf Anschluß nach links gezeigt und sich in Besprechungen der Parteien der damaligen Großen Koalition in Schlessen manchmal als anpassungsfähiger auch andersherum erweisen als der oder jener Breslauer Zentrumsmann. Wenn die Wetterfahne jetzt rechts zeigt — auch im Reich nahm die Volkspartei bei der Regierungsbildung die gleiche Stellung ein —, so ist das immer ein ernsthaftes Warnungszeichen für den Stand der Machtverhältnisse.

Die Polizei hat ihre Pflicht getan. Ob das auch bei der Justiz gegenüber den gefährlichen Nachfolgern Kapps der Fall sein wird und ob gar die Reichswehr ihre engen Beziehungen zu diesen Kreisen lockern wird, das müssen wir jetzt — leider ohne viel Hoffnung — abwarten und inwieweit die eigene Kraft der Arbeiterklasse und aller Freunde der Republik wachsam sammeln! Ein selbsterregter Putz der Rechtsradikalen wäre nach dem Geständnis ihres maßgebenden Führers Stadler „für immer“ und das Ende aller freieren Organisationen der Arbeiterklasse!

Der Verlauf der Sitzung.

Der Preussische Landtag nahm am Dienstag die durch die Pfingstferien unterbrochenen Beratungen wieder auf. Zu Beginn der Sitzung teilte Präsident Bartels mit, daß nach einer Entscheidung des Wahlprüfungsgerichts die Sozialdemokratische Partei im Wahlkreis Könnichen ein weiteres Mandat erhalten habe, doch bestehe ein Meinungsstreit der Parteien über die Entscheidung. Der Landtag überwies die strittige Frage dem Verfassungsausschuß und nahm einen sozialdemokratischen Antrag an, der hierzu von der Staatsregierung ein Rechtsgutachten forderte.

Das Haus geht hierauf an die Beratung des Polizeihaushalts. Die für die Polizei angeforderten neuen Mittel sind noch nicht völlig gedeckt, es bleibt noch ein Defizit von etwa 16 Millionen, das jedoch vor der endgültigen Verabschiedung des Etats ausgeglichen werden wird.

Abg. Mardwald (Soz.)

spricht seine Anerkennung für die verschiedenen Verbesserungen zugunsten der Polizeibeamten aus, die der Etat bringt. Doch seien die Beamten mit Recht noch unzufrieden. So sind z. B. die oberen Kriminalbeamten 2-3 Gruppen schlechter gestellt als die entsprechenden Offiziere der Schutzpolizei. Die Beamten der Verwaltungspolizei sind bei den Verbesserungen des Etats ganz leer ausgegangen. Es wird Zeit, daß den Schutzbeamten die gleichen Rechte wie den übrigen Beamten gegeben werden. Was jetzt ist der Schutzpolizeibeamte eigentlich nur ein Privatangestellter des Reiches. Wir brauchen einen einheitlichen Aufbau für die Beamten der Polizei. Der Beginn dieser Aufgabe muß der Dienst bei der Schutzpolizei sein, von der dann die verschiedenen Abteilungen ausstrahlen. Die Polizeibeamtenschaft liegt über zu lange Dienstzeit. Von einem Wochentag ist überhaupt nicht die Rede. Rechnet man die wirkliche Arbeitsbereitschaft ein, dann kann man von einer 60-Stundenwoche sprechen. Für die Tage der Alarmbereitschaft müßte wieder die frühere 5-Mark-Zulage eingeführt werden. Wir haben ein Unfallfürsorgegesetz für die Polizeibeamten verlangt. Was jetzt ist von einem Entwurf noch nichts zu sehen. Ferner haben wir die Verdoppelung der Dienstauswendkosten für die Kriminalbeamten gefordert und beschloffen. Dabei ist es bis jetzt geblieben. Vor dem Kriege betrug die Entschädigung 35-37,50 Mark, heute beträgt sie nur 20 Mark. Die hohe Miete für die kaiserialen Schutzpolizeibeamten ist noch nicht beseitigt. Für die Landjäger werden in diesem Jahre 150 Dienstwohnungen gebaut. Es bleiben aber immer noch 300 Landjägerbeamte ohne Wohnung. Auf der einen Seite wird zu viel gepart, auf der anderen das Geld zum Fenster hinausgeworfen. So paßt das System der kaiserialen Offiziere nur sehr schlecht zur Lage der Staatsfinanzen.

Wie zu viel Milde wolle noch gegenüber dem monarchistischen Unwesen. Der Redner bringt Beispiele dafür. In den Richtlinien der Reichsregierung werde von dem Beamten verlangt, er solle sich innerlich dem republikanischen Staat verbunden fühlen. Wenn man das von irgendeinem Beamten fordern muß, dann von den Polizeibeamten, denn sie stellen eine bewaffnete Macht im Staate dar. (Beifall links.)

Abg. Bort (Dnat.) ging auf die jüngsten Maßnahmen der preussischen Staatsregierung gegen die im Zusammenhang mit den Pfingstgerüchten genannten Politiker der Rechtsparteien ein. Er stellt sich schärfend vor die Putzschiffen.

Abg. Stieker (Ztr.): Der Beamte hat unbedingt und reiflich zur Verfassung zu stehen, auf die er den Eid geleistet hat. Wer vom Staat lebt, hat den Staat zu bejahen. (Sehr richtig! links und im Zentrum.) Wir können mit Stolz feststellen, daß die preussische Polizei heute nicht die schlechteste Europas ist. Gegenüber den deutschen Angriffen wegen der letzten Polizeiaktion müssen wir nochmals betonen, daß es nicht nur das Recht, sondern die Pflicht der Polizei ist, dort einzugreifen, wo Anzeichen für ein Verbrechen vorliegen. Nach unserer Ansicht sind auch in solchen Fällen, wie überhaupt immer, alle Staatsbürger vor dem Gesetz gleich. Der Beruf des Polizeibeamten erfordert außerordentlich schwere Opfer, denen bei der Behandlung diese Beamten noch nicht genügend Rechnung getragen wird.

Ministerialdirektor Dr. Abegg:

Die Polizei stand den Putzgerüchten mit großen Bedenken gegenüber und hat Veranlassung genommen, alle diese Gerüchte und Mitteilungen auf das genaueste nachzuprüfen. Bei wochenlanger Nachprüfung hat sich ergeben, daß diese Berichte durchweg und durchaus zuverlässig gewesen waren. (Sturm. Zurufe rechts.) Bei den verschiedenen Kundgebungen der Verbände, Organisationen und einzelner Persönlichkeiten ist mit aller Deutlichkeit die Absicht der Errichtung einer Rechtsabteilung zum Ausdruck gekommen. (Lebhafte Rufe rechts: Gul! hu!) Das beweisen Kundgebungen der Verbände, die Zusammenfassung unter einheitlichem Oberbefehl, und zwar unter dem Oberbefehl des Karpatenkapitans Ehrhardt, Gründung der Deutschen Natgemeinschaft und aller dergleichen. (Rufen und andauernde laute Zurufe rechts.) Ich bitte, diese Aufklärungen entgegenzunehmen und nicht zu hören. (Rufen rechts) Ich entlehne der Grundidee, als wenn der Opposition nicht ein einziger Aufklärungsalgen sei. Sie müssen von den Tagungen des Reichstages wissen, was die Lage der Dinge ist. Ich bitte, die Bedenken deutscher Offiziere und kennen die Reden der Herren General v. B. Borch und Graf Waldsee (Sturm) und andauernde Unterbrechungen rechts. (Lade des Präsidenten.) Es kamen aber hinzu ganz bestimmte Angaben über Vorbereitungen, die mit der unaufrichtbar

Volkswacht

für Schlessen

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Marktstraße 4/6, durch die Buchhandlungen der „Volkswacht“, Neue Graupenstraße Nr. 5 und Neue Zwickauerstraße 11, durch die Zweigstellen, Bazar-Verlagsgesellschaft, Reichelt, Wladimirstraße 130, sowie durch alle Ausverleger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,40 Goldmark, monatlich 1,70 Goldmark. Durch die Post frei ins Haus 2,00 Goldmark.

Organ für die wertfällige Bevölkerung
Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle: **Dresden 2**
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141.
Postfach-Konto: Postfach-Nr. Dresden Nr. 3552.

Anzeigenpreis: Je 100 Zeilen für gewöhnliche Anzeigen aus Schlessen 70 Pf. Stellenangebote 10 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Vertriebs-Veranstaltungen- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Marktstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Kritik der sozialistischen Minderheitsregierung Schwedens.

Stockholm, 2. Juni. (Eigener Funfbericht.) Am Mitternacht kam es in beiden Kammern des schwedischen Reichstages zur Abstimmung über den Minderheitsantrag der bürgerlichen Parteien wegen ihrer Haltung in der Gewerkschaftenfrage. In der zweiten Kammer, wo Staatsminister Sandberg die Auffassung der Regierung darlegte, wurde der Antrag mit 108:114 Stimmen, in der ersten Kammer, wo Innenminister Widar die Haltung der Regierung verteidigte, mit 50:81 Stimmen angenommen. Das Kabinett wird heute zurücktreten. Mit der Neubildung der Regierung wird wahrscheinlich der Führer der Freisinnigen Ekman beauftragt werden.

Polens neuer Präsident.

Warschau, 1. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die polnische Nationalversammlung wählte am Dienstag vormittag den von Pilsudski in Vorschlag gestellten Kandidaten Professor der Chemie Mojzisi im zweiten Wahlgang mit 281 Stimmen zum Staatspräsidenten von Polen. Im ersten Wahlgang gewann die Sozialisten für einen eigenen Kandidaten. Die Rechtsparteien stimmten wieder für ihren Kandidaten, den Hofmarschall von Polen.

Warschau, 1. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der neue Staatspräsident Mojzisi wird am Freitag mittag um 12 Uhr vor der Nationalversammlung den Eid leisten. Er hat sich am Dienstag nach Chorzow in Oberschlesien begeben, um seine persönlichen Angelegenheiten zu ordnen. Voraussichtlich wird am Freitag auch die neue Regierung vor den Sejm treten, um eine Spezialvollmacht in Form eines Ermächtigungsgesetzes für die Dauer von mehreren Monaten zu fordern.

Der neue polnische Staatspräsident ist im Jahre 1867 in Kongress-Polen geboren. Er studierte später in Wigo und Warschau Chemie. Im Jahre 1892 wurde er wegen seiner wissenschaftlichen Tätigkeit von der zaristischen Regierung aus Warschau ausgewiesen, siedelte dann nach London über und übernahm später an der Universität Freiburg (Schweiz) die Leitung eines Laboratoriums. Inzwischen trat er aus der sozialistischen Partei aus und betätigte sich nicht mehr politisch. Im Jahre 1913 erhielt er einen Ruf als Professor der Chemie an der galizischen Landesuniversität in Lemberg. Als im Jahre 1923 die Teilung Oberschlesiens erfolgte, übertrug ihm die polnische Regierung die Leitung des Städtewerkes Chorzow. Politisch ist der neue Staatspräsident heute als linksgerichteter Demokrat zu betrachten.

Der Kandidat Pilsudski ist also gewählt, allerdings infolge der Enttäuschung der Abgeordneten durch den Marschall mit weniger Stimmen als dieser im ersten Wahlgang sammelte. Man wird annehmen müssen, daß Pilsudski jetzt seine Bemühungen fortsetzt, dem Staatspräsidenten Unabhängigkeit von dem ohne feste Mehrheit arbeitenden Parlament für längere Zeit zu geben. Von diesen erweiterten Rechten des Staatshauptes wird dann wohl weniger der politisch nie sehr aktiv gewesene Neugewählte Gebrauch machen als vielmehr der Marschall selbst, der wohl Kriegsminister und Generalstabschef bleibt, gemeinsam mit dem persönlich übrigens mit dem neuen Präsidenten seit langem befreundeten Ministerpräsidenten Professor Barcel.

Die kritische Stellung der Russen zur Richtung Pilsudski wird den neuen Männern den Wirtschaftsausgleich mit Deutschland jetzt dringend machen. Hoffentlich verfaßt Berlin nicht die Wahrnehmung dieser Chance, die sonst leicht wieder vorübergehen kann!

Das Fürsten-Kompromiß kommt noch einmal vor den Reichstag.

Die Reichsregierung hat den Mitgliedern des Reichstages am Dienstag die Vorlage zur Fürstenabfindung übermittelt. Es handelt sich um den Gesetzentwurf, der bereits vor den Pfingstferien vom Reichstag mit der verfassungsmäßigen Mehrheit verabschiedet worden ist und dessen Inhalt sich mit den Entwürfen, die im Rechtsausschuß des Reichstages trotz wiederholter Beratungen keine Mehrheit fanden, deckt. Die Regierung will es noch einmal vor dem Volksentscheid damit versuchen.

Wieder ein rechtsstehender Staatssekretär! Der General-Kommissar im Ministerium für die besetzten Gebiete, Dr. Schmidt, ist zum Staatssekretär ernannt worden. Erst am Sonntag hat sich die Heimische Sozialdemokratie auf ihrem Parteitag in Koblenz mit dem jetzigen Staatssekretär Schmidt befaßt und ihm für die Zukunft ausgesprochen, dem sich auch die sozialdemokratischen Organisationen der übrigen besetzten Gebiete und des Saargebietes anschließen haben. Die Reichsregierung war darüber unterrichtet und so wurde Schmidt zum Staatssekretär ernannt. Nach dem Regierungsantritt wird Schmidt sich dem Reichstag stellen und sich über die Besetzung der noch freien Ministerstellen äußern. Er dürfte jetzt dadurch erleichtert sein, daß der sozialistische Schmidt zum Staatssekretär des Ministeriums für die besetzten Gebiete ernannt wurde und offiziell den Vorsitz dieses Rates übernimmt, während das Zentrum den Gegenposten als Reichsjustizminister stellt.

Der Polizeichef gegen die Butschisten.

Bedeutfame Aufklärungen im Landtag.

Im Preussischen Landtag ist es gestern beim Polizeireport nach ernsthaften Erörterungen über die soziale Not der unteren und mittleren Polizeibeamten, deren sich besonders die Sozialdemokratie annahm, zu einer politisch sehr aufschlußreichen Debatte über die kürzlich aufgedeckten neuen rechtsradikalen Butschpläne gekommen. Ein an parteipolitischen Agitation so uninteressierter alter Beamter wie der Ministerialdirektor für Polizei-Angelegenheiten im preussischen Innenministerium Abegg legte nüchtern noch einmal dar, was in großen Zügen schon aus den Mitteilungen unseres Genossen Braun an der gleichen Stelle bekannt war. Er konnte aber darüber hinaus darauf hinweisen, daß selbst die höchste zuständige Stelle unserer wahrhaftig doch nicht allzu republikanischen Justiz das Polizeimaterial für schwerwiegend genug hält, um gegen drei hauptbelastete Persönlichkeiten die gerichtliche Voruntersuchung zu eröffnen. Die Abgeordneten der Rechten tobten und mußten sich sagen lassen, daß sie offenbar die sachliche Aufklärung der schweren Vorwürfe gegen Männer aus ihren Kreisen gar nicht wünschten. Sie waren besonders erregt, als Abegg ihnen mitteilte, daß Männer ihrer eigenen Richtung, die nicht zu Verbrechen werden wollten, die ersten Mitteilungen an die Polizei gaben, daß aber andererseits rechtsstehende Abgeordnete die Verbrecher nachweislich gewarnt haben. Mit vollem Recht behielt der Vertreter Severings die Nennung dieser Namen dem gerichtlichen Verfahren vor, wie man auch dem kommunistischen Zwischenruf nicht Unrecht geben kann, der das Verlangen nach Namensnennung mit der rechtsradikalen Feme gegen Verräter in Verbindung brachte. Ueberhaupt zeigten sich die Kommunisten ähnlich wie bei ihrem Berliner Pfingstaufmarsch verständig genug, um den Rechtsradikalen nicht wieder wie früher Vorwürfe für ihre sehr ernsthaften Drohungen zu liefern. Sie verdienten sich damit sogar ein allerdings etwas süß-sauer empfangenes Lob des Polizeichefs.

Dieser fand im übrigen bei den drei Regierungsparteien volle Unterstützung, besonders nachdrücklich auch beim Zentrumsredner. Hat ja doch das Zentrum gegenüber seinen personalpolitischen und kulturpolitischen Erfolgen unter der jetzigen Verfassung, die es zum parlamentarischen Jüngling an der Wage im Reich, in den meisten Ländern und besonders auch in der Selbstverwaltung macht, durch einen Butsch der rechtsradikalen Kreise nicht am wenigsten zu verlieren!

Im Gegensatz zum Zentrumsredner tat sich der volksparteiliche Sprecher Kapitän Meckert in Breslau ganz besonders als Verteidiger der nach seiner Meinung ebenso harmlosen wie verdienten Butschisten hervor. Die ganze Charakterlosigkeit der Volkspartei zeigt sich in dieser Haltung ihres Breslauer Abgeordneten. Da er angesichts der Stellung der Reichsmehr, der Justiz und starker Unternehmerkreise jetzt wieder einmal den Rechtsradikalismus für stark hält, sucht er sich dort beistand zu machen. In einer anderen politischen Situation hat gerade Herr Meckert Wert auf Anschluß nach links gezeigt und sich in Besprechungen der Parteien der damaligen Großen Koalition in Schlessen manchnal als anpassungsfähiger auch andersherum erwiesen als der obenerwähnte Breslauer Zentrumsredner. Wenn die Wetterfahne jetzt rechts zeigt — auch im Reich nahm die Volkspartei bei der Regierungsbildung die gleiche Stellung ein —, so ist das immer ein ernsthaftes Warnungszeichen für den Stand der Machtverhältnisse.

Die Polizei hat ihre Pflicht getan. Ob das auch bei der Justiz gegenüber den gefährlichen Nachfolgern Rapps der Fall sein wird und ob gar die Reichswehr ihre engen Beziehungen zu diesen Kreisen lockern wird, das müssen wir jetzt — leider ohne viel Hoffnung — abwarten und inzwischen die eigene Kraft der Arbeitertätigkeit und aller Freunde der Republik nachdam sammeln! Ein gelungener Butsch der Rechtsradikalen wäre nach dem Geständnis ihres maßgebenden Führers Stadler Kleinherlichkeit der Unternehmer im Betriebe, für immer und das Ende aller freien Organisationen der Arbeiterklasse!

Der Verlauf der Sitzung.
Der Preussische Landtag nahm am Dienstag die durch die Pfingstferien unterbrochenen Beratungen wieder auf. Zu Beginn der Sitzung teilte Präsident Bartels mit, daß nach einer Entscheidung des Wahlprüfungsausschusses die Sozialdemokratische Partei im Wahlkreis Koin-Nachen ein weiteres Mandat erhalten habe, doch bestehe ein Meinungsstreit der Parteien über die Entscheidung. Der Landtag überwiegt die strittige Frage dem Verfassungsausschuß und nahm einen sozialdemokratischen Antrag an, der hierzu von der Staatsregierung ein Rechtsgutachten fordert.

Das Haus geht hierauf an die Beratung des Polizeihaushalts. Die für die Polizei angeforderten neuen Mittel sind noch nicht völlig gedeckt, es bleibt noch ein Defizit von etwa 16 Millionen, das jedoch vor der endgültigen Verabschiedung des Etats ausgeglichen werden wird.

Hg. Mardwald (Soz.)
spricht seine Anerkennung für die verschiedenen Verbesserungen zugunsten der Polizeibeamten aus, die der Etat bringt. Doch seien die Beamten mit Recht noch unzufrieden. So sind z. B. die oberen Kriminalbeamten 2. Gruppen schlechter gestellt als die entsprechenden Offiziere der Schutzpolizei. Die Beamten der Verwaltungspolizei sind bei den Verbesserungen des Etats ganz leer ausgegangen. Es wird Zeit, daß den Schutzbeamten die gleichen Rechte wie den übrigen Beamten gegeben werden. Bis jetzt ist der Schutzpolizeibeamte eigentlich nur ein Privatangehöriger des Reiches. Wir brauchen einen einheitlichen Aufbau für die Beamten der Polizei. Der Beginn dieser Aufbauarbeit muß der Dienst bei der Schutzpolizei sein, von der dann die verschiedenen Abteilungen ausstrahlen. Die Vorgesetzten müssen nicht zu lange Dienstzeit. Von einem Waffentage ist überhaupt nicht die Rede. Rechnet man die wirkliche Arbeitsbereitschaft ein, dann kann man von einer 60-Stundenwoche sprechen. Für die Lage der Landwirtschaft müßte wieder die frühere 5-Mark-Zulage eingeführt werden. Wir haben ein Unfallfürsorgegesetz für die Polizeibeamten verlangt. Bis jetzt ist von einem Entwurf noch nichts zu sehen. Ferner haben wir die Verdoppelung der Dienstauswechsellöhne für die Kriminalbeamten gefordert und beschlossen. Dabei ist es bis jetzt geblieben. Vor dem Kriege betrug die Entschädigung 35-37,50 Mark, heute beträgt sie nur 20 Mark. Die hohe Miete für die kasernierten Schutzpolizeibeamten ist noch nicht beseitigt. Für die Landjäger werden in diesem Jahre 150 Dienstwohnungen gebaut. Es bleiben aber immer noch 300 Landjägerbeamte ohne Wohnung. Auf der einen Seite wird zu viel gepart, auf der anderen das Geld zum Fenster hinausgeworfen. So paßt das System der künftigen Offiziere nur sehr schlecht zur Lage der Staatsfinanzen.

Viel zu viel Milde walte noch gegenüber dem monarchistischen Unwesen. Der Redner bringt Beispiele dafür. In den Richtlinien der Reichsregierung werde von dem Beamten verlangt, er solle sich innerlich dem republikanischen Staat verbunden fühlen. Wenn man das von irgendeinem Beamten fordern muß, dann von den Polizeibeamten; denn sie stellen eine bewaffnete Macht im Staate dar. (Beifall links.)

Hg. Bork (Nat.) ging auf die jüngsten Maßnahmen der preussischen Staatsregierung gegen die im Zusammenhang mit den Butschgerichten genannten Politiker der Rechtsparteien ein. Er stellt sich schärfend über die Butschisten.

Hg. Stieser (Ztr.): Der Beamte hat unbedingte und reifliche zur Verfassung zu stehen, auf die er den Eid geleistet hat. Wer vom Staat lebt, hat den Staat zu bejahren. (Sehr richtig! links und im Zentrum.) Wir können mit Stolz feststellen, daß die preussische Polizei heute nicht die schlechteste Europas ist. Gegenüber den deutschen Angreifern wegen der letzten Polizeiaktion müssen wir nochmals betonen, daß es nicht nur das Recht, sondern die Pflicht der Polizei ist, dort einzugreifen, wo Anzeichen für ein Verbrechen vorliegen. Nach unserer Ansicht sind auch in solchen Fällen, wie überhaupt immer, alle Staatsbürger vor dem Gesetz gleich. Der Beruf des Polizeibeamten erfordert außerordentlich schwere Opfer, denen bei der Behandlung diese Beamten noch nicht genügend Rechnung getragen wird.

Ministerialdirektor Dr. Abegg:

Die Polizei stand den Butschgerichten mit großen Bedenken gegenüber und hat Veranlassung genommen, alle diese Gerüchte und Mitteilungen auf das genaueste nachzuprüfen. Bei wochenlanger Nachprüfung hat sich ergeben, daß diese Berichte durchweg und durchaus zuverlässig gewesen waren. (Sturm. Zurufe rechts.) Bei den verschiedenen Rundgedungen der Verbände, Organisationen und einzelner Persönlichkeiten ist mit aller Deutlichkeit die Wichtigkeit der Errichtung einer Rechtskommission zum Ausdruck gekommen. (Lebhafte Rufe rechts: Hul-hu!) Das beweisen Rundgedungen der Verbände, die Zusammenfassung unter einheitlichem Oberbefehl, und zwar unter dem Oberbefehl des Korvettenkapitän Ehrhardt, Gründung der Deutschen Kameradschaft und all dergleichen. (Lachen und andauernde laute Zurufe rechts.) Ich bitte, diese Aufklärungen entgegenzunehmen und nicht zu hören. (Lachen rechts.) Dem entspricht der Gedanke, als wenn der Dapostikon nicht ein einziger Aufklärungsfeld gewesen sei. Sie wissen von den Tagungen des Alldeutschen Verbandes des Nationalsozialistischen Bundes deutscher Offiziere und kennen die Reden der Herren Generale v. Goltz und v. G. v. d. Berge (Sturm. Lachen) andauernde Unterbrechungen rechts. (Sturm. Zurufe.) Es kamen aber, ganz allgemein, keine Anzeichen über Vorbereitungen, die für die unmittelbare

bevorstehende Zeit der Aktion von rechtsradikaler Seite sprechen. (Lachen rechts.)

Es sind Mitglieder der Vaterländischen Verbände selbst gewesen, die aus freiem Antrieb, ohne vorher mit der Polizei zu irgendeinem Zweck im Zusammenhang zu stehen, zur Polizei gekommen sind und in ihrer Gewissenhaftigkeit und Herzlichkeit darauf hingewiesen haben, daß hier auf dieser Seite bei den Betroffenen etwas geschehen sei. (Zurufe bei den Deutschnationalen: Namen! Gegenrufe der Kommunisten: Die Name will nicht haben!) Ich halte es mehrmals nicht für richtig, die Namen hier bekanntzugeben. (Lachen bei den Deutschnationalen.) Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich betone aber, daß diese Namen längt in den Händen des Oberstaatsanwalts und des Reichsgerichts sind, und den Damen und Herren dieses hohen Hauses ist bekannt, daß die Voruntersuchung gegen drei der beteiligten Persönlichkeiten eröffnet ist. Das beweist, daß ein dringender Verdacht des Hochverrats gegeben war. Und zwar lag „Gefahr im Verzuge“ vor, und es wäre eine schwere Pflichtverletzung der Polizei gewesen, wenn sie in diesem Falle nicht eingegriffen hätte. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Diktaturplan, von dem heute ge-redet worden ist, und von dem behauptet wird, daß er bereits seit langer Zeit der Regierung bekannt gewesen sei, ist am Montag vor Himmelfahrt, am Montag den 10. Mai, in die Hände der Polizei gekommen und ihr zum erstenmal bekannt geworden. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Mahgebend für das Vorgehen der Polizei sind die §§ 105 und 161 Absatz 1 der Strafprozessordnung, deren Voraussetzungen hier nach Lage der Sache ganz zweifellos gegeben waren. (Sehr richtig! links. — Zurufe und Widerspruch bei den Deutschnationalen.) Ich darf mir erlauben, darauf hinzuweisen, daß die Polizei bestimmte gesetzliche Aufgaben hat, wenn sie diese Aufgaben nicht erfüllt, ein Amtsverbrechen begeht. (Sehr richtig! links.) Wenn dies einmal nicht mehr gefunden worden ist (Wahl bei den Deutschnationalen und Heiterkeit), so lag dies nur daran, daß die polizeiliche Aktion durch eine unglückliche Verteilung von Zwischenfällen vorher zum Teil bekannt oder geahnt worden war. (Hört! Hört! links. — Zurufe und Unruhe rechts.) Und zwar ist es festgestellt und protokolllarisch festgelegt worden. Ich betone aber, daß dabei keinerlei Amtsvergehen irgend eines Beamten oder etwa gar der amtlichen Pressestelle vorgelegen hat, sondern daß es daran lag, daß dieselben Persönlichkeiten, die — wie ich vorher bereits sagte — in ihrer Gewissenhaftigkeit zur Polizei gekommen sind, schon zuvor einigen Parlamentariern Mitteilung davon gemacht hatten. (Stürmische Rufe rechts: Hört! Hört! — Namen nennen! — Große Unruhe — Glücke des Präsidenten.) Zur Vermeidung von Mißverständnissen betone ich, daß es keine Parlamentarier der linken Seite dieses Hauses gewesen sind. (Erneute stürmische Zurufe bei den Deutschnationalen: Namen nennen!)

Die Namen stehen fest und werden zur gegebenen Zeit genannt werden. (Zurufe rechts.) Wenn bei dieser Gelegenheit bei hochachtbaren und einwandfreien Persönlichkeiten auch polizeiliche Maßnahmen vorgenommen worden sind (Hört! Hört! rechts), so wird das von der Staatsregierung geduldet. (Hört! Hört! rechts.) Es ist aber eine unbedingte polizeiliche Notwendigkeit festzustellen, denn es ist schlechterdings unmöglich, daß es für die Polizei und für die Staatsregierung zweierlei Arten von Staatsbürgern gibt. (Lebhafter Beifall links. — Zurufe rechts. — Große Unruhe. — Glücke des Präsidenten.) Was den Kreis der Persönlichkeiten betrifft, bei denen Durchsuchungen vorgenommen worden sind, so zitiere ich Sie, sich nur zu vergegenwärtigen, was gesagt worden wäre, wenn am 12. März 1920 Durchsuchungen bei Männern stattgefunden hätten, die im Frieden und im Krieg verdienstvoll waren, und die einen guten Namen trugen: bei dem Generaldirektor der Reichsbank, bei dem General Ludendorff (Zurufe), bei Herrn v. Tappow und anderen Persönlichkeiten. Die Polizei hat die Verpflichtung, in einem solchen Fall, in dem die Voraussetzungen vorliegen, durchzugreifen. (Sehr richtig! links. — Zurufe rechts.) Ich teile auf die Gefahr hin, daß von der rechten Seite die Ablehnung eines Namens wieder beanstandet wird, daß diese Aktion von einem prominenten Mitglied einer Rechtspartei der Polizei gegenüber lebhaftest begrüßt worden ist (Hört! Hört! und Zurufe rechts: Namen nennen!) — die sehr interessanten Namen werden schon demnachst mit herbeikommen — und die Polizei angeregt worden ist, in möglichstem Umfang diese Durchsuchungen vorzunehmen, scharf zuzugreifen und selbst vor der Öffentlichkeit nicht halt zu machen. Bei der Durchsuchung ist, was vielfach übersehen wird, recht wesentliches gefunden worden. Man fand Briefe kompromittierendes Inhalts und einen Aufmarschplan (Lachen rechts), der wahrhaftig wesentlich ist. Dieser Aufmarschplan in Verbindung mit den Briefen, mit der Diktaturverordnung und all dergleichen erhellt die Sachlage blickartig.

Von der rechten Seite des Hauses wird somit damit operiert, daß die Pläne, um die es sich hier handelt, in Wirklichkeit so unklar sein, daß sie als vollständig unüberprüfbar gelten müssen (Sehr richtig! rechts), und daß infolgedessen keine Gefahr mit ihnen verbunden sei. (Erneute Zustimmung rechts.) Ich glaube, dieser Einwand richtet sich von selbst, denn die Erfahrungen der letzten Jahre haben uns gezeigt, daß auch die unklüglichen Pläne schließlich große Gefahren für die Allgemeinheit heraufbeschworen haben. Sehr wahr, links.) Ich brauche auch in dieser Beziehung nur an den Rapp-Bußch und andere Vorkommnisse, Gang un-

verständlich ist es aber für das Staatsministerium, daß die Angriffe sich dauernd gegen die Polizei und nicht gegen diejenigen richten, die die Urheber und Drahtzieher dieser ganzen Bewegung gewesen sind. (Sehr wahr! links. — Widerspruch und Zurufe rechts.) Ich glaube, das wäre sehr viel richtiger gewesen (andauernde lebhafte Zurufe rechts), es wäre überhaupt merkwürdig ist, daß gerade diejenigen Kreise (ich) auf stärkste auf die Verfassung berufen, die sie nicht genug verunglimpfen können (Unruhe und lebhafter Widerspruch rechts), die sie gar nicht genug herabsetzen und als für sie nicht maßgebend betrachten können.

Das Staatsinteresse erfordert die Veröffentlichung und daß die Veröffentlichung den notwendigen Erfolg gehabt hat, ergibt sich, glaube ich, aus der Tatsache, daß jetzt alle Teile der Bevölkerung gegen verartige Unternehmungen aufs schärfste Front machen und sie als ein Verbrechen am Staate bezeichnen, was vorher nicht geschehen ist. (Sehr wahr! links.) Die Angriffe und Vorwürfe gegen den amtlichen Pressebetrieb sind durchaus unberechtigt. (Widerspruch rechts.) Der amtliche Pressebetrieb hat ausschließlich nach den Weisungen der Staatsregierung gehandelt. (Zurufe rechts: Desto schlimmer!)

Wenn es zu einem Putsch kommen würde, unterliegt es gar keinem Zweifel, daß die Folge namenloses Unglück sein würde, Erbitterung und vielleicht blutige und traurige Folgen, die sich in erster Linie gegen die Urheber einer solchen Bewegung richten würden. Deswegen ist die Unternehmung, die zur Aufdeckung solcher Pläne in Szene gesetzt war, im wesentlichen zum Schutze der dabei beteiligten Personen erfolgt. Die Gefahr ist beseitigt (anhaltendes stürmisches Gelächter rechts. — Zurufe rechts und links), die Ruhe und Ordnung ist gewährleistet, und die Polizei wird weiter dafür sorgen, daß das Volk des Ministers Seinerzeit wahr bleibt, daß, solange er im Amte ist, ein Putsch nicht vorkommen wird. (Bravo! links. — Zischen rechts.)

Abg. Wegelin (D. Wp.) meint, man habe in keiner Weise aus dem, was Ministerialdirektor Wegg vorgebracht hat, ein Bild davon gewinnen können, was angeblich dem Staat drohte. (Lärm links.) Ein Vergleich mit dem Rapp-Bußch sei nicht möglich, weil damals eine geschlossene Truppe, wohl bewaffnet, in der Hand eines Führers vorhanden war. Die Annahme, daß die Wirtschaftsführer im Westen in keinerlei Putsch verwickelt seien, habe sich als voll berechtigt erwiesen, denn der Oberstaatsanwalt habe Herrn Böglers das beschlagnahmte Material mit einem einschuldigen Schreiben zurückgegeben. (Zwischenrufe und Beifall rechts.)

Abg. Eberlein (Komm.) erklärt, hier werde ein so großes Geschrei erhoben über Hausdurchsuchungen, das passiere den Kommunisten jeden Tag. Das Geschrei sei nichts als Theater, um die wahren Absichten, die man verfolge, zu verschleiern.

Abg. Hane (Dem.) dankt der Polizei für ihre Haltung und bedauert, daß beim Etat nicht mehr materielle Besserstellung der Polizeibeamten herausgekommen sei.

Abg. Frede (Wirtsch. Vgg.) bezeichnet die Entwicklung der Polizei in den letzten Jahren als günstig.

Ministerialdirektor Wegg: Aus der Rede des Abg. Eberlein ergebe sich, daß auch die Kommunisten jetzt großes Interesse für die Ausgestaltung der Polizei zeigten. Das werde von der Polizei mit Dank anerkannt. Das Angebot der Kommunisten, daß sie die durch den polizeilichen Schut ihrer Demonstrationen entstehenden Kosten selbst übernehmen wollten, nehme die Polizei mit Dank an. (Zuruf des Abg. Kasper (Komm.): Wir bezahlen bloß, was wir bestellen! — Heiterkeit.)

Abg. Dr. Körner (Woll.) bedauert, daß der Minister Seinerzeit persönlich durch Urlaub verhindert sei, an der Verhandlung des Polizeietats teilzunehmen.

Ministerialdirektor Wegg erklärt, daß der ehemalige Polizeipräsident von Berlin, Richter, keineswegs, wie behauptet, über 1000 Mark monatlich erhalte und diese Summe, die er nicht erhält, auch nicht im Ausland verzeihen könne, weil er überdies in Berlin sei.

Abg. Rausche (Dem.): Es sei nicht angängig, aus der Zurücksendung von Material den Schluß zu ziehen, daß überhaupt kein Grund zum Eingreifen vorgelegen habe. Die Tatsachen sollten endlich mit ihren Geheizen aufhören; Die Tatsache, daß Müller-Dammers ermordet worden sei, können sie doch nicht leugnen. (Lachen bei den Wollischen.) Unzutreffend seien auch die Behauptungen über Zurückführung von Reichsteufern in der Beamtenhaft. Das deutschnationale Mitgliedsbuch gelte ja bei der Beamtenhaft geradezu als Empfehlung. (Lachen rechts und anhaltende Zwischenrufe.) Was manche Beamte gegenüber der Republik, die sie begähe, sich herausnehmen, übersteige alle Grenzen. Das wäre nicht möglich, wenn die Regierung von Anfang an sofort und energisch zugegriffen hätte. Im Augenblick eines linksseitigen Wunders würden sämtliche Machtmittel des Staates, Reichswehr und Polizei, der Regierung zur Verfügung stehen. Bei einem Rechtsputsch könne man das nicht ohne weiteres annehmen. Es sei zu begrüßen, daß die Polizeiorgane auf ihrem Posten gewesen seien und zugegriffen hätten.

Der Polizeihaushalt wird hierauf dem Hauptausfluß überwiesen. Mittwoch: Umgemeindung in Oberschlesien. Haushalt des Finanzministeriums.

Aus dem Reich.

Der Oberpräsident Claß leistete sich wieder einmal eine Frechheit durch ein Schreiben an den Preussischen Minister des Innern, in dem er verlangt, daß ihm Einblick in die seine Person betreffenden Akten der Politischen Polizei gewährt wird. Er verlangt ferner, daß der Minister gegen den Major Dr. Schmidt vom Polizeipräsidium ein Disziplinarverfahren einleite. — Mitnehmen an, daß der Preussische Minister des Innern auf diesen Brief des Herrn Claß eine ähnliche Antwort erteilen wird wie damals an den Kapittengeneral von Lützow, als dieser für seinen Staatsreich noch die Forderung von einem Vierteljahrsgeld durch den preussischen Staat forderte.

Rings um die Mememorde. Der Student Erich Franz aus Schwerin wurde am 1. Dezember 1925 wegen Nichtangelegen eines drohenden Verbrechens des Mordes vom Schwurgericht Schwerin in Mecklenburg zu einem Jahre Gefängnis verurteilt. In den damaligen Tagen des Rapp-Bußches gründeten sich allerorts private Organisationen, die militärischen Charakter annahmen und später die Mememorde ausführten. Zu der Formation Buch, zuder, die sich in Mecklenburg-Schwerin niederließ, hatte sich ein gewisser Beyer gemeldet, der von dieser Organisation als Späher betrautet und deshalb „erledigt“ werden sollte. Der Angeklagte Franz hatte hiervon in einer Sitzung Kenntnis erhalten und den Auftrag bekommen, Gift hierfür zu besorgen. Inzwischen wurde Beyer von einem anderen Nordseelen in der Nacht zum 18. Dezember 1923 bereits erschossen. Der 3. Strafsenat des Reichsgerichts verwarf am Montag die gegen das Urteil eingelegte Revision.

Berlin gegen Schulgeld-Erhöhung. Die Berliner Stadtverordnetenversammlung lehnte am Dienstag Abend die vom Magistrat beantragte Erhöhung des Schulgeldes für mittlere und höhere Schulen von 120 auf 192 Mark einstimmig ab und nahm dagegen eine neue Staffellung an, nach der die Einkommen unter 2500 Mark schulgeldfrei bleiben.

Die Besätze gegen die Tarifverträge. Die Massenkündigungen der 25000 bayrischen Angestellten in der Großindustrie und im Großhandel, durch die für den 1. Juli die Aussparung und dadurch die Stilllegung der gesamten bayrischen Wirtschaft droht, wurden am Dienstag auf Grund einer sozialdemokratischen Interpellation im bayerischen Landtage behandelt. Der Interpellationsredner erklärte die wahren Absichten der Arbeitgeber, die ihren alten Vertragspunkt: „Weg mit den Tarifverträgen“, durchsetzen wollten. Der vom Arbeitgeberverband geplante neue Tarifvertrag zwingt nicht nur eine Verschlechterung der Arbeitszeit und der Urlaubserhältnisse, sowie Überstunden und Entlohnungen nach Belieben der Unternehmer, natürlich ohne Bezählung, monatliche Kündigung und Herabsetzung der Gehälter in den unteren Gruppen der Angestellten bis zu 48%, in den höheren bis zu 27%. Die Arbeitgeber wollen außerdem das Recht haben, mit jedem einzelnen Angestellten, entsprechend seinen Leistungen, auch Einzelverträge abzuschließen, die schlechtere Bedingungen als der Tarifvertrag enthalten. Die vom Sozialminister erteilte Antwort war vollständig ungenügend und begnügte sich mit dem Hinweis, daß der Landesminister in Nürnberg gegenwärtig tarifgesetzliche Verhandlungen eingeleitet habe, die vielleicht noch zur Verhütung der Aussparung und des schweren sozialen Kampfes führen können. Obwohl der Minister aus der christlichen Arbeiterbewegung hervorgegangen ist, gestraute er sich nicht, den brutal vorgehenden Unternehmern auch nur wenige tröstliche Worte zu sagen. Er erklärte zum Schluß nur, daß die Regierung die ganze Angelegenheit im Auge behalten werde.

Heißer Reichsbannerzug. In der Unioersitätsstadt Gießen fand am Sonnabend und Sonntag unter ungeheurer Beteiligung der Bevölkerung eine vom Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Otto Volkstaat Helfen, veranstaltete größere republikanische Kundgebung statt. Die Feyer wurde eingeleitet durch einen Begrüßungsabend in der Volkshalle, an dem 4000 Personen teilnahmen. Begrüßungsansprachen hielten im Auftrage des Bundesvorsitzendes Polizeipräsident Genosse Küller, der Gauvorsitzende, Landtagsabgeordnete Genosse Storch, Senatspräsident Dr. Großmann, Genosse Anna-Bros-Suttgärt, Unioersitätsprofessor Schinkel und Fritz-Ebert-Brandenburg. Am Sonntag vormittag fand die Weiße des Gaubanners durch den Vertreter des Bundesvorsitzenden Küller statt. Nach einem Umarmen der Frauenabteilung unter Vorantritt eines 500 Mann starken Musikkorps begann die Kundgebung in geschloffenem Zuge am Bahnhof, wo um 1.15 Uhr, von einer großen Volksmenge jubelnd begrüßt, Staatspräsident Genosse Ulrich in Begleitung des Arbeitsministers Raab eintrafen. Nach einem imposanten Umarmen durch die reich geschmückten Straßen der Stadt, fand die offizielle Feyer nach Ansprachen des Staatspräsidenten Ulrich, des Oberbürgermeisters Luppe und des Zentrumsvorstandes Knoll ihr Ende. Am Abend vereinigten sich noch viele Tausende Republikaner in der Volkshalle zu einem gemütlichen Beisammensein.

Ämtliche Devisenturse der Berliner Börse

	nom 1. Juni.	100 fr. Francs	
1 Pfand Sterling	20,403	13,70	
1 Dollar	4,185	10 1/2	
100 belg. Gulden	168,65	100 Schweizer Francs	81,21
100 holl. Francs	13,15	100 Pesetas	68,42
100 norw. Kronen	91,96	100 schwed. Kronen	112,26
100 Dänig. Gulden	80,89	100000 ung. Kronen	5,87
100 Lire	15,98	100 östr. Schilling	59,285
100 dän. Kronen	110,66	100 Slotn	87,83

Der Bürge.

Roman von Th. S. Hall Caine

Der Bischof aber schüttelte den Kopf, sah sie liebend an und sagte milde — aber jedes Wort drang ihr wie ein Dolch ins Herz — „Das sieht einer guten Frau ähnlich, so bittend für den, der sie beleidigt hat. Doch, liebes Kind, es kann nicht sein. Mein, mein. Truer Junge! Nur der Präsident kann ihn freigeben. Aber er wird es wohl schwerlich tun.“

„Er wird es tun.“ dachte Greeda, und schon hatte sie einen Plan ausgedacht. Sie wollte zu Jason ins Gefängnis gehen und ihn dazu bewegen, keine Rücksichten aufzugeben. Bei Michael Sunlods' Rückkehr wollte sie dann dieses liebe Herz, das ihr nichts verweigern konnte, um Jasons Begnadigung bitten. Und so würde sie selbst, die bisher trennend zwischen den beiden stand, sie zueinander bringen.

Als sie dann hörte, daß es Jason besser ging, obwohl er noch nicht reisefähig war, sah sie sich in der Hochmittagslärmung nach dem Gefängnis.

Der harte, harte Kerkermeister geriet in große Verlegenheit, als Greeda den Gefangenen zu sehen wünschte. Die Worte mußten ihm zwar nicht kommen, aber durch sein rätselhaftes Gesicht wurde er unsicher, daß es nur zu gut möglich sei, daß es das Gefangenen Nähe zu wagen.

Sie ließ sich aber nicht abheben und fand Jason in einer dunklen, feuchten und muffigen Zelle, die ihr Licht bei Tage durch ein Loch in der Wand erhielt, nicht breiter als eines Mannes Hand. Sein Gesicht lag abgelehnt auf dem Stein. Auf dem Tisch neben ihm lag sein rotes Kreuz, betraute so lang wie das seiner Mutter, als es unter der Decke der Zellen lag. Er bewegte sich nicht, als Greeda eintrat. Er sah, die Hand auf den Tisch gestützt, geistesgegenwärtig zu.

„Jason.“ sagte sie, „ich komme mit.“

„Jason.“ sagte sie, „ich komme mit.“

„Jason.“ sagte sie, „ich komme mit.“

„Ich habe dich beleidigt, und obwohl du mir hättest schaden können, hast du es doch nicht getan.“

Jetzt umklammerten die Finger seiner Hand kampfhaft den Tischrand.

„Jason, noch ist nicht alles verloren. Ich kann dich noch retten, darum here. Du sollst mir versprechen, Frieden mit meinem Gatten zu halten, — und wenn er zurückkommt, so wird er dich begnadigen. Gewiß, er wird es tun. Er ist gutartig. Er wird dir vergeben.“

„Mein Gatte über ihn und seine Vergebung!“ hörte jetzt Jason, plötzlich aufspringen. „Wer ist er, daß er mir vergeben sollte? Nicht um irgendwem habe ich geschworen, obwohl der Teufel mich zum Schwören trieb. Für alles, was ich deinetwegen leide, soll er doppelt bezahlen. Pak der Sache nur ihren Lauf. Pak ihn mich wegnehmen. Pak ihn mich in seine Arme nehmen. Ich werde ihn doch noch finden. Ich weiß, daß ich nicht herbei werde, ehe ich diesem Manne von Angesicht zu Angesicht begegnet bin.“

Greeda ging heim, und die tollen Worte tönten ihr noch lange in den Ohren. „Es nützt alles nichts“, dachte sie. „Ich habe getan, was ich konnte. Mein Gatte geht mir über alles. Ich werde ihm nun nichts sagen.“

Sie dachte aber doch und meinte, bis um die Schloßzeit ihre kleine enalthe Frau herauskam und die Tagesgesellschaft erzählte. Einige dänische Redenbeißer waren als Spione festgenommen, verhaftet und gerichtet worden.

Als Greeda nach einer unruhigen Nacht am frühen Morgen erwachte, hörte sie Fußtritte auf dem gekamerten Scher der Tümpelstraße. Sie trat ans Fenster und sah einen kaurigen Zug. Drei Männer, mit bunten Mänteln, Schamrocken und Lederstiefen, gingen dahin. Greeda sah an Hand und Bein an sein Gesicht, langsam dahin. Der Vorkühler, der über die Gassen schritt, ritten ihnen geradlinig zur Seite. Es waren Gefangene auf dem Wege nach dem Schloßjunker von Krieger. Greeda sah ihnen nach. Die anderen zwei Thronen und Kutschken, die hinterher kamen.

Greeda vermochte den Anblick nicht zu ertragen, denn er rief ihr jenen Morgen ins Gedächtnis, als Jason von den Bergen zu ihr heruntergekommen war über Gitter und Schloßmauer, Kopf und Brauen. Sie wandte ihr Gesicht ab und bedeckte es mit der

Handen. Und eins — zwei — drei — vier ertönten die schweren Fußtritte auf dem Schnee.

Das nächste, was sie daraufhin hörte, waren die Worte ihrer englischen Jose: „In der Küche unten fragen einige Freunde nach Ihnen. Es sind Engländer, die eben an Land gekommen sind. Sie behaupten, Ihre Brüder zu sein.“

Die Brüder Gattbrother.

Als Greeda's Brüder herausgefunden hatten, daß ihr feines Gewissen sie Ruhe finden könnte, bevor sie ihrer armen Schwester Gerechtigkeit hätten widerfahren lassen, machten sie sich auch gleich daran, auf Mittel und Wege zu finden. Sie wollten Ballaraine verkaufen und den Erlös Greeda als ihr Gatte überbringen. Nun gehörte Ballaraine aber Jakob. Nach langen Erörterungen und Kämpfe wurde beschlossen, daß jeder von Jakobs fünf Brüdern ein Gut mit einer Hypothek von einem Schötel seines eigentlichen Wertes belasten und die Summe Jakob als sein Anteil zufallen sollte. Dabei hatte dieser allerdings kein Wort. Er zeigte sich aber hierin geschnitten. „Macht euch keine Sorgen um mich“, sagte er, „es ist mein und Recht, sich Brüdern gefällig zu erweisen.“

Wie seine Brüder liebten diese Gewinnung, Thronen aber rümpfte seine rote Nase und dachte: „Der Name Greeda's hat einen mächtig großen Kropf voll Verderblichkeit unter seiner Weite.“

Die Ernte sollte noch eingeholt, denn aber keine Zeit mehr verloren werden. Nach dem Meise (Gartens) wollen wir zu Meise the Land“, bestimmte aber. Unter diesem Namen war ein Rechtslehrer von Kampen bekannt — eigentlich hieß er Mark Schilcar — ein Winkelwäcker und gewissermaßen ein erfahrener Beworwerder der Gattbrother. Es war aber ein gutes Zeichen, daß von seinen Kunden keiner in ganz und gar schlechte Klümpchen geriet, und daß er niemals einen Kunden hatte, der nicht auch als kein Schlichter nach. Erleben wurde Jakob in Land immer reicher, so immer keine Kerker wurden, und immer mehr, je älter er wurde. Er war ein kauriger Mann, dieser Mark the Land, und auf der ganzen Welt war er noch einen kaurigeren, und das war — Jakob's Gattbrother. Der hielt seit vielen Jahren eine gewisse Farm, und hielt als seine Brüder zu ihrem Vater nach Colchester, bereit gingen, keh er in gehenen aus und nahm gewöhnlich nur drei Prozente mehr als gewöhnlich erträgt war.

(Fortsetzung folgt.)

Auf die Straße!

Von Wilhelm Sollmann.

Der Sieg des Volkstums wäre nicht nur gewiss, sondern leicht, wenn wir die Wahrheit über seine Notwendigkeit überall an die Massen heranzutragen könnten. Auf unserer Seite ist das Recht eines Volkes in höchster Not, aber auf der anderen sind ungleich größere Geldsummen, sind die weitaus meisten Zeitungen, ist die Möglichkeit einer Volkstauschung in höchstem Ausmaße. Auf eine Zeitung für den Volkstums kommen 30 oder 40 für die Fürsten. Wir müssen an die Schichten heran, die täglich von unseren politischen Gegnern und der kapitalistischen „parteilosen“ Presse geistig betäubt werden. Es ist hohe Zeit, daß wir für unsere Werbefeldzüge neue Mittel suchen, die laut und wirkungsvoll genug sind, uns allerwärts im Lande Gehör zu verschaffen.

Das Kernstück unserer Werbearbeit sind noch immer die öffentlichen Versammlungen. Es ist aber häufig so, daß nur, wenn die politische Erregung sehr hoch schäumt oder ein sehr bekannter Redner angekündigt wird, der Besuch über unsere Wähler hinausgreift. Oft genug sprechen wir vor Leuten, die weder Belehrung noch unsere Aufmunterung nötig haben. Die große Zahl derjenigen wächst, die den Anblick eines Fußballkampfes, eines Wettlaufs der Rede auch des gefeiertsten politischen Führers vorziehen. Und die Jugend, der Nachwuchs? Alle politischen Parteien ziehen nur winzige Teile des Jungvolkes an. Die Zwanzigjährigen, die Fünf- und Zwanzigjährigen sind auf den Spielplätzen und nicht in den politischen Kneipen. Die Namen der parlamentarischen Wortkünstler sind ihnen fremd. Nur die Kraft, die Gewandtheit, die Gekostschmelze der Kämpfer des Sports begeistert sie noch.

Gehen wir aus den Sälen zum Volk hinaus! Die Arbeiter, Sozialdemokraten und Kommunisten gemeinsam, haben Sportvereine mit großen Mitgliederzahlen und ausgezeichneten Leistungen. Bis in kleine Dörfer reicht die proletarische Sportbewegung. Zahllose Klansgenossen, die für geistige politische Arbeit nicht zu haben sind, gehören mit voller Hingabe unseren Turn- und Sportvereinen. Wo bleibt die Mobilmachung des Arbeiterports für den Volkskampf gegen die Fürsten? Diesmal sind doch beide Arbeiterparteien geeint und Zurückhaltung ist daher nicht vonnöten. An den Abenden, an den Sonntagen sind Aufmärsche, Vorführungen, Reigen, Sportfeste möglich, in deren Mitte eine kurze Ansprache über den Volkstums an die herbeigeströmten Neugierigen andere und oft mehr Menschen erreichen wird als eine öffentliche Versammlung.

Wir haben gute Arbeiter-Gesangvereine, Mandolinenklubs, Bläserchöre, Musikvereine. Warum schweigen sie, wenn lauter denn je unsere Lieder erklingen, unsere Märsche schmettern sollten? Auf den Dorfplätzen, auf den Märkten, in den Höfen, in den Schrebergärten, vor den Denkmälern der Gefallenen — überall ist Raum für ein Volkskonzert unter roten und schwarz-rot-goldenen Fahnen, das hunderte und tausende Zuhörer anziehen wird, die auch eine politische Rede in Kauf nehmen werden, und wenn ein Hut zum Sammeln rund geht, werden gewiß die meisten noch etwas für unsere große Volksbewegung übrig haben.

Unsere Jugend singt und spielt und tanzt. Sie hat das Volkslied und die Volkstänze wieder entdeckt. Wer weiß es von den verfetteten Spielern, von den Wirtschaftshockern, von den vergämten Alten? Heraus unsere Jugend in die volkreichen Stadtteile und zeigt, was ihr könnt. „Die Fahne, die rote, voran...!“ Und Schilder mit Merkwörtern für das Volk gegen die Fürsten und Banner und Fackeln und Lieder. „Trommelt Revue mit Jugendkraft, das ist die ganze Wissenschaft!“

Uns stehen Wagen, Autos zur Verfügung oder sind doch oft von Freunden unserer Sache zu leihen. Für den Volkstums wird mancher sein Gefährt hergeben, der es bei parteipolitischen Wahlen nicht tut. Rufen wir diese Wagen mit Fahrentuch, mit Bildern, mit Plakaten, mit ernster oder satirischer Figuren aus. Die Menschen sind so dankbar, wenn sie etwas sehen, noch mehr, wenn sie lachen dürfen. Was fordert mehr zum Gelächter heraus als die entthronten Serenissimi und Auguste, die standesgemäß für Nichtstun Millionen wollen, und ihre politischen Kinderkinder, die dem ärmsten Volke der Welt einreden, es müsse Greise und Kinder hungern lassen, damit niemals christliche Arbeit eines Prinzen Finger krümme — im Namen Christi, des Zimmermanns von Nazareth, und seiner proletarischen Jünger?

Die Erwerbslosen, die Frauen, die Kriegsoffer, diese vor allem, die Abgebauten, die Abgewerteten, die Ruinierten — heraus in langen Zügen! Die Prothesen und die Billionenscheine, die Pfennigrenten und die Milliardenabfindung, die erledigten Staatspapiere und die Goldwerte der Fürstengüter — zeigt sie auf Straßen und Plätzen in Bild und Wort den Gedächtnisschwachen, den Gedankenlosen. Wieder einmal müssen die Steine reden, wenn die Kirche schweigt.

Und bei allen Veranstaltungen Flugzetteln und Plakate, Zeichnungen, Gebilde, Schlagzeilen, keine weltauslangenden Historien und Lamentationen. Wer liest noch doppelteitig bedruckte Flugblätter? Die Aufklärung muß plastisch vor die Menschen treten. Das ist diesmal leichter als bei Wahlen, denn nur eine einzige klare Frage steht vor dem Volk.

Aber hören muß jeder Mann, jede Frau im Volke diese Schicksalsfrage. Die letzte Gasse im Lande muß von ihr widerhallen. Dann wird die Antwort kommen, die wir brauchen. Das „Ja“ der zwanzig Millionen.

Wieder Rechtsmehrheit für Briand.

Paris, 1. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Dienstag-Sitzung der Kammer, die in den hiesigen politischen Kreisen mit großer Spannung erwartet wurde, hat zu einem neuen Sieg der Regierung geführt. Mit 313 gegen 147 Stimmen bei Stimmenthaltung eines Teiles der Radikalsozialen hat die Kammer beschlossen, vor dem sofortigen Eintritt in die von den Sozialisten und von einigen Radikalsozialen geforderte Finanzdebatte abzusehen. Die Regierung hat also die gleiche Mehrheit wie am vergangenen Donnerstag, das heißt eine Mehrheit, die sich aus den Stimmen der Rechten, der Mitte und eines Teiles der Radikalsozialen zusammensetzt, erlangt.

Am Vormittag hatte die Regierung bereits beschlossen, in ihrer am letzten Donnerstag eingeschlagenen Taktik zu verharren und eine Diskussion über das Finanzproblem abzulehnen. Ministerpräsident Briand forderte zu Beginn der Sitzung die Kammer auf, die Diskussion über die eingebrachten Interpellationen zur Finanzfrage zu vertagen. Sie müsse klar zum Ausdruck bringen, ob sie Vertrauen zu dem gegenwärtigen Kabinett beziehe oder nicht. Eine öffentliche Diskussion über die Finanzfrage könne nur die finanzielle Lage gefährden und es sei deshalb angebracht, sich um die Regierung zu scharen und Geduld zu haben.

Die radikalsozialen Abgeordneten Hulin und Rogaro verteidigten daraufhin ihre Interpellationen. Es liege nicht in ihrer Absicht, die Regierung zu stürzen. Aber die Kammer müsse Klarheit über das Finanzprogramm der Regierung haben, um nicht vor vollendete Tatsachen gestellt zu werden. Nach ihnen ergreift der Sozialist Aurio das Wort, um seine Interpellation zu verteidigen. Der weitere Verlauf der Sitzung gestaltete sich zu einer Auseinandersetzung zwischen dem Ministerpräsidenten Briand und den Radikalsozialen. Briand forderte die Radikalsozialen auf, eine klare Haltung einzunehmen, und sich nicht hinter Stimmenthaltung zu verbergen, da sonst die Lage der Regierung unhaltbar werde. Angesichts dieser energischen Haltung Briands beschloß die Radikalsozialen, von einem Vorstoß gegen das Kabinett abzusehen.

Die Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten hat am Dienstag in Uebereinstimmung mit dem Ministerpräsidenten beschlossen, dem Senat vorzuschlagen, die Diskussion über die Locarno-Verträge am Donnerstag zu beginnen.

Macdonald gegen Baldwin.

Für Staatsunterstützung an den Kohlenbergbau.

London, 1. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Im Unterhaus begann am Dienstag die große innerpolitische Aussprache über die Lösung der Kohlenkrise. Für die Arbeiterpartei ergriff Macdonald das Wort und warf der Regierung Untätigkeit und Pflichtverächtheit vor. Das Kabinett begnüge sich damit, seine Auffassung zu verkünden, habe aber nicht den ersten Willen, wirklich eine Lösung herbeizuführen. Macdonald bezeichnete im weiteren Verlauf seiner Ausführungen die Subventionen des Staates an den Kohlenbergbau als im nationalen Interesse liegend und forderte die Regierung auf, die Vorschläge des Kohlenberichts über die Lohnregelung, die sich der Gewerkschaftsbund zu eigen gemacht hat, anzunehmen und die Umstellung des Bergbaus in Angriff zu nehmen.

In der weiteren Aussprache über die Kohlenkrise machte Lloyd George den Grubenbesitzern den Vorwurf, sich während der ganzen Zeit des Konfliktes nahezu und völlig unzulänglich gezeigt zu haben. Die Regierung, so verlangte Lloyd George, müsse, unabhängig von der Haltung der Unternehmer und Arbeitnehmer, die Reorganisation des Bergbaus in Angriff nehmen. Ministerpräsident Baldwin erklärte, jederzeit für neue Vermittelungsverhandlungen bereit zu sein. Die Regierung lehne es jedoch ab, das Geld der Steuerzahler weiterhin für die Unterstützung einer einzelnen Industrie zu verwenden.

Ein Antrag der Arbeiterpartei, den Etat des Ministeriums für Bergbau zu vermindern, der ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung bedeutete, wurde mit 252 gegen 108 Stimmen abgelehnt.

Die Seerüstungen der Großmächte.

Nach amtlichen amerikanischen Quellen stammendes Material über die Flottenentwicklung bei den Großmächten seit derer Washingtoner Konferenz, das hier bekanntgegeben wird, erregt in Amerika Aufsehen.

Danach haben die Vereinigten Staaten seit der Abrüstungskonferenz 15 Kriegsschiffe auf Kiel gelegt, respektive in das Bauprogramm eingeschlossen, Großbritannien 25 Schiffe, Japan 96, Frankreich 71, Italien 43. Bei diesen Schiffen handelt es sich um solche Einheiten, deren Bau durch die Washingtoner Konferenz nicht eingeschränkt ist. Die Vereinigten Staaten bauen gegenwärtig sechs veraltete Schlachtschiffe um, haben aber einseits die Renovierung von sieben weiteren Großkampfschiffen zurückgestellt. Auch haben sie den Plan der Erhöhung des Feuerzirkels der Geschütze auf den Schlachtschiffen, wogegen Großbritannien Einspruch erhoben hatte, zurückgestellt. Zwei im Bau befindliche Schlachtschiffe wurden vor der Verhrottung bewahrt dadurch, daß man sie jetzt als erste Klasse Flugzeugmutterchiffe ausbaut. Bisher haben die Vereinigten Staaten keine modernen Flugzeugmutterchiffe. Sie dürfen nach den Bestimmungen der Washingtoner Verträge noch 96 000 Tonnen dieser Kategorie aufstellen. Auch hat der Kongreß das vom Marineminister Wilbur vorgelegte 20jährige Bauprogramm abgelehnt, durch das die amerikanische Flotte in allen Kategorien auf die volle Höhe der Washingtoner Abmachungen gebracht werden sollte. Abgesehen von den beiden genannten Flugzeugmutterchiffen schließt das gegenwärtige Bauprogramm der Vereinigten Staaten zwei Kreuzer von je 10 000 Tonnen, drei Unterseeboote und sechs Kanonenboote ein.

Nach der amerikanischen Auffassung hat Japan seit der Washingtoner Konferenz das größte Flottenprogramm aufgestellt, das zwei Flugzeugmutterchiffe, 12 leichte Kreuzer, 24 Zerstörer, 19 Unterseeboote, 4 Kanonenboote und 12 andere Hilfsschiffe darstellt; das japanische Parlament hat allerdings das noch weitergehende Programm des Marineministers nicht angenommen.

Sinktlich Frankreich weist der Bericht darauf hin, daß Frankreich trotz seiner finanziellen Schwierigkeiten bei der leichteren Seewaffen die Spitze einzuhalten sich bemüht. Frankreich hat einen 10 000 Tonnen-Kreuzer bereits vom Stapel gelassen, fünf weitere des gleichen Typs sind im Bau und das auf fünf Jahre aufgestellte Bauprogramm sieht weitere fünf Kreuzer vor. Frankreich hat weiter 25 Zerstörerführerchiffe, 32 Unterseeboote auf Kiel gelegt, resp. in sein Bauprogramm eingeschlossen, abgesehen von den für das Baujahr 1925/26 aufgenommenen 15 Zerstörerführern, 19 Zerstörern und 25 Unterseebooten.

Der Bericht sagt weiter, daß der Wettbewerb im Bau der Schlachtschiffe seit dem Washingtoner Abkommen ausgehalten sei. Aber der Vergleich des neuen englischen Schlachtschiffes „Nelson“ mit den besten japanischen und amerikanischen Schlachtschiffen sei interessant. „Nelson“ und das Schwesterchiff „Rodney“ seien 602 Fuß lang gegenüber 500 Fuß bei den größten amerikanischen Schiffen der gleichen Kategorie. Die Bewaffnung bestände aus neun sechszehnjährigen Geschützen, die sämtlich auf dem Vorderschiff aufmontiert seien. Die ähnlichen amerikanischen Schiffstypen verfügten zwar über stärkeren Panzer, besäßen aber ein Geschütz weniger. Auch seien die Geschütze nicht in derselben vorteilhaften Weise verteilt und die amerikanischen Schiffe besäßen nur 21 Knoten Geschwindigkeit, während „Nelson“ über 23 Knoten verfüge. Das japanische Schlachtschiff „Mutsu“ habe dieselbe Geschwindigkeit wie „Nelson“, aber ebenfalls ein Geschütz weniger.

Uebersee-Deutsche für Schwarz-Rot-Gold.

In dem durch das Dekret des Reichspräsidenten neu belebten Flaggentumpe hat sich die Deutsch-Argentinische Vereinigung für die La Plata-Straiten mit folgendem Manifest an die Öffentlichkeit gemeldet und lebhaften Nachhall in der argentinischen Presse aller Richtungen gefunden:

Das Dekret des deutschen Reichspräsidenten, das die offizielle Wiederbenutzung der Kaiserlichen Flaggentumpe durch die Auslandsvertretungen des Reiches verfügt, hat bei allen deutschen Republikanern am La Plata schmerzliche Uebertragung hervorgerufen.

Die Verfügung verfehlt in jeder Beziehung vollkommen ihren Zweck. Der Flaggentumpe, in letzter Zeit im Abflauen begriffen, wird nunmehr von neuem entfacht und im Auslandsdeutschtum offiziell verewigt. Bedenklicher ist es, daß das Ausland in dieser Verfügung, die gegen die Verfassung verstößt, ein Wiederaufleben militaristisch-bisatorischer Geistes der deutschen Regierung erblicken muß. Im deutschen Reich selbst erscheint das Dekret als beschämende Preisgabe des republikanischen deutschen Mehrheitswillens an die Gegner der deutschen Republik.

Die D.R.V. nimmt deshalb mit diesem Manifest Stellung zu der Verfügung des Reichspräsidenten und erklärt, daß sie sich eines Sinnes weiß mit den Millionen Deutschen im In- und Auslande, die im Interesse der Republik und des deutschen Vaterlandes der Reichsregierung nicht folgen werden auf ihrem Abwege einer übertriebenen Berechtigung zu moralischer und materieller Nachsichtigkeit an ehemals regierende Deserteure, die heute Ansprüche auf deutsches Volkstum erheben.

Dazu schreibt uns ein Korrespondent aus Buenos-Aires: Das Dekret des Reichspräsidenten beruht auf grundfähigen Prämissen. Die überwiegende Mehrzahl der Auslandsdeutschen in Südamerika ist in Deutschlands politischen Fragen weit indifferent, was es Hindenburg und seine Berichterstatter glauben möchten. Was bedeutet es denn im Hinblick auf das Ganze, wenn von der reichlichen Million Deutschbürtiger, die Südamerika besetzen, in Rio de Janeiro 1700 Deutschen sich für Schwarz-Weiß-rot erklären? Außerdem sind die Hauptcharaktere des deutschen Nationalismus meist freiwillig aus Geschäftsrück-sichten Bürger und Wähler der südamerikanischen Staaten geworden und dürften damit wohl das letzte Anrecht zur Willensäußerung in Deutschlands politischen Fragen aufgegeben haben. Der alldeutsche Urwaldstrompeter Eugen Foquet — von Hause aus Sozialist und Franzose — ist Brasilianer, und Herr Emilio Tjarks, dessen „Deutsche La Plata-Zeitung“ sich heute für das Mitbestimmungsrecht der Auslandsdeutschen einsetzt, ist Argentinier und hat vor 2 Monaten in seinem Blatte von Begeisterung über den Francoflug spanisch gestammelt.

Das tatsächliche Verhältnis der Deutschbürtigen Südamerikas zu Deutschland wird, soweit es überhaupt besteht, unter dem wirtschaftlichen Druck der Exportomlinge, die ihrem oft gegen deutsches Interesse gemachten Reichum eine „pornehme“ Weltanschauung schuldig zu sein glauben und durch das Geschrei der alkoholisch leistungsfähigsten hiesigen Vereine in völliger Entstellung von drüben aus gesehen. Die wenigsten Auslandsdeutschen sind in der Lage und auch im Grunde gewillt, einer mutwilligen Verschlechterung des Verständnisses zwischen Deutschland und den teils ehemals feindlichen Staaten Südamerikas sorglos mitanzusehen. Die energische Kritik der Presse des im Kriege neutralen Argentinien an der Haltung der deutschen Regierung sollte in Berlin als Warnung mehr Beachtung finden, als alle Zustimmungstelegramme der unterworfenen Vormünder des Auslandsdeutschtums.

Der Seidenschimmer des Haares

Ist eine Frau vornehmster Reiz. 7711 Portugal hilft dem Haar Fülle, Weichheit und Glanz erhalten. Sein angenehmer Duft ist erfüllt von wohlthuernder Fische. Keine Friseurkunst kann die Schönheit eines solchen, gesunden Haares ersetzen; seine regelmäßige Pflege mit 7711 Portugal darf nie vernachlässigt werden.

7711 Portugal

Der Präsident der Republik Portugal, Bernardino Cabalo, ist am Dienstag von einem Wollen zurückgezogen. Im Laufe des Tages sind aus verschiedenen Teilen des Landes Telegrammbelegungen in Lisboa eingegangen, darunter 1000 Mann aus dem Süden und 4000 aus dem Norden des Landes.

Familien-Anzeigen

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Am 31. Mai voratib unser Freund und Verbandskollege, der Tischler
Wilhelm Rauke
im Alter von 21 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau.
Beerdigung: Donnerstag, den 3. Juni, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des St. Barbara-Friedhofes in Cosel. 2304

Bei Vergebung von

Drucksachen

berühmter Industrie und Handels-, Kommunal- u. Staatsbehörden, Parteien, Vereine, Gewerkschaften, Krankenkassen, Arbeiter-Sport- und Vergnügungs-Vereine die Buchdruckerei der

Volkswacht

Breslau 2, Flurstraße Nr. 4-6

Lieblich-Theater

Telefon: Stephan 3464

Nur kurze Zeit! Sensationsgaspiel

Anita Berber und Henri.

Die Tanzattraktion im Rahmen der Revue:

„Apollo? Nur Apollo!“

In der Wiener Originalbesetzung. Eintrittspreis von 75 Pf. an.

Ruba Seife

ist eine in vielen Jahrzehnten vervollkommnete Seife von ganz außerordentlicher Waschkraft. Sie wäscht in warmem und kaltem Wasser mit gleich gutem Erfolg u. verleiht der Wäsche einen frischen, angenehmen Geruch. Sie ist unbedingt auch für Ihre Wäsche das Beste

auch für Ihre Wäsche

Hersteller: RUBA-WERKE RUDOLPH BALHORN G.M.B.H. BRESLAU

Anzüge n. Maß, mod. haltb. Stoffe Mk. 50, 40, 30 und 20
Fertige Anzüge, schönste Formen, von Mk. 18 an und bis zu den besten Preislagen.
Albrechtstraße 41, kein Laden

Brotella

nach Professor Dr. Gerwede

umsonst!



Brotella-mild: die Magen-Diät

Dro. Nr. 1.40

Brotella-stark: die Darm-Diät

Dro. Nr. 2.00

Brotella hat sich hunderttausendfältig bewährt als verjüngende Gesundsuppe für Magen und Darm und als sicheres Regulativ bei **Stuhilverstopfung.**

Brotella ist aber auch Allgemeinläs für Gesunde und Kranke überhaupt, denn es gibt kaum einen Zustand, bei dem der Körper für einen Teller Brotella nicht dankbar wäre, weil die Magen-Darm- und Verdauungsfrage immer eine gewichtige Rolle spielt und weil Brotella immer hilft.

Brotella hat eine weitere Verbesserung erfahren. Die physiologischen und kulinarischen Werte sind verstärkt. So schwer es ist, die großen Ansprüche und die Werte und Wirkungen einer „Brotella“ mit der allgemeinen Geschmacksrichtung des Publikums in Einklang zu bringen - heute bestmöglicht es Jedermann: **„Wirkung und Wohlgeschmack sind wirklich wunderbar!“**

Brotella wird Gemeingut des deut. Volkes werden. Ich lade alte und neue Interessenten ein, von dem Gutschein Gebrauch zu machen. Apotheken, Drogerien und Reformhäuser geben gegen diesen Gutschein einen Probebeutel Brotella-mild und -stark umsonst. **Wilhelm Biller Hannover** Großhändler

Gutschein! 1004

Ich empfang von _____

1 Probebeutel Brotella-mild und 1 Probebeutel Brotella-stark

Name _____

Wohnort _____

Straße _____

Deutscher Bekleidungsarbeiter-Verband Breslau.

Achtung! Zwischenmeister! Seimarbeiter! Betriebsarbeiter!
Freitag, den 4. Juni, abends 8 Uhr
im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Margaretenstraße 17:

Große Konfektions-Versammlung.

Thema:

1. Das Diktat der Arbeitgeber in der Herren- und Anaben-Konfektion und unsere Stellungnahme hierzu.
Referent: **Gauleiter G. Schaertl.**

2. Diskussion und Abstimmung wegen Unterschrift abgeben.
Kollegenschaft! Wir erwarten zahlreichen Besuch. Die Konfektionsfabrikanten legen Euch Reserve zur Verschlechterung des Lohntarifes vor. Keiner darf unterschreiben! Versammlungsbeschlüsse sind abzuwarten. Auf, zur Tat!

Die Füllleitung.

Die Lohnkommission.

Stadt-Theater.

Mittwoch 7 1/2 Uhr: 18. Vorstellung im Abonnement. **„Meister Guido“**
Donnerstag 7 1/2 Uhr: **„Figaros Hochzeit“**
Freitag 8 Uhr: **„Seraffa“**

Liedtheater

Reisingstr. 8, Tel. 39.6774

Mittwoch nachm. 3 1/2 Uhr:

„Dibello“

Mittwoch, Donnerstag abends 8 Uhr:

„Marlborough zieht in den Krieg“

Duettspiel von Th. Arb.

Thaliatheater

Schwerstr. 3, Tel. 39.6700

Mittwoch, Donnerstag abends 8 Uhr:

„Medea“

Schauspielhaus.

Operettenbühne. 12003

Tel. Stephan 37 458.

Täglich 8 Uhr:

„Sinnemarie“

Donnerstag nachmittags 3 1/2 Uhr:

„Der Bettler aus Dingsda“

Schlesisches Landesorchester.

Neue Mittwoch, 8 Uhr:

SäparksKonzert

Eroica-Symph. Beethoven

Leitung: H. K. E. H. H. H.

Victoria-Theater

8 1/2 Uhr

2^{ter} Honorat

Die große Bühnen-Kommission

Lebenslänglich.

5 Bühnen-Akte

aus dem Tage

Vorstellung, die Tragödie

der Rockenwälder

Dr. H. H. H.

Personen: 12

nach 12 Jahren

keinen Zutritt

Eintritt: 2.00 Mk.

Eintritt: 2.00 Mk.

Eintritt: 2.00 Mk.

Eintritt: 2.00 Mk.

Eintritt: 2.00 Mk.

Eintritt: 2.00 Mk.

Eintritt: 2.00 Mk.

Eintritt: 2.00 Mk.

Eintritt: 2.00 Mk.

Eintritt: 2.00 Mk.

Eintritt: 2.00 Mk.

Eintritt: 2.00 Mk.

Eintritt: 2.00 Mk.

Eintritt: 2.00 Mk.

Eintritt: 2.00 Mk.

Eintritt: 2.00 Mk.

Eintritt: 2.00 Mk.

Ein herrlicher Gelegenheitskauf!!

Prachtausgabe von Eichendorff: **Aus dem Leben eines Taugenichts.** Großquart., wunderbares Papier, selten schöner Druck, halbleinen Künstlereinband, 14 ganzseitige Bilder, darunter 4farbige. Bisheriger Preis 10 Mk. Jetzt, solange Restauflage reicht, **nur 3.50 Mk.** - Für jeden Geburtstag **das** Geschenk.

Volkswacht-Buchhandlung
Breslau 3, Neue Gräupenstr. 3, modernes Antiquariat.

Zahl- u. Auskunftsstelle für Grabpflegegebühren

sowie andere Friedhofgebühren und Auskunft in Grabdenkmalsangelegenheiten der städt. Friedhöfe Gräbschen, Oswitzer Straße und Cosel
An der Elisabethkirche 3/4, Erdgeschoss, rechts.
Dienstzeit von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags. 3967
In Denkmals-Angelegenheiten nur bis 1 Uhr nachmittags.

Jedem, der verreist, rufen wir zu:

Vergiß nicht, Dir ein gutes Buch mitzunehmen! Denk an das ständig ungünstige Wetter! Und erhole Dich auch mal geistig!

Unsere stadtbekannt billigen Büchertische mit den Preisgruppen 20 Pf. bis 1.00 Mk., 1.50 Mk., 1.75 Mk., 2.00 Mk., 2.50 Mk., 2.75 Mk., 3.00 Mk. ermöglichen es jedem, sich ein gutes Buch mitzunehmen.

Wir führen grundsätzlich keinen Schund! Trotz der billigen Preise sind alle unsere Bücher von literarischem Wert.

Volkswacht-Buchhandlung, mod. Antiquariat
Breslau III, Neue Gräupenstr. 5 u. Neue Taschenstr. 11

Geld borgt Ihnen Leibhaus



Ges. Müller ist fariert, er hat jeden aboniert. Bergung besteht er es und rings für der Betrieb um „Caden links“. Und jetzt der Griesgram Heister Störte mit: „Caden links“ ist wirklich fariert!

Absonere „Lachen links“ (Nr. 25 Pf.) G. beim Verlag J. E. W. Dietz Nachf., Berlin SW 68, Lindenstraße 2, bei den Zeitungsbes. od. durch uns Buchdig

Volkswacht-Buchhandlung, Breslau, Neue Gräupenstr. 5 und Neue Taschenstr. 11.

Benutze die Buchkarte!

Für 50 Pf. wöchentlich kannst Du Dir geistige Schätze von unermeßlichem Wert erwerben! Wende Dich sofort an unsere

Buchhandlung, Neue Gräupenstr. 5.

Schnürstiel, 2-10 Pf., Lippert, Heinrichstr. 16. 10021

Sofort Geld

auf Pfänder! Bei Haus Rosher Albrechtstraße 43, L.

Unsere erzielen in dieser Zeitung den größten Erfolg

Neues Schlafzimmer

kompl. 390 Mk., neuer Garbenrobenstuhl mit Wäpeltel (3 teilig) 85 Mk., 2 englische Bettstellen, kompl. 130 Mk., alles neu, mußbaum poliert, zu verkaufen

Tischerei, Fürstentruhe 6 Hof. 1 Trepp. 377

Möbel Kredit

Billigste Preise J. Günzburger Albrechtstr. 14 12023

Sausmeister gesucht.

Dienstwohnung vorhanden. Es kommen nur Bewerber in Frage, die verheiratet und von Beruf Metzger und Installateur sind. Offerten unter St. 347 an die Geschäftsstelle der Volkswacht senden. 378

ianos

vermieten reparieren Seliger & Sohn Schweidnitzstr. 10/11

Wohnungen

Fremdliches Logis 1000 5 Simon, Schweidnitzstr. 14.

Arbeitsmarkt

Junges Mädchen

15-16 Jahre, tagüber für Kind- und leichte Hausarbeit sofort gesucht. Melb. Gewerkschaft bei W. Lempold.

Zu der „Volkswacht“ haben Stellen-Angebote

insolge Ihrer großen Verbreitung in Arbeiterkreisen besten Erfolg

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 2. Juni.

Seht die Wählerlisten ein!

Diesmal gilt es, sich nicht nur davon zu überzeugen, daß man selbst in der Wählerliste steht, sondern auch davon, daß niemand ja unrichtig darin aufgeführt ist. Man bestimme in jedem Hause einen Vertrauensmann, der die Liste nachgehend prüft, ob verstorbene oder verzogene Personen darin enthalten sind, worauf deren Streichung beantragt werden muß. Andererseits müssen sich aber auch alle Wähler und Wählerinnen davon überzeugen, daß sie selbst in der Liste stehen. Daß sie sich keineswegs für das Volksbegehren eingetragen haben, hat in dieser Beziehung gar keinen Wert, denn es werden neue Listen aufgestellt, die naturgemäß auch Fehler enthalten. Auf jede Stimme kommt es diesmal ganz besonders an, denn mehr als die Hälfte der eingetragenen Wähler werden zur Umwälzung der Fürstenhabgüter gebraucht. Deshalb prüft so genau wie nie zuvor, einmal, daß ihr selbst in der Liste steht, und dann aber auch, daß die Liste nicht Namen enthält, die nicht mehr darin enthalten sein dürfen. Die Listen liegen vom 6. bis 13. Juni in der Festungturnhalle aus. Dort hin müssen nun auch alle gehen, die sich in der Jahnturnhalle einschreiben ließen. Jeder kann die Liste für Bekannte und Unbekannte mit einsehen. Darum rückt schon heute zur Pilgerfahrt nach der Festungturnhalle am kommenden Sonntag!

vom 6. bis 13. Juni

in der Festungturnhalle aus. Dort hin müssen nun auch alle gehen, die sich in der Jahnturnhalle einschreiben ließen. Jeder kann die Liste für Bekannte und Unbekannte mit einsehen. Darum rückt schon heute zur Pilgerfahrt nach der Festungturnhalle am kommenden Sonntag!

Hierzu wird vom Magistrat mitgeteilt:

Die Stimmliste für den Volksentscheid über Enteignung der Fürstenvermögen wird vom Sonntag, den 6., bis einschließlich Sonntag, den 13. Juni, von vormittags 10 bis abends 7 Uhr, in der Festungturnhalle zu jedermanns Einsicht öffentlich ausgestellt werden. Die Einrichtung in der Halle ist die gleiche wie bei allen früheren Wahlen. Wer in die Liste Einsicht nehmen will, hat sich zunächst an den dicht am Eingange befindlichen Auskunftsstisch zu begeben. Hier nennt er eine Wohnung, bekommt einen Zettel mit der Ziffer des Bezirks, zu dem die Wohnung gehört, und wendet sich mit diesem Zettel an den durch die Nummer des Bezirks gekennzeichneten Tisch. Stimmberechtigt sind Männer und Frauen, die am Abstimmungstage 20 Jahre alt sind. Wer in der Stimmliste eine Unrichtigkeit oder Unvollständigkeit festgestellt zu haben glaubt, kann dieses bis zum Ablauf der Ausstellungszeit bei dem Wahlamte schriftlich anzeigen oder seinen Einspruch im Auslegeraume niederzuschreiben lassen. Stimmzettel werden unter derselben Voraussetzung wie bei anderen Wahlen durch das Wahlamt, Zimmer 59 des Stadthauses, ausgestellt, und zwar bis zum 18. Juni, nachmittags 2 Uhr.

Alle weiteren für den Volksentscheid wichtigen Bestimmungen sind aus einer Bekanntmachung des Magistrats zu ersehen, die vom 4. bis einschließlich 18. dieses Monats öffentlich angeschlagen werden wird.

Gegen die Fürstenhabgüter.

Aus Zentrumstreifen schreibt man uns:

Ein Schlagwort bei der Fürstenenteignung ist das Wort „Moral“, das die „Schlechte Zeitung“ ihren Lesern fast täglich zur Enthaltung der Stimmabgabe bei der bevorstehenden Wahl predigt. Daß es aber ein schreiendes Mißverhältnis von von Moral keine Spur ist, wenn die Fürsten einem verarmten und ausgelagerten Volke gegenüber noch mit „Ansprüchen“ Immunität, darauf hinzuweisen kommt den Gegnern nicht in den Sinn. Es gilt, der Allgemeinheit zum Wissen zu bringen, daß es eine höhere Moral ist, für die Fürsten-Enteignung zu stimmen, weil die Ansprüche von etwa 2 1/2 Milliarden dem Staate erhalten bleiben bzw. dem Volke zur Linderung der Armut zugute kommen sollen. E. R.

Selbstmordversuch Robert Kollers.

Gestern fand, wie berichtet, in der Kochmännischen Morbsache ein Lokaltermin in Reife statt, an dem auch die Gebrüder Koller teilnahmen. Das Ergebnis muß für beide Brüder nicht sehr günstig ausgefallen sein, denn Robert Koller machte einen sehr niedergedrückten Eindruck. Am heutigen Morgen, nach der Freistunde, gelang es ihm, sich über das Geländer zu schwingen und vom vierzten Stock in den Hof zu springen. Mit einem schweren Becken- und Schädelbruch wurde er in das Lazarett eingeliefert.

Die Jahrhunderthalle

Während der landwirtschaftlichen Woche täglich von vormittags 8 Uhr bis abends 7 Uhr für die Bevölkerung freigegeben, und zwar gegen ein Eintrittsgeld von 0,50 Mk. Sonntag, den 6. Juni, findet in der Jahrhunderthalle ein Orgelkonzert des Oberorganisten Otto Burkert unter Mitwirkung des Breslauer Volkschors statt, bei einem Eintrittspreis von 0,50 Mk. für jeden Platz.

Die Rückfahrkarte bleiben.

Der Haushaltsausschuß der Stadtverordnetenversammlung kam am Dienstag mit seiner Staatsberatung zu Ende. Er hat zuletzt den früheren Beschluß, die Rückfahrkarte bei der Straßenbahn zu beibehalten, wieder aufgehoben, so daß sie also vorläufig weiter bestehen dürfen. Die vom Magistrat beantragte Gewerbesteuer vom Kapital ist von 800 auf 700 Prozent und die vom Ertrage von 400 auf 350 Prozent herabgesetzt worden. Der Magistrat könnte seinen Protest gegen beide Beschlüsse an die Not ist so groß, daß die vorgelegenen Mittel des Wohlfahrtsamtes bei weitem nicht ausreichen werden. Der Magistrat werde bald mit erheblichen Gewerbesteuerforderungen kommen. Es bleibt also abzuwarten, wie lange sich die Führer der Straßenbahn und die Gewerbetreibenden der ihnen günstigen Ausführbeschlüsse werden erwehren können.

Am Penderstag.

Die städtische Gartenverwaltung ist in anerkanntester Weise bemüht, Breslau zu einer der schönsten Städte Deutschlands heranzuführen. Man kann aber nicht umhin, doch manchmal etwas Kritik zu üben; denn schließlich haben nicht nur die Erwachsenen ihre Freude an den Anlagen, sondern unsere Kinder verleben auf dem Spielplatz fast ihre ganze Jugendzeit. Daher wird so manches vorgebracht, was zur Beseitigung und Ergänzung der Anlagen erforderlich ist. So ist zum Beispiel der Penderplatz in seiner neuen Aufmachung ein Kunstwerk ersten Ranges, doch hat man hier vorgelegenen Papierfische aufzustellen. Der nachmittags aber abends diese Anlagen besucht, glaubt, eine Papierfische hat hier Platz gefunden. Es ist eine Rückfahrkarte der Eltern, die Papierfische in der Luft herumfliegen, was ist man da nun den Kindern zu tun?

Die Fürsten oder das Volk.

1914: Millionen von Männern wurden herausgerissen aus ihren Arbeitsstätten, aus ihren Familien, mühten ins Feld ziehen. Millionen von Frauen waren gezwungen, die Plätze der Männer einzunehmen, Tag und Nacht zu arbeiten, ihren Körper viel zu früh zu verdrängen; Millionen von Kindern darboten körperlich und seelisch, entbehrten die Erziehung und Pflege von Vater und Mutter.

1918: Der Zusammenbruch kam. Zwei Millionen Männer hatten ihr Leben fürs Vaterland gelassen. Weitere Hunderttausende kehrten gedrohen an Leib und Seele in die Heimat zurück. Über kaum einer von den Männern, die draußen im Grauen des Krieges waren, kaum eine von den Frauen, die in der Heimat weit über ihre Kräfte arbeiteten, hatten ihre volle Gesundheit behalten. Diejenigen, die nicht ungeschuldet an diesem Unglück waren, flohen über die Grenzen oder versteckten sich in Schlupfwinkeln. Männer des Volkes mühten das steuerlos gewordene Staatsschiff vor dem Zerbrechen zu bewahren.

1926: Dieselben Fürsten, die 1918 froh waren, ihr Leben zu retten, verlangen vom deutschen Volke 8 Milliarden Mark!

Was bedeutet das alles? Die europäische Wirtschaft und ganz besonders die deutsche ist durch den Krieg zerstört. Zwei bis drei Millionen Arbeitslose fühlen es täglich an der Verelendung ihres Körpers, ihrer Häuslichkeit, ihrer Familie, Tausende von kleinen Gewerbetreibenden, von Geschäftsleuten verlieren die mühsam aufgedaute Existenz. Selbstmorde und Familientragödien bezeichnen uns täglich über die Tragik dieser Wirtschaftskrise und über die Notwendigkeit ihrer Überwindung. Es gilt also neue Wege zum Wiederaufbau zu finden, es gilt, die Kräfte des gesamten Volkes zusammenzufassen, um Deutschland vor dem wirtschaftlichen und kulturellen Untergang zu bewahren.

Dazu ist nur ein körperlich und seelisch gesundes Volk fähig, und dieses Ziel muß erreicht werden in erster Linie durch einen Ausbau unserer Sozialpolitik.

Wie aber steht es damit aus? Im sozialpolitischen Ausschuß des Reichstages führt die Sozialdemokratie den nächsten Kampf um die Verbesserung der Erwerbslosenfürsorge, um der Unterernährung von drei Millionen Menschen und ihrer Familien entgegenzutreten. Die Reichsregierung, die Länder, antworten auf alle Forderungen, daß das nötige Geld nicht vorhanden ist.

Schwere Klage wird erhoben darüber, daß jährlich eine halbe Million Frauen ihre Schwangerschaft unterbrechen, weil die Not

der Zeit ihnen die Mutterkraft zur unerhörten Qual macht. Soll dieser für die Frauen, wie für das ganze Volk unerträgliche Zustand abgeändert werden, so muß die Schwangeren- und Pflanzschaftsbeihilfe so ausgebaut werden, daß die materiellen Sorgen der Mutterkraft erträglich werden. Die Antwort der Reichsregierung, der Länder, der Krankenkassen auf unsere diesbezüglichen wiederholten Forderungen lautet: Es ist kein Geld vorhanden.

Wollen wir die gesundheitlichen Schäden des Krieges so weit wie irgend möglich überwinden, so ist die Verbesserung der Krankenkassen, besonders auch der Familienrentenbeihilfe, erste Voraussetzung. Allen diesbezüglichen Anträgen gegenüber bitten die Krankenkassen um Vermeidung einer weiteren Belastung, da zahlreiche Arbeitgeber infolge der finanziellen Not nicht in der Lage sind, die Krankenkassenbeiträge zu zahlen und die Krankenkassen infolgedessen keine Mittel haben.

Unsere Arbeitsinvaliden, unsere Arbeiterwitwen und -waisen, denen das deutsche Volk unendlich viel verdankt, müssen sich heute mit Beitzipfen, anstatt einer Rente begnügen, die ihnen ein einträgliches Leben sichert. Allen unseren Forderungen auf Erhöhung der Renten gegenüber erhalten wir die Antwort: Die Versicherungsanstalten brechen zusammen, wenn ihnen höhere Leistungen zugemutet werden.

Dazu kommen die Millionen direkter Kriegsoffer, denen während des Krieges das Wort vom Dank des Vaterlandes nicht oft genug gesagt werden konnte, und die sich heute mit turgem Renten mühsam durchs Leben quälen müssen, weil das deutsche Volk arm geworden ist.

Mangel an Geld also, wohin wir blicken. Mangel an Geld, der die Befundung unseres Volkes verhindert. Und in einer solchen Zeit fordern die Fürsten von diesem verarmten deutschen Volk einen Betrag von drei Milliarden Mark. Eine Summe, die ausreichen würde, um unseren Erwerbslosen über die Monate der Erwerbslosigkeit hinwegzuhelfen, eine Summe, die der jungen Generation zur Befundung helfen könnte, eine Summe, die den verarmten Alten ihren Lebensabend erleichtern würde, falls sie nicht werden an Fürsten, das heißt an Leute, die uns nichts genügt, aber sehr viel geschadet haben, an Leute, die größtenteils im Ausland ihre Besitzungen haben und dort ein Wohlleben führen. Ob dieses Unerhörte wirklich geschehen soll, darauf sollen auch die deutschen Mädehen und Frauen und Mütter am 20. Juni die Antwort geben. Louise Schröder, M. d. R.

Zum Volksentscheid.

Das städtische Wahlamt hat sich mit folgendem Schreiben an die Vertretungen aller Parteien gewandt:

Die Bestellung der Wahlmänner und Stellvertreter für die Abstimmung zum Volksentscheid am 20. Juni 1926 bezieht sich auf außerordentlichen Schwierigkeiten. Ein sehr erheblicher Prozentsatz der ernannten Personen gibt Abswesenheit am 20. Juni (Wahlzeit) als Hinderungsgrund an, andere nennen Familienangelegenheiten und sonstige augenfallige Hinderungsgründe nicht handhabende Hinderungsgründe. Die Nachprüfung ist bei der Kürze der noch zur Verfügung stehenden Zeit nicht durchführbar. Wir sind für die bevorstehende Abstimmung mehr als bisher auf freiwillige Nachmeldungen angewiesen, wenn die Abstimmung am 20. Juni nicht in Frage gestellt werden soll. Aus diesem Grunde bitten wir, die Parteimitglieder aufzufordern, sich bald und zahlreicher als bisher für die Ausübung von Wahlmännerämtern dem Wahlamte im Rathaus, Zimmer 59, mündlich (in den Dienststunden von 7 1/2 Uhr vormittags bis 3 1/2 Uhr nachmittags) oder schriftlich zur Verfügung zu stellen.

Heute noch

steht sich jeder Partei- und Gewerkschaftsmitglied für sich und seine Angehörigen Eintrittskarten zum Besuch der sportlichen Veranstaltungen anläßlich der Reichs-Arbeiter-Sporttage (Kast). Näheres im Festprogramm, auf dem großen roten Plakat an den Breslauer Anschlagstafeln und in der Sportbeilage der Dienstag-Nummer der „Volkswacht“.

Partei- und Gewerkschaftsmitglied und Genosse! Hast du dich auf diese Weise eingehend informiert, dann mache deine Arbeitsbrüder in Fabrik und Werkstatt, im Büro und Kontor, auf die Veranstaltungen der Arbeiter-Sporttage aufmerksam, damit die Reichs-Arbeiter-Sporttage zu einem wahren Fest der Arbeiterschaft werden. Wird also, wo irgend es geht, für die Arbeiter-Sporttage, die auch deine Sache ist.

Nach Wertaufwände von sporttreibenden Arbeitern befinden sich in den schwarz-weiß-roten Sportverbänden, die unter dem Deckmantel der Neutralität Gegner der Arbeiterschaft und Diener des Kapitalismus und des Monarchismus sind. Nur geschlossenes Zusammenwirken aller Kräfte der Arbeiterschaft kann zum Siege führen! Darum unterstützt und besucht die Veranstaltungen des Arbeiter-Sportvereins Breslau, das auch im kommenden Herbst und Winter zu billigsten Eintrittspreisen nur gute und beste Filme zeigen wird, das durch seine Mitglieder den Rettungsdienst auf der Ober- und Unterwasserorganisiert und durchführt und auf diese Weise schon manchen Klassenangehörigen vor dem Tode des Ertrinkens bewahrt hat, das sich eurer Kinder, die fast durchweg unter elenden Wohnungsverhältnissen ihr Leben zu fristen gezwungen sind, annimmt und sie hinausführt auf die Spiel- und Sportplätze um sie zu freien Menschen zu erziehen, die sich eine gerechtere Gesellschaftsordnung schaffen werden.

Arbeitslosen- und Invalidenversicherung.

Wie allgemein bekannt sein dürfte, sind die Erwerbslosen für die Zeit, in der sie Erwerbslosenunterstützung beziehen, gegen Krankheit versichert. Die Beiträge für diese trägt die Erwerbslosenfürsorge. Die Erwerbslosen haben dieselben Ansprüche an die Krankenversicherung wie die anderen Kassenmitglieder. Dies ist im Interesse der Volksgesundheit nötig.

Wie steht es aber mit der Invalidenversicherung? Der Erwerbslose muß, um seine Anwartschaft aufrecht zu erhalten, Marken kaufen. Er muß innerhalb zwei Jahren mindestens zweiwöchentliche Beiträge zahlen, um nicht seiner Rechte der Invalidenversicherung gegenüber verlustig zu gehen. Als sogenannte Erzeugnisse rechnet die Erwerbslosigkeit nicht. Selbstverständlich fällt es den Arbeitslosen schwer, von den unzulänglichen Unterstützungen noch Invalidenmarken zu kaufen. Es ist aber, wie gegenwärtig noch die Bestimmungen der Reichsversicherungsgesetzgebung lauten, nötig, um der erworbenen Rechte nicht verlustig zu gehen. Es wird nötig sein, bei Beratung über die Erwerbslosenfürsorge auch da eine Regelung zu treffen um die Erwerbslosen vor Schäden zu bewahren.

Bis zu einer gesetzlichen Bestimmung müßte das Wohlfahrtsamt, d. h. die Fürsorge, darauf bedacht sein, die Invalidenmarken der Unterstützungsempfänger einer Kontrolle zu unterziehen, und dafür zu sorgen, daß in den Fällen, wo nach die Anwartschaft verloren geht, Marken von der Fürsorge aus gestellt werden. Die Marken hätten bei eintretender Invalidität dann insofern einen Wert, als dann nur der Zuschuß zu zahlen ist, während bei nicht eintretender Invalidität der Zuschuß, den das Wohlfahrtsamt zu zahlen hat, auf Grund der Fürsorgepflichtgesetzgebung bedauernd hätte sein müßte.

Betriebsrat für Autos am Sonntag.

Der preußische Handelsminister hat unter Berufung auf die harte Entladung des Kraftwagenverkehrs unter Vorbehalt des Widerrufs die Abgabe von Betriebsrat für Autos, ausgeführt die Zeit von 7 Uhr abends bis 7 Uhr morgens sowie für Aut-

liche Sonn- und Festtage gestattet. Soweit die Versorgung nicht durch eine besondere Tarifanfrage, sondern in einer offenen Verkaufsstelle erfolgt, in der auch andere Waren feilgehalten werden, gilt die Ausnahme nur dann, wenn der Betriebsrat aus einem von dem allgemeinen Verkaufsraum völlig getrennten Lager abgegeben wird.

Für jugendliche Erwerbslose

beiderlei Geschlechts bietet sich Gelegenheit, die Zeit der unfreiwilligen Arbeitsruhe zu einer Vervollkommnung ihres Wissens auszunutzen. Die Arbeiter-Samariter-Kolonie veranstaltet einen Kursus in der ersten Hilfeleistung bei Unfällen und plötzlichen Erkrankungen, der nur für erwerbslose jugendliche veranstaltet wird. Besonders bemerkt sei, daß den Teilnehmern nicht die geringsten Kosten entstehen.

Der Kursus findet allwöchentlich statt, und zwar in der Zeit von 9 bis 5 Uhr nachmittags in einem Zimmer des Gewerkschaftshauses, Margaretenstraße 17. Anmeldungen bis Freitag, Donnerstag, nachmittags 3 Uhr. Beginn und letzter Anmeldetermin ist Freitag, den 4. Juni. Der Kursus wird einen Zeitraum von drei Wochen in Anspruch nehmen.

Jugendliche, benutz die Zeit eurer unfreiwilligen Untätigkeit, um euch auf diesem Gebiete die notwendigen Fertigkeiten anzueignen, die in der heutigen Zeit des besonders schnelllebigen Verkehrs besonders notwendig sind!

An alle Erzieher!

Der Bezirk Sandtor der Sozialistischen Arbeiter-Jugend veranstaltet heut abend einen Lichtbildervortrag über: „Die Geschlechtskrankheiten“. Wir laden alle Eltern dazu ein. Der Vortrag findet in der Aula der Viktorialschule, Blücherstraße, statt. Eintritt 15 Pfennig. Erwerbslose haben gegen Ausweis freien Eintritt.

Das Fest der Volksbühne.

Am vorigen Sonnabend war um den Tisch vor der Jahrhunderthalle großes Leben. Die Volksbühne feierte ihr Sommerfest. Musik und Kaffeetrinken, Glückwünsche und Kapelltheater! Besonders reizend waren die rhythmischen Spiele, die von den Kbenrgärtnerinnen vorgeführt wurden. Das Weiter war nicht eben frohlich, aber der Rundgang der Fäden durch die Pergala, ein bezaubernder Anblick in der Dunkelheit, wurde nicht gestört, noch selbst das Feuerwerk, die Krone des Abends, konnte sich zeigen. Dann kamen die Erwachsenen zur Befriedigung ihrer speziellen Festanprüche: Kabarett im Saale rechts und Tanz im Saale links. Und unablässig schnurrten die Glückwünsche. Das Kabarett war diesmal besonders wohl gelungen. Als Anfüher bewährten sich nacheinander die beiden Herren Fint und zuletzt Herr Behr. Emma Schmidt trug ihre reizenden schlesischen Scherze vor, Frau Dr. Guttmann sang, Frau Schwarz-Rosenbaum, Frau Schner-Oswald regitierten. Nach dem Theater erschienen Herr und Frau Habel, Eva Fiebig und Frau Barnay auf den Kabarettbrettern und zu Schluss trugen Direktor Heinemann und Betty Diben (beide vom schlesischen Landestheater) einen überwältigenden Beifall herbei. Karl Behr verabschiedete uns, was freilich die Unerfährlichen nicht hinderte, weiterzutanzten. Wir rufen jedermann, Mitglied der Volksbühne zu werden (nicht nur des schönen Festes wegen!) M. Br.

Advertisement for Dr. Thompson's Toilet Soap. It features an illustration of a woman in a white dress and a box of soap. The text reads: 'Der blendend weiß gedeckte Tisch' and 'Dr. Thompson's Seifenpulver'. Below the illustration, it says 'ist der Stolz der Hausfrau, schon seit Jahren beliebt bei allen Menschen' and 'weil sie weiß, und sehr ein schönes weißes Tischschnee und Wohlbehagen ihrer Gäste bedingt'.

Gewerkschaftsbewegung.

Internationale Arbeitskonferenz.

Genf, 2. Juni. (Eigener Junbericht.)

In der Nachmittags-Sitzung der Internationalen Arbeitskonferenz bildete eine Rede des französischen Genossen Souhaig den Höhepunkt der Diskussion über den Geschäftsbericht. Die jährlichen Klagen der Arbeitnehmervertreter über die langsame Ratifizierung der Abkommen, vor allem auch des Washingtoner Abkommens, wirkte beinahe wie eine Schwäche der Arbeiterkraft. Souhaig warnte, sich keinen Täuschungen hinzugeben. Die Gebuld der Arbeiter könne auch ein Ende finden, indem es heißt: entweder die Regierungen halten nun ihre Versprechungen oder wir kehren zu unseren alten Methoden des Kampfes zurück. Der Vertreter der deutschen Regierung, Ministerialrat Jelig, bezeichnete die Konferenz des Arbeitsministers in London als einen wesentlichen Fortschritt auf dem Wege zur Ratifizierung des Washingtoner Abkommens. Durch die Einigung der wichtigsten Industriestaaten über die Auslegung verschiedener zweifelhafter Punkte des Washingtoner Abkommens sei der Weg für dessen Ratifizierung geebnet worden. Die deutsche Regierung habe unerschütterlich aus den Ergebnissen der Londoner Konferenz die Folgen gezogen und einen Entwurf zur Ratifizierung des Washingtoner Abkommens ausgearbeitet. Es sei bestimmt damit zu rechnen, daß dieser Gesetzentwurf noch im Laufe des Sommers den gesetzgebenden Körperschaften vorgelegt wird. Die Vollziehung der Ratifikation werde allerdings von der gleichzeitigen Ratifikation durch die anderen Industriestaaten abhängig sein.

Die Aussprache über den Geschäftsbericht dürfte am Mittwoch mit der Schlussrede des Direktors Albert Thomas zu Ende gehen.

Preise und Arbeitslöhne in Italien.

Die herrlichen Zeiten Mussolinis.

Von Dalmio Carnevalli.

Der frühere Leiter des statistischen Bureaus der aufgelösten Arbeitskammer in Mailand, Giuseppe Gallotti, veröffentlicht interessante Angaben über Löhne und Preise der letzten fünf Jahre. Die Untersuchungen sind vorgenommen für wichtige Gruppen der Industriearbeiter, für Metallarbeiter, Mechaniker, Bau- und Holzarbeiter, Arbeitnehmer der graphischen und der chemischen Gewerbe. Die folgenden Angaben sind das Mittel der Arbeitstage:

Jahr	Papier-Löhne	Index
1921	24,81	100,0
1922	24,02	96,8
1923	21,54	86,8
1924	21,28	85,8
1925	24,50	98,8

Wie man aus dieser Zusammenstellung ersieht, ist der Durchschnitts-Nominallohn vom Jahre 1925 niedriger als der des Jahres 1921, während die Lebensunterhaltungskosten und die Großhandelspreise gestiegen sind, die Kaufkraft der Löhne dementsprechend gesunken ist. Dies zeigen die folgenden Indizes:

Jahr	Gold	Handelspreis	Lebenshaltungskosten
1921	100,0	100,0	100,0
1922	92,8	97,2	98,1
1923	85,8	89,5	92,5
1924	100,4	101,2	98,4
1925	110,7	118,4	111,3

Das endgültige Urteil über die Kaufkraft der italienischen Arbeitseinkommen wird gewonnen durch einen Vergleich des Nominalindex mit dem Lebenshaltungsindex. Man ersieht ihn aus den folgenden Ziffern:

Jahr	Index für den Reallohn
1921	100,0
1922	104,0
1923	94,0
1924	89,0
1925	88,8

Diese Ziffern beweisen deutlich, daß unter dem faschistischen Regime die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter sich dauernd verschlechtert haben. Das sind die herrlichen Zeiten, die die italienischen Arbeiter beim Faschismus verdanken. Einzig und allein die Unternehmer sind auch hier diejenigen, die den Gewinn einstreichen. Die sozial geschwächte Lage der Arbeitnehmer veranlaßt die Unternehmer, ihre Position durch den Lohnbruch zu verbessern. Ein bekannter Nationalökonom, ein Freund der Faschisten, Gino Borgatta, stellt fest, daß in den letzten fünfzehn Monaten die Kaufkraft der Löhne um 7 bis 12 Prozent gesunken ist, während zu gleicher Zeit die Gehälter der arbeitenden Bevölkerung keine Nominalveränderung erfahren haben.

Bei der italienischen Lira liegen die Gründe des neuerlichen Kursrückganges ganz offensichtlich tiefer. Die in Paris erscheinende „Covriere degli Italiani“ berichtet, daß die Ursachen für die Erschütterungen der Lira in Romozio zu suchen sind, und daß alle Erklärungen, die die offiziellen faschistischen Organe dafür haben (englischer Streik, Erschütterung des französischen Franken, Spekulation), nur einen unbedeutenden Einfluß ausüben. Der Kursrückgang der Lira ist eine Folge des Misstrauens der amerikanischen Finanzkreise zu der Wirtschaftslage Italiens. Der römische Korrespondent des „Journal des Débats“ veröffentlicht einen kurzen, aber sehr interessanten Artikel über diesen Gegenstand. Er glaubt nicht an die Ausführungen der Faschisten über spekulative Börsenmärkte. Seit etwa vierzehn Tagen erklärt er vertraulich Börsenmakler, daß die Regierung, um die italienische Industrie zu stützen, die durch den Rückgang, durch die französische und belgische Konkurrenz bedroht ist, an die Stabilisierung auf der Grundlage eines Fundburses von 130 Lira herangehen will. Die letzten Nachrichten bereiten die Öffentlichkeit zwischen den Zeilen auf einen weiteren Kursrückgang vor. Die italienische Regierung, die bekanntlich eine strenge Zensur über die Presse ausübt, gestattet verlässliche Kommentare. Das ist bezeichnend! Die italienische Regierung begünstigt die Behauptungen der Industriellen, deren Absicht es ist, die Lira schrittweise zu entwerten und wartet nach immer auf einen günstigen Augenblick, um den Kurs zu stabilisieren.

Geschliche 44-Stunden-Woche in Australien.

Im Verlauf des Jahres 1925 ist es der australischen Arbeiterpartei, die bereits in drei von den sechs Staaten des Bundesstaates Australien die Mehrheit im Parlament besaß, gelungen, in zwei weiteren Staaten, New-South-Wales und Tasmanien, die Herrschaft zu erlangen, so daß nacheinander fünf von den sechs Staaten eine Arbeiterregierung aufwiesen. Auf diese Weise gelang es, trotz der Arbeiterkraft trotz der bürgerlichen Mehrheit des Parlaments am 12. Februar die gesetzliche Einführung der 44-Stunden-Woche durchzuführen. Diese Arbeitszeitbegrenzung hat Geltung für alle Lohnarbeiter, also auch für die Landwirtschaft, das Kleingewerbe und die Angestellten, mit Ausnahme der Polizeibeamten.

Diese Erfolge der Arbeiterpartei haben unter der Führung der radikalen Arbeiterpartei hervorgerufen und zur Gründung einer kommunistischen Bewegung geführt, die von London aus organisiert wurde. Die australischen Gewerkschaften haben bereits ihre Beziehungen getrennt und die Faschisten wissen lassen, daß sie mit allen Mitteln entgegenzuwirken würden, wenn sie es wagten, in die Öffentlichkeit zu treten.

Die Gewerkschaftsbewegung von Chile.

Am 8. und 7. März d. J. tagte in Santiago ein außerordentlicher Kongress der „Union de Empleados Chilenos“, des Angestelltenverbandes Chiles. Der Kongress darf besondere Bedeutung beigemessen werden, weil sie einen Entwurf betr. die Errichtung eines freigewerkschaftlichen Landesgewerkschaftsbundes annahm. In der geplanten Bundeszentrale sollen alle angestellungsähnlich durch biologische Zusammenhänge getrennten Kräfte des Proletariats zusammengefaßt werden. Ein weiterer Beschluß bezieht sich auf die Bildung einer autonomen Wohlfahrtskassa für Angestellte.

Neben den Angestellten erweisen sich speziell auch die Angestellten der öffentlichen Dienste sehr aktiv. Diese Berufsgruppe gründete kürzlich ebenfalls einen eigenen Verband, der sich dem Verband der Privatangestellten anschließen wird. Die gewerkschaftliche Erlosung der Angestellten der öffentlichen Dienste wurde durch den Umstand gefördert, daß die Regierung das Staatsbudget von dreihundert Millionen Pesos auf die Schultern der Beamten abzuwälzen versuchte.

Aus der schwedischen Gewerkschaftsbewegung.

Der schwedische Gewerkschaftsbund hat sich im Jahre 1925 erfreulich entwickelt. Die Gesamtmitgliedszahl der 34 angeschlossenen Verbände erhöhte sich im Laufe des Jahres von 360 887 auf 384 817, also um 24 280 oder 6,7 Prozent. Die größte Organisation ist der Metallarbeiterverband mit 70 938 Mitgliedern. Es folgen der Jobbarbeiterverband mit 43 252, der Eisenbahnerverband mit 34 872, der Sägenarbeiterverband mit 33 354 und der Papierindustriearbeiterverband mit 26 135 Mitgliedern.

Da das Gewerkschaftsgebäude bereits seit langem nicht genügend Raum gewährt, hat nun die Landeszentrale das neben dem jetzigen Gewerkschaftshaus gelegene große Nobelhaus am Korra-Bantorget in Stockholm käuflich erworben und es zweckentsprechend umgebaut.

Die Forderungen der österreichischen Beamten abgelehnt.

Bundeskanzler Dr. Kramel teilte gestern den Vertretern der Bundesbeamtenchaft die Antwort der Bundesregierung auf die Beamtenforderungen mit. Die Regierung steht auf dem Standpunkt, daß gegenwärtig weder die wirtschaftliche Lage des Landes, noch die Preisbewegung der letzten Monate eine durchgreifende Regelung der Beamtengehälter rechtfertigen könne. Die Regierung sei aber auch nicht in der Lage, bis im Winter durchgeführte Notstandsaktion zu wiederholen. Dies könnte nur bei Überforderung der mit dem Währungsreform vereinbarten Ausgabenbegrenzung geschehen, was einen Verstoß gegen die Beschränkung der Ausgaben für Österreich bedeuten würde. Der Bundeskanzler richtete schließlich an die Beamtenchaft den Appell, die Gründe der ablehnenden Haltung der Regierung richtig zu würdigen. Die Beamtenvertreter haben die Antwort dem sogenannten Ver-Ausschuß vorbehalten.

Gute Erfolge der freien Gewerkschaften.

Die Betriebsratswahlen in der Groß-Bielefelder Metallindustrie brachten einen Erfolg für die freien Gewerkschaften. In 62 Betrieben wurden 298 Betriebsratsmitglieder gewählt, von denen 272 dem Deutschen Metallarbeiterverband, 16 dem Deutschen Holzarbeiterverband, 7 dem Verband der Sattler und je einer dem Verband der Maschinenbau, der Kupferindustrie und dem Textilarbeiterverband angehören. Christliche oder Nicht-Christliche Vertreter wurden ebenfalls gewählt wie Synodalfürsprecher oder Unorganisierte. — Angestelltenvertreter wurden 34 gewählt. Davon gehören 26 dem IFA-Bund an, 8 den gegnerischen Verbänden. Das Ergebnis dieser Betriebsratswahlen zeigt, wie gesund und diszipliniert die Arbeiterbewegung in der Groß-Bielefelder Metallindustrie ist.

Schiedspruch für das mitteldeutsche Steinlegergewerbe.

Im Steinlegergewerbe Mitteldeutschlands ist vom Landesarbitrarium Braunschweig ein einstimmig gefaßter Schiedspruch gefällt worden. Die Forderungen der Arbeitnehmer auf Lohn-erhöhung sowie der Antrag der Arbeitgeber auf Lohnklasseneinteilung mit einer Lohnregulierung bis zu 10 Pfg. pro Stunde wurde abgelehnt. Die bestehende Lohnstaffelung soll bis zum 31. Dezember 1926 Geltung haben. Der Schiedspruch ist von beiden Parteien angenommen worden.

Die neue Lohnvereinbarung gilt für die Brooming-Sachsen, Freistaat Anhalt, Braunschweig, Groß- und Klein-Hannover sowie für den Bezirk Cassel-Fulda-Treysa angeschlossen Schaumburg-Lippe und Hannover bis Kienburg. Die alte Lohnvereinbarung, die bis zum 28. Mai Geltung hatte, soll für die Steinleger einen Stundenlohn von 1,30 M., für Kammer einen solchen von 1,17 M. und für eingearbeitete Hilfsarbeiter einen Stundenlohn von 0,98 M. vor.

Immer noch Kummelsburg.

Der Streik beim Großkraftwerk Kummelsburg geht nun in die fünfte Woche. Er wäre längst beendet, wenn die Eisenkonstruktionsarbeiten nur annähernd der Lohn gezahlt würde, den jetzt ein Unternehmer den Streikbrechern geboten hat, nämlich 1,05 M. pro Stunde. Auch Streikbrecher, die vom Arbeitsnachweis der Reichlichen bezogen werden, wollen leben bei solcher Arbeit und rufen aus, wenn sie nicht gefördert bezahlt werden. Doch nicht alle Unternehmer bieten einen solchen Stundenlohn, um aus dem Druck zu kommen. Sie möchten die Streikbrecher auch bei niedrigen Löhnen halten. Dazu soll ihnen die Polizei helfen. Deren Hilfe kann jedoch leicht bezweifelt werden, daß auch die Bauarbeiter zum Streik getrieben werden. Sie lassen es sich nicht lange gefallen, unter polizeilicher Aufsicht zu arbeiten. Am Freitag zeigte ein verstärktes Polizeiaufgebot auf der Baustelle ein, das auf erfolgreiche Bekämpfung wieder zurückgezogen wurde. Am vorletzigen Montag oder wurden die Baustellen der etwa 400 bis 500 Streikenden von Kriminalpolizisten und Berittlenen besetzt, um ein größeres Aufgebot von Streikbrechern zu beschaffen.

Die Bauarbeiter werden sich dieses Theaters nicht lange mit ansehen. Nachweislich ist nach wie vor, daß kein angesehener Metallarbeiter sich zum Streikbrecher hergibt. Die Löhne, die in Kummelsburg gezahlt werden, sind bei der dort zu leistenden, mit Gefahren verbundenen Arbeit viel zu niedrig. Der Streik erwirkt sich in diesem Falle kein Ruhmesblatt.

Der Boykott des Verkehrsverbundes gegen die Margarinfabriken aufgehoben.

Münch., 1. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die kritischen Tarifverträge und das Lohnabkommen zwischen dem Deutschen Verkehrsverbund und der Transport- und Lagerungs-Gesellschaft sind wieder in Kraft gesetzt worden. Verschlechterungen für die Arbeiterschaft sind nicht entstanden. Der von dem Deutschen Verkehrsverbund angeforderte Boykott gegen die heußigen Margarinfabriken findet hierdurch seine Erledigung.

Neue Stilllegungen?

Die für die Gewerkschaft Hermann am 1. Juni anberaumten Stilllegungsverhandlungen sind bis nach Fertigstellung des im Auftrage der preussischen Staatsregierung vom Oberbergamt direktor Dr. Böke zu erhaltenden Gutachtens zurückgestellt worden. Die Gründe, daß die Stilllegung der Jahre in Folge besserer Arbeitsverhältnisse wegen der Fortdauer des empfindlichen Brennstoffmangels auf unbestimmte Zeit hinausgeschoben werden soll, sind nicht bekannt. Die Stilllegung betraf, daß es sich bei den Schmelzwerken der Jahre Hermann vermag, um die Stilllegung als ein Rentabilitätsproblem handelt.

Schlachtfeld der Arbeit.

In der vergangenen Woche hat der Bergbau im Bezirk Hallinghausen nicht weniger als 21 Todesopfer geerntet.

Wirtschaft.

Steigender Reichsindex.

Amlich wird mitgeteilt: Der Reichsindex für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Bekleidung, Beleuchtung und sonstiger Bedarf) bedeutet sich nach den Feststellungen des statistischen Reichsamts für den Durchschnitt des Monats Mai auf 189,9 gegen 189,8 im Vormonat. Die hat sich also um 0,1 v. H. erhöht. Bei den Ernährungsausgaben wurden Preissteigerungen für Brot und Mehl (die erste glorreiche Auswirkung der Getreideallokation, D. Red.), Gemüse und Kartoffeln durch das weitere Nachgeben der Preise für Milch und Milchzeugnisse und Eier zum großen Teil ausgeglichen. In einzelnen Teilen des Reiches sind auch die Ausgaben für die Wohnung gestiegen.

Aus dem größten deutschen Warenhauskonzern.

Eine günstige Gelegenheit zur Versteigerung des Blicke für die heutige Bedeutung großer Warenhauskonzern ist der Geschäftsbericht des Karstadt-Konzerns Hamburg, der diesmal weitgehend durch Prospektive Veröffentlichungen ergänzt werden kann.

Danach verbringt der Karstadt-Konzern in etwa 50 Städten in fast fünf Duzend Warenhäusern, kauft mit fünf eigenen Einkaufszentralen in freundschaftlicher Verbindung mit 54 anderen Warenhausfirmen ein, produziert in 11 eigenen Fabriken für den eigenen Verkaufsbedarf, liefert an Engroskäufer, exportiert ins Ausland mit eigenen und fremden Exportgesellschaften, an denen er beteiligt ist. In Buenos Aires unterhält er eine Filiale; nach Ostasien liefert er mit einer Spezialgesellschaft. Beteiligt ist er außerdem an vier Warenhäusern, einer Kristallhütte, einer Kärberei und Pelzerei. Bei Legitz, Belg., Strohhut, Gummi-, Leder-, Ledersohlen und Sportfirmen besitzt er Wertpapiere und entsprechenden Einfluß. Im Jahre 1924 erzielte er beim Detailverkauf in seinen Warenhäusern einen Umsatz von 146,75 Millionen Mark. Wie bedeutend die Tätigkeit der eigenen Fabriken ist, ergibt sich aus folgenden Umsatzziffern (ebenfalls erst für 1924): Mit dem Karstadt-Konzern selbst wurden im Engrosgeschäft Waren im Wert von 68,42 Mill., mit fremder Großhandlung im Wert von 12,76 Millionen, mit sonstigen fremden Firmen im Umlaufwert von 8,28 Millionen. Die Umsatzziffern für 1925 sind noch nicht bekannt. Im Jahre 1923 sollen kleine Umsatzzifferungen gegen das Vorjahr vorliegen. Ende 1925 waren im Konzern beschäftigt: kaufmännisches Personal 7647 Personen, und gewerbliches Personal 3606 Personen.

Verdient wurde reichlich. Die Gewinnberechnung weist einen Warengewinn von 54,01 Millionen gegen 45,80 Millionen im Vorjahr aus. Die Unkosten sind von 31,81 auf 39,97 Millionen erhöht. Die Zinsen und Bankprovisionen sind mit 4,16 (gegen 3,34) Millionen sehr beträchtlich. Die Steuerbelastung ist mit 4,57 Millionen gegen das Vorjahr um 1,58 Millionen niedriger (trotzdem redet der Geschäftsbericht von vermindertem Steuerpolitik). Abschreibungen sind mit 1,40 Millionen gegen 0,98 Millionen nicht unbedeutend höher. Der Reingewinn wird mit 4,25 gegen 4,07 Millionen im Vorjahr ausgewiesen. Die Dividende beträgt 10 Prozent für das Jahr 1924 um 5 Millionen erhöhte dividendenberechtigte Kapital von 31 Millionen (Gesamtkapital 34 Millionen).

Vollzeinkommen und Alkoholrechnung.

Kürzlich hat Heinrich Ströbel das gesamte Einkommen des deutschen Volkes auf 61,5 Milliarden Mark im Jahre berechnet. Von diesem Einkommen sind im vorigen Jahre mindestens vier Milliarden Mark für Alkohol ausgegeben worden, und zwar betrug die Jahresausgabe für

Bier	2 998 568 235 Mark
Branntwein	622 671 000 Mark
Wein	896 738 000 Mark
Insgesamt	4 018 032 235 Mark.

Das deutsche Volk gibt demnach für alkoholische Getränke, also für ganz unproduktives Gewerbe, den fünften Teil seines Einkommens aus!

Anerkennung genossenschaftlicher Leistungsfähigkeit.

Der Konsumverein für Gera und Umgegend beteiligte sich an einer vom 1.—9. Mai in Gera stattgefundenen Produktionsausstellung für das Hotel- und Gastwirtsgewerbe für Thüringen, die von mehr als 200 Firmen besucht worden war und von Zehntausenden besucht wurde. Dem Konsumverein kam es auf den Nachweis genossenschaftlicher Leistungsfähigkeit an, der auch gelang. Freunde und Gegner der Konsumgenossenschaftsbewegung und die gesamte Presse sprachen Anerkennung aus, die ihren besten Ausdruck in der Verleihung der goldenen Ausstellungsmédaille für herausragende Leistungen fand. Die Bewertungskommission war die Handwerkskammer Gera; das verleiht der Prämierung noch besondere Bedeutung.

Der Verband der sachsischen Lebensmittelhändler beschäftigte sich auf seinem vierten Verbandstag am 8. und 10. Mai 1925 in Chemnitz unter anderem auch mit der Wiedereinführung des Sparabkats und mit dem Allgemeinen Konsumverein Chemnitz. Nach einem Bericht darüber wurde die Mitteilung gemacht, daß der Kolonialwaren-Handelsverein (K. H. W.) Chemnitz beschließen habe, die Rabattgewährung wieder einzuführen und daß für diesen Beschluß das Verhalten des Allgemeinen Konsumvereins maßgebend gewesen sei. Auch darin liegt wieder einmal die Anerkennung, daß die Konsumvereine preisregulierend sind.

Eine wertvolle Feststellung über die Notwendigkeit der Konsumgenossenschaften ist in einer Mittelstandsvorlesung in Borna (Sachsen) im Anschluß an eine Kundgebung des Gewerkschaftsbundes am 18. April gemacht worden. Nach dem Reichstagsabgeordneten Obermeister Wiener (Chemnitz), der für den Handwerkler und Beamtenkonsumvereine moralisch verurteilt, trat ein Meister dafür ein, daß die arbeitende Schicht so entlastet werde, daß sie Konsumvereine und Genossenschaften nicht nötig habe. Das ist eine interessante Feststellung, daß die arbeitende Schicht Konsumgenossenschaften braucht, daß die Verbraucher also in den Konsumvereinen außerordentliche Vorteile haben, die ihnen von den privaten Konkurrenz nicht und niemals geboten werden.

Umstellung im russischen Kohlenbergbau.

Für die erste Hälfte des laufenden Wirtschaftsjahrs (1. Oktober 1925 bis 31. März 1926) wird die russische Förderung an Kohlen und Anthrazit mit 433,5 Millionen Kubikmeter angegeben. Damit ist der Produktionsrückgang um ungefähr 1 Prozent überhöht. Anzeichen macht sich im russischen Bergbau die Auswirkung einer härteren technischen Umstellung bemerkbar. B. wird für die Förderung von Donbass und Anthrazit eine Steigerung um 4,2 Prozent angegeben. Die Zahl der im Donbass beschäftigten Arbeiter vermehrte sich jedoch nur von 111 700 im Oktober 1925 auf 120 614 im März 1926. Die Steigerung beträgt also nur 8 Proz. gegenüber einer Leistungssteigerung von 4,2 Prozent.

Die Holzproduktion in Großbritannien und Irland wird für April 1926 mit 590 100 Tonnen angegeben. Gegenüber dem Vormonat und gegenüber der gleichen Zeit des Jahres 1925 ist ein wesentlicher Rückgang eingetreten. In England wurden rund 577 000 Tonnen und in Irland rund 13 100 Tonnen Holz erzeugt. Die Zahl der im April letzten Jahres im Vergleich zum Vormonat mit 147 um 3 vermindert. Die Holzproduktion beschränkt sich auf 661 000 Tonnen gegenüber 764 000 Tonnen im Monat März und 591 000 Tonnen im April 1925.

Aus Schlessien.

Mittelschlesischer Städtetag.

Die im Mittelschlesischen Städtetag zusammengeschlossenen städtischen Gemeinden unter 10 000 Einwohnern hielten in Neutrode ihre diesjährige Tagung unter Vorsitz von Bürgermeister Dr. E. v. Münsterberg ab. Der Vereinigung gehören, wie aus dem erweiterten Geschäftsbericht hervorgeht, 42 Städte gegen 45 im letzten Jahre an. Ausgeschlossen sind Reichenbach, Lewin und Kaudern, außerdem sind die 3 Landgemeinden Brodau, Deutsch-Wissa und Peterswalde ausgeschlossen. Zu den Aufgaben des Städtetages gehört unter anderem die Prüfung der Gemeindebeamten. Im Bezirk Breslau wurden bisher 41 Prüfungen abgehalten, bei denen 342 Beamte geprüft wurden. Stadtrat Franke-Schweidnitz berichtete über den augenblicklichen Stand des Ausbildungswesens der Kommunalbeamten und die beabsichtigte Gründung einer Verwaltungsakademie in Breslau und betonte die immer steigende Wichtigkeit einer systematischen Ausbildung der Gemeindebeamten bei der immer größeren Rolle an sie heranretender wichtiger Aufgaben. Die Gründung von Verwaltungsschulen ist eine unabwendbare Notwendigkeit, zu empfehlen wird ein halbjähriger geschlossener Lehrgang in der in Breslau zu errichtenden Verwaltungsschule sein. Zurzeit werden die Beamtenprüfungen von städtischen Prüfungsausschüssen abgehalten, die auch die Prüfer durch Kurse vorbereiten. Neben ihnen besteht ein besonderer Prüfungsausschuss in Breslau, vor dem die Sparrassenbeamten ihre Prüfung ablegen. An die Aussprache über die Ausbildungsfragen schloß sich ein Vortrag von Magistratsrat Textor-Dortmund, der über „Moderne Büroführung“ sprach und Musterbetriebe im Lichtbild vorführte. Den Abschluß der Tagung in deren Verlauf die Vertreter der schlesischen Städte Gelegenheit hatten, ihre Erfahrungen auszutauschen und neue Anregungen zu geben und zu erhalten, bildete eine gemeinsame Fahrt in das Braumauer Ländchen.

Joblen. Ein schwerer Autounfall ereignete sich im nahen Stefanshain. Das fünf Jahre alte Töchterchen des Schmieders W. lief kurz vor dem Herannahen eines Autos über die Straße. Es wurde vom Schuttbloch des Autos erfasst und mit solcher Wucht zur Erde geschleudert, daß es einen Schädelbruch erlitt. Außerdem wurden dem Kinde beide Arme gebrochen.

Bertelsdorf, Kreis Striegau. Eine Feldscheune nebehergebrannt. In der Nacht zum Sonntag, abends gegen 11 Uhr, brannte die dem Gutsbesitzer Wiesner hierseits gehörige Feldscheune vollständig nieder. Man vermutet, daß der Brand böswilliger Weise angelegt worden ist.

Bunzlau. Schluß der Theaterspielzeit in Bunzlau. Am 30. Mai wurde mit einer Aufführung zugunsten der Schauspieler die Theaterspielzeit in Bunzlau geschlossen. Das Theater war — wie so oft in diesem Winter — fast besetzt, und es fehlte nicht an Blumenpenden für die scheidenden Künstler. Die starke Anteilnahme war ein um so erfreulicherer Erfolg, als in dem Bunzlauer Theater, bis auf einige Gastspiele der Breslauer Oper, nur das Schauspiel gepflegt wurde. Die Stadtverwaltung hat in der jetzt beendeten Spielzeit nicht so hohe Zuschüsse zu leisten brauchen, als in dem Vorjahre, wo das Theater in Privat Händen war, und die Operette überwiegend den Spielplan füllte. Mit dieser Vorstellung hat auch das erste Spieljahr des „Schlesischen Landestheaters“ (Wanderbühne des Verbandes der deutschen Volkstheatervereine) seinen Abschluß gefunden. Das Ganze bestatigt von neuem die Richtigkeit der Plankwirtschaft im Theaterbetrieb. Leistungen, wie sie das „Schlesische Landestheater“ in künstlerischer Hinsicht aufweisen konnte, sind nur möglich durch die Interessensverbindung verschiedener Orte und durch die Organisation in Volkstheatervereine, die dem Theater das finanzielle Risiko abnehmen. Das Theater beginnt seine Spielzeit wieder am 1. September.

Hoyerswerda. Selbstmordversuch eines Berzgerger. Einen Selbstmordversuch unternahm im nahen Bögenhausen ein Schwarzschmied. Er mußte auf dem Finanzamt derartig großen Ärger gehabt haben, daß er — annahm, nicht mehr weiterleben zu können. Er sprang in die schwarze Elster, wurde aber von einigen Leuten, die den Vorgang beobachtet hatten, wieder aufs Trockene gebracht.

Waldenburg. Ein Kreuzotternest ausgehoben. Die Gefahren, die den Spaziergänger und den Touristen durch die Kreuzottern drohen, sind nicht zu unterschätzen. Dieser Tage wurde von einem hiesigen Tragerediger in der Wörtsdorfer Heide ein Nest mit nicht weniger als sieben lebenden Kreuzottern ausgehoben.

Nieder-Hermsdorf. Auflösung des Zweverbandes für das höhere Schulwesen. In der letzten Gemeindevorstellung wurde beschlossen, die Verbandsgemeinschaft des Zweverbandes für das höhere Schulwesen zu beauftragen, für die Auflösung des Zweverbandes zu stimmen. Dadurch wird eine Schulgebührehöhung als Fremdenzuschlag von 50 Mark entfallen. Die Gemeinde hat 5000 Mark bereitgestellt, die nach sozialen Gesichtspunkten an die betreffenden Eltern verteilt werden sollen.

Reichenhändler. Der Reichenhändler verhaftet. Der Reichenhändler, der sich in Zibelle, Alt-Debernitz und zuletzt in Krauschwitz an Frauenleichen fittlich verging und diese ihrer Schmuckstücke beraubte, ist jetzt in Gassen, Kreis Sorau, festgenommen worden. Er nächtigte in einer Bretterbude und man fand in seinem Rucksack die Schuppe und den Ring, den er der Frauenleiche in Krauschwitz geraubt hatte. Anfangs leugnete der Verhaftete, ein alter Juchhäusler namens Kunze aus einem kleinen Ort bei Gasse, der Täter der Reichenhändler zu sein. Doch später gestand er, die Reichenhändlerungen im Kreise Rothenburg, die allgemeines Aufsehen erregten und die Gemüter der Dörfler Zibelle, Alt-Debernitz und Krauschwitz beunruhigten, verübt und die Leichen ausgegraben zu haben.

Aus aller Welt.

Die Zunahme der Bevölkerungsdichte in Deutschland.

Die Bevölkerungsdichte, das heißt die Zahl der Einwohner auf einem Quadratkilometer, betrug 1910 bei uns 123,1, 1912 126,1 und war 1925 auf 133,7 gestiegen. Dabei finden sich in den einzelnen Gebieten große Schwankungen. So hat, wenn man von den drei Stadtstaaten abieht, unter den Ländern Sachsen die größte Bevölkerungsdichte mit 333,2, Baden-Württemberg die kleinste mit 43,2. Unter den Städten hat Breslau die größte Bevölkerungsdichte mit 11 240, die geringste Lübeck mit 1265.

Hofbericht aus München:

Am Sonntag fand im Deon eine Geburtstagsfeier für König Ludwig I. zum 100jährigen Tag seines Regierungsantritts statt. Dazu waren außer dem Kronprinzen Rupprecht zahlreiche Mitglieder des Hauses Wittelsbach, ferner der Ministerpräsident Dr. Held, der Innenminister Dr. Stöckl und der Erste Bismarck-Sohn Dr. Schönerer anwesend. — Die feierliche Regimentsparade zum 100jährigen Geburtstag des Königs wurde am 22. September im Hofgarten abgehalten.

Die „Reichszeit“ des Reich:

Im Verlag „Die Welt“ erschien bis zum 1. März 1924 ein von dem Schriftsteller Engel verfasstes Buch „Die Welt der Reichszeit“. In ihm werden die Ereignisse eines Jahres

Parteigenossen

in künstlichen Betrieben, Büros und bei Behörden!

Im Parteisekretariat, Gewerkschaftshaus, Zimmer 37, ist wichtiges Agitationsmaterial für den Volkenscheid abzuholen. Es ist in erster Linie Pflicht aller Funktionäre, sich mit diesem ausgezeichneten Material zu versehen und dafür zu sorgen, daß es auch in die kleinste Werkstatt, in jedes Büro und jede Dienststelle, gelangt.

Keiner versäume auch nur einen Tag, wo es gilt, dem Volkenscheid zum Siege zu verhelfen!

Hast Du schon eine Sammelliste?

Breslau (Land)-Neumarkt.

Achtung Ortsgruppenführer! Erweiterter Parteivorstand.

Freitag, den 4. Mai, abends 8 Uhr, findet im Zimmer 12 des Gewerkschaftshauses eine sehr wichtige Sitzung des erweiterten Parteivorstandes Breslau-Land-Neumarkt statt. Jede Ortsgruppe muß vertreten sein. Im Behinderungsfalle muß unbedingt ein Vertreter gefandt werden.

Kreisversammlung der SPD.

Kreisvorstandsmitglieder, Kreisabgeordnete, Stadtverordnete, Gemeindevorsteher, Ortsvereinsvorsitzende und Vertrauensleute!

Am Sonntag, 6. Juni, nachmittags 12 1/2 Uhr, findet im „Gelben Löwen“ in Neumarkt eine wichtige Kreisversammlung statt. Tagesordnung: 1. Vorbereitungen des Volkenscheids (Referent Bezirkssekretär Genosse Mache-Breslau). 2. Verschiedenes.

Zahlreiches und pünktliches Erscheinen aus allen Orten des Kreises unbedingt erforderlich. Der Kreisvertrauensmann.

„Verhinderung des Raubjuges der Fürsten zum Wohle des deutschen Volkes“

lautet das Thema, über welches Provinziallandtagsabgeordneter Genosse Karl Mache-Breslau, in der am Sonntag, den 6. Juni, nachmittags 2 Uhr, im Garten „Zum Gelben Löwen“ in Neumarkt stattfindenden öffentlichen Volksversammlung spricht. Alle Schichten der Bevölkerung von Stadt und Land ersucht um zahlreiches Erscheinen.

SPD., Ortsverein Neumarkt.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Bezirksleitung Breslau (Land)-Neumarkt.

Ortsgruppe Walsen und Umgegend, Sonnabend, den 5. Juni, abends 8 Uhr, findet im Gnichwitz bei Böhld eine öffentliche Werbeversammlung statt, zu der alle in der Umgegend wohnenden Republikaner eingeladen sind. Gewerkschaftsmitglied Steiner spricht über das Thema: „Braucht die Republik das Reichsbanner?“ Der Abteilungsleiter.

Gewissen, Reichsbanner. Freitag, den 4. Juni, abends 7 Uhr, öffentliche Versammlung bei Alfred Wapner. Ein Redner wird über „Schutz der Republik und Fortentwicklung“ sprechen.

Groß-Schottgau. Parteijuchläum. Unser Genosse Wilhelm Schmiegel aus Groß-Schottgau ist heute 25 Jahre in der Partei. Er ist dort gleichgültig Kreisratsmitglied und jahrelanger Ortsgruppenführer. Wir hoffen und wünschen, daß er uns noch recht viele Jahre erhalten bleibt.

Seit. Das Fest des Reichsbanners findet nicht am 28. Juni, sondern am Sonntag, den 6. Juni, statt.

Neumarkt. Ortsausch. Freitag, den 4. Juni, 8 Uhr abends, findet im „Gelben Löwen“ eine wichtige Ortsauschussung statt, an welcher Landessekretär Genosse Wierich-Breslau, teilnehmen wird. Tagesordnung: 1. Volkenscheid und Gewerkschaften; 2. Tagesfragen; 3. Eingänge; 4. Verschiedenes. Es wird erwartet, daß alle Vorstehenden, Delegierten, Kassierer, sowie sonstigen Funktionäre, erscheinen. Darüber hinaus ist es jedem Gewerkschaftler freigestellt, der Sitzung beizuwohnen.

Schlechte Zeiten

bedingen manchen Verzicht. Den Ihnen lieb gewordenen echten Seelig's Land-Kornkaffee brauchen Sie aber nicht vermissen, denn er ist ja so billig.

Müller wiedergegeben. Die Absicht des Verfassers war, die Grausamkeiten und Bestialitäten des Krieges nach und nach ins Licht zu drängen. Gegen dieses kriegsfeindliche Werkchen erhob die Staatsanwaltschaft Anklage wegen Gotteslästerung (!) und Verbreitung unzüchtiger Schriften. (!) Dem Gericht lagen Gutachten prominenter Persönlichkeiten vor, unter anderem von Thomas Mann, Hugo v. Arnim, Käthe Kollwitz usw., die dieses Buch als ein erschütterndes Kunstwerk bezeichnet hatten. Trotz der Verurteilung des Schöpfers in Leipzig am 11. Januar dieses Jahres den Verfassers zu 500 Mark Geldstrafe oder 2 Jahren Gefängnis und drei weitere Angeklagte zu 100 Mark bis zu 1000 Mark Geldstrafe. Gegen dieses Urteil war von dem Angeklagten Beratung eingelegt worden, und die Zweite Strafkammer des Reichsgerichts in Leipzig beschäftigte sich in zweifacher Verhandlung nochmals mit dieser Sache.

Die in dieser Verhandlung auf Antrag des Verteidigers, Genossen Dr. Rosenfeld-Berlin, gehaltenen „Kunstschverständigen“ sprachen sich übereinstimmend dahin aus, daß das Werk mit seinen Bildnissen weder als aufreizend noch als sittlich verwerflich angesehen werden könne, sondern von hohem künstlerischem Wert erfüllt sei.

Das Gericht folgte dem Antrag des Verteidigers auf Freisetzung von Vogel, verurteilte aber die beiden anderen Angeklagten zu 60 bzw. 200 Mark Geldstrafe.

Schlechte Zeiten. In Eilenburg bei Leipzig wurde der Stallmeister Robia bei vor einigen Tagen der Schwarzrotgold-Partei einverleibt und mit dem Fahrrad die Nacht ergriffen hatte, von der Polizei festgenommen. Das arme Knechtchen erlitten konnte, daß er sich ein Messer ins Herz, was seinen sofortigen Tod herbeiführte. Robia ist bekanntlich als Arbeiter bekannt, weil das Fahrrad und die Handfläche der Ermordeten bei ihm gefunden wurden.

Ein Mordanschlag. In Eilenburg wurde im Hofgarten in Hamburg aufgedeckt und vor dem Hamburger Schöffengericht verhandelt. Wegen Vergehens mit Hilfe von Julius Kowalewski, Hans W. Behmer, Augustin Meyer und Augustin Meyer, mit der Kollaboration.

Amittliche Wetterbericht des Meteorologischen Observatoriums Krieger bei Breslau.

(Kochbuch auch mit Qualitätenangaben verbunden.)

Die Störung 26 J., die in der Nacht zu Dienstag Schließpaßste, verurteilte in Schlessien vorbereitete Gemüter. Besondere in Westschlessien fanden außergewöhnlich starke Niederschläge statt, die im Gebiet des Bober und der Neiße allgemein 30 Millimeter erreichten. Kühler maritime Luftmassen, die hinter der Störung 26. Familie ostwärts vorrücken, beginnen bereits abzufallen. Es dürfte sich daher bald erneute Aufhellung und Gewitter einstellen. Eine neue Störung, die Dienstag abend die Britische Inseln erreicht hat, bewegt sich ostwärts und kann bereits Laufe des Donnerstag erneut zu Gemittern Veranlassung geben. — Aussichten für die schlesischen Gebirge: Bei annehmenden, nach Südwest drehenden Winden aufsteigendes, teilweise nebligtes Wetter, etwas wärmer.

Beide Wetternachrichten.

Datum: 2. 6. 26.	Temperatur		Wetter	Wind	Niederschlag mm
	heut früh	Maxim. Min. seit 24 Stunden			
Krieger	14	18	11	Regen	9 2
Edelweiss	8	9	2	Regel	9 4
Grünberg	13	27	8	Wolke	9 2 2
Obersteilberg	8	11	4	halbbedeck	9 2
H. Schlef, Gande	8	8	4	Regel	9 8
Wettlingerbaude	4	6	4	Regel	9 4
Reinert	9	11	7	bedeck	9 2 5,3
Wandeb	10	17	8	Regen	9 2 6
Görsch	11	16	8	halbbedeck	9 1 1,2
Bad Hilsberg	8	12	6	Regel	9 2 4
Reuthen	12	16	12	Regen	9 1 1
Preustau	5	11	5	halbbedeck	9 8 4,9
Kreuzburg	14	17	13	Regen	9 2 0,6
Neiße	12	18	11	Regel	9 1 2 8
Gleiwitz	12	19	12	bedeck	9 2 2 9
Joblen	10	18	8	Regel	9 2 2
Bad Salzbrunn	11	14	10	Regel	9 1 8

Breslauer Produktenbörsen.

Amittliche Notierungen der an der Breslauer Produktionsbörse am 1. Juni 1926 gezeichneten Preise in Reichsmark bei sofortiger Bezahlung (für Kartoffeln gilt der Erzeugerpreis) ab schließlicher Verabreichung in voll Waggonladungen (mit Ausnahme von Futtermitteln, die sich nach Breslau beziehen). (Tendenz: Getreide: Wenig Umsatz. — Hülsenfrüchte: Gute Qualitäten gefragt und steigend. — Rauhputz: Ruhig. — Futtermittel: Fest.)

Tägliche amtliche Notierungen (100 kg): mittlerer Art und Güte der letzten Ernte bei sofortiger Bezahlung.

Getreide:	1.	31.	Dollarten	1.	31.
Weizen 74 kg*	28,70	28,70	R. Wintertraps	—	—
Roggen 71 kg*	17,30	17,30	Beliamen	—	28,—
Hafer neues	18,80	18,80	Senfamen neu	—	120,—
Braugerste neu	17,50	17,50	Hanflaat	—	22,—
Winter-Gerste	18,50	18,50	Mohn, blau neu	—	188,—

* Heftigkeit bzw. Effektivgewicht.
Feine und feinste Qualitäten entsprechend höher.

Hülsenfrüchte (je 100 kg): mittlerer Art und Güte der letzten Ernte.

1.	28.	1.	28.	
Wittoriaerbsen	28,00-36,00	28,00-34,00	Wiedebohnen	20,00-22,00
fl. gelbe Erbsen	23,00-25,00	21,00-28,00	Wicken	23,00-26,00
fl. grüne	26,00-32,00	26,00-32,00	Bußbohnen	20,00-22,00
Futtererbsen	—	—	Lupin, gelb	14,00-18,00
weiße Bohnen	22,00-24,00	22,00-24,00	Lupin, blau	12,00-18,00
Gelbe Mittelerbsen	23,00-25,00	—	Sirke	—

Rauhputz:

1.	28.	1.	28.	
R. u. M. Drahtputz	1,30	1,30	geb. Fein- u. Hof-St.	—
R. u. M. Drahtputz	0,75	0,75	Roggen-Str. Weizen	1,40
G. u. H. Drahtputz	1,40	1,40	Roggen-Str. Weizen	1,40
G. u. H. Drahtputz	0,85	0,85	Feu. gelb, trocken	3,40
geb. Weiz. u. R.-Str.	—	—	Feu. gelb, trocken	3,90

* Beste Sorten entsprechend höher.

Futtermittel. Nachfolgende amtliche Preise für Futtermittel verstehen sich für 100 kg Partiiät Waggon frei Breslau für ganze Waggonladungen.

1.	27.	1.	27.	
Weizenkleie	10,25-11,25	10,25-11,25	Malzkeime	10,50-11,50
Roggenkleie	10,50-11,50	10,50-11,50	Trodenstängel	10,25-11,25
Getreide	19,50-20,50	19,50-20,50	Weizenkleie	—
Rapskuchen	14,50-15,50	14,50-15,50	Malzkeime	—
Palmenkuchen	13,00-14,00	13,00-14,00	Stroh	—
Selamkuchen	20,50-21,50	20,00-21,00	Malzkeime	—
Rotkohlkuchen	19,50-21,00	19,50-21,00	Palmenkuchen	—
Palmenkuchen	12,00-13,00	12,00-13,00	Malzkeime	—
Malzkeime	—	—	Loosemalz	—
24%	12,50-13,50	11,75-12,75	Malz	18,00-19,00
Kartoffelkuchen	18,00-19,00	17,00-18,00	Soyasatz	ca. 44% 21,25-22,25
Biertreber	12,50-13,50	12,50-13,50	—	21,00-22,00

Getreidekleie 13,00-14,50.
Gammelmehl (48%) 15,00-16,00.
Baumwollmehl (50%) —
Erbsenmehl (50%) 19,25-20,25.

Amittliche Notierung für Mischenerzeugnisse (je 100 kg):

1.	31.	1.	31.	
Weizenmehl*	42,50	42,50	Ausgumehl	48,00
Roggenmehl*	27,00	27,00	—	48,00

* Feinere Sorten werden höher bezahlt.

Ein aufgehobenes Todesurteil.

Der erste Strafnat des Reichsgerichts hat als Revisionsinstanz das Urteil gegen die 36 Jahre alte Krankenschwester Wilhelmine Jella aus Frankfurt a. M., die wegen Mordes von dem Schwurgericht Frankfurt (Main) am 28. März dieses Jahres zum Tode verurteilt worden war, wegen eines Formfehlers in der Zusammenfassung des Schwurgerichts aufgehoben und die Sache an die Vorinstanz zurückverwiesen.

Ein Sanitätsrat als Gattenmörder verhaftet.

Unter dem dringenden Verdacht, am 22. September der 1922 seine dritte Ehefrau vorsätzlich erschossen zu haben, wurde in Dresden der in Großhirsberg bei Weesenstein wohnhafte Sanitätsrat Dr. Böhme festgenommen und der Staatsanwaltschaft Dresden zugeführt.

Ein schwarzer Tag für Automobilisten

Ist der vergangene Sonntag in Berlin gewesen. So ereignete sich auf der Chaussee nach Lichterfelde ein schwerer Automobilunfall, bei dem vier Familienangehörige eines Hamburger Großhändlers schwer und zwei leicht verletzt wurden. Der leichtere Fahrer der vorangegangenen Nacht verursachte ein Schleudern des Wagens, wobei der Chauffeur nur mit großer Not überfahren konnte. Kurz vor Lichterfelde mußte er plötzlich wegen eines Hindernisses die Bremsen hart anziehen, so daß der Kraftwagen ins Schleudern geriet und mit voller Kraft gegen einen Baum stieß. Sämtliche Insassen wurden in weitem Bogen auf die Straße geschleudert, wo sie in benutzlosem Zustand liegen blieben. Weiter rück auf der Chaussee Garon-Buch ein Motorradfahrer aus der Gegend traf mit einem Stadtfahrer zusammen. Beide erlitten schwere Verletzungen und wurden von Passanten in das Krankenhaus Buch gebracht. In Sündenbock wurden zwei in voller Fahrt befindliche Kraftwagen aufeinander geschoben und zertrümmert. Die Verletzten wurden in das Krankenhaus Buch gebracht und die Verletzungen wurden als allergeringsten behandelt.

Der Arbeiter geistliche Mufft aufhaben und wie weit darf er hierin gehen?

Wie kann diese Frage überhaupt entstehen? Das heißt, wie ist es überhaupt jemals kommen, daß der Arbeiter seinen geistlichen Denken jemals entfremdet wurde, daß in ihm — dem Arbeiter — heute sofort erscheinende Widerstände nach werden, die nur irgendwie von religiösen Dingen die Rede ist?

Betrachten wir die Entwicklung einmal genauer! Das religiöse Denken ist so alt, wie das menschliche Denken überhaupt; es ist als der Mensch zu denken begann, d. h. als er anfing, sich über sich selbst und der Welt um ihn bewußt zu werden, da er nicht nur auch, dunkel ahnend, daß hinter allem Leben und allen Erscheinungen ein geheimnisvoller Sinn verborgen liegt, unbekannter Ursprung aller Dinge, der nicht nur alles in seinen taufendfältigen Erscheinungen aus dem Nichts schafft hat, sondern durch dessen uns unerforschlichen Willen alles Leben einen ganz bestimmten, uns oft sinnlos erscheinenden Lauf nimmt.

Der primitive Mensch empfand, bewußt seiner Schwäche gegenüber den gewaltigen Mächten des Schicksals, das Bedürfnis, diesen „unbekannten Gott“ irgendwie gegenständlich und greifbar darzustellen und vor diesem Bild zerknirschend niederzuknien und in den Staub zu sinken. Hier haben wir die Ursprung religiöser Gottesdienste in seiner primitivsten Form: den heidnischen Kult. Der Mensch in den frühesten Anfängen kultureller Entwicklung schenkt sich eine Göttergattung, der er nun in seiner Unbildungskraft alle die unbegrenzte Schicksalsmacht verleiht, er hinter den Dingen dunkel ahnt.

Der nächste Stand der religiösen Entwicklung der Menschheit — in qualitativem, nicht historischem Sinne — ist der, daß der Mensch den Glauben an eine Mehrheit von unsichtbaren Göttern entwickelt, von denen jeder seinen besonderen und eigenen Wirkungskreis hat. Wir denken an die Griechen und ihren Zeus, den Göttervater, ihren Apollon, den Gott der Sonne und der schönen Künste, Athene, die Göttin der Weisheit usw.; wir denken an die Römer und ihren Jupiter, den Obersten der Götter, ihren Mars, den Gott des Krieges, ihre Venus, die Göttin der Schönheit und der Liebe; endlich an die Germanen mit ihren Wotan mit der Stirnlocke, den Vater und Beherrscher der übrigen Götter, wie z. B. der Freya, der Göttin der Liebe und des Familienlebens, des Baldur, des Gottes des Lichts, des Thor, des Gottes des Feuers, der Liff und des Regen usw.

Der nächste Schritt religiöser Entwicklung in qualitativem Sinne bedeutet die Anbetung eines unsichtbaren Gottes, der als das unbekannte Geheimnis, das hinter allen Erscheinungen liegt, verehrt wird. Dies sind der „Jehova“ oder „Jahwe“ der Hebräer, der „Allah“ der Mohammedaner, der „Allmann“ der Araber, der „Gott“, der Herr, der allmächtige Schöpfer Himmels und der Erde“ der Christen. In all diesen Fällen handelt es sich um das Gleiche; der unbekannten Macht, die hinter allen Erscheinungen steht, sucht der Mensch eine Gestalt zu geben, die er sich menschlich vorstellt und der er einen Namen gibt, den er liebt.

Bei den Christen erscheint neben „Gottvater“: Jesus Christus, „Gottes Sohn“. Wie ist die Geschichte dieses demütigsten aller Menschen? Er taucht auf vor nunmehr 2000 Jahren in Palästina, lehrte in gewaltigen und jüdenreichen Worten und Taten wahre Menschen- und Nächstenliebe, verkündete ein ewiges Gottesreich, das diese Liebe begehrt, und ein ewiges Leben all derer, die eines guten Willens sind. Als der erste redet er von dem unvergänglichen Wert gerade der Armen, Schwachen, Bedrängten auf dieser Erde, und als er spricht er von der Vergänglichkeit und Nichtigkeit aller weltlichen Macht und Machtthronen. („Die Ersten werden die Letzten und die Letzten werden die Ersten sein.“) Was Wunder, daß gerade das arme Volk ihm in Massen zuströmte, um diese tröstlichen und unerhörten, noch nie vorher geäußerten Gedanken aus seinem Munde zu vernehmen. Und was geschah? Die Inhaber der öffentlichen Gewalt, die „Hohenpriester und Schriftgelehrten“, die es da heißt, erkannten, daß hier ein Mensch erschien, der im Begriff stand, ihnen ihre Gewalt aus der Hand zu reißen. Infolge dessen jammerten sie auf seine Beseitigung und ermordeten ihn im Kreuz.

Kein Wunder, daß noch heute, nach fast 2000 Jahren, die Lehren und Lehren dieses einzigen Menschen, der an der verblühenden Blut seiner Menschenliebe starb, der einer von den ganz wenigen war, die ihre Gedanken nicht nur lehren, sondern auch leben, alle tief denkenden und fühlenden Menschen aufhorchen läßt und in immerwährender Spannung hält!

Wenn unter einem Revolutionär ein Mensch zu verstehen ist, dessen ganzes Sinnen und Trachten dahin geht, die bestehenden Zustände und Verhältnisse, vor allem aber auch die Gedanken seiner Mitmenschen von Grund auf zu ändern, so haben wir in der Geschichte des Jesus Christus die typische Geschichte eines Revolutionärs vor uns, der gegen die menschlichen Unzulänglichkeiten und ihre Folgen eifert und von denen, welchen er innewohnt, vernichtet wird.

Ich frage nun: Besteht ein triftiger Grund für den Arbeiter und den Sozialisten, der Geschichte und einem großen Teil der Gedankenwelt dieses gewaltigen Geistesheben derart feindschaft gegenüberzutreten, wie es heute der Fall ist? Im Gegenteil! Wenn der Arbeiter einmal ganz ohne Vorurteil an diesen Gemeindefragen herangeht, würde er finden, daß es sich in vielen wesentlichen Punkten um seine eigenen Gedanken und Ziele handelt, sofern er bei seinen revolutionären Bestrebungen nicht nur nach materiellen Vorteilen trachtet, sondern eine wahre, schaffende Geistesrevolution erstrebt, die die Welt so bitter nötig hat. Gewiß: manche Folgerungen des christlichen Denkens sind und darf der Arbeiter unmöglich mitmachen. Die Sätze: „Liebet eure Feinde, tut wohl denen, die euch hassen“, oder: „Wenn dir einer auf deinen rechten Backen schlägt, so biete ihm auch den linken dar“, kann ein Zeit seines Lebens in der grauenhaften Sklaverei des Kapitals schwer leidendem Mensch, wie der Arbeiter, keinesfalls anerkennen; denn er muß unter allen Umständen und mit den härtesten Waffen um sein Menschenrecht, um seine Freiheit, kämpfen; die beiden eben angeführten Gedanken wären aber nur geeignet, den Arbeiter in seinem Kampf zu erschüttern und erschlagen zu lassen; jedes geringste Nachlassen aber im Kampfe gegen den Kapitalismus wäre Mord an aller Kultur, wäre speziell für den Arbeiter reiner Selbstmord.

Ist es aber angebracht, wegen einzelner nicht angenehmer Gedanken den gesamten christlichen Geisteskreis hinweg abzulehnen? Nein! Denn abgesehen von solchen einzelnen Folgerungen, die der Arbeiter unmöglich gutheißen kann, enthält das christliche Denken eine solche Fülle erhabener und gewaltiger Gedanken von unvergänglichem kulturellem Wert, daß man durchaus nicht einsehen kann, warum der Arbeiter das gesamte christliche Denken so vollkommen von sich weist, wie es heute geschieht. Hier liegen erhebliche Vorurteile im Wege! Und mit diesen Vorurteilen, die zwar verständlich, aber unberechtigt sind, hat es folgende Bemerkung:

Seit langem schon besteht, und das mit vollem Recht, eine tiefe und weitestgehende Trennung zwischen dem Arbeiter und der Kirche. Hiermit komme ich zu einem traurigen Kapitel. Kurz gejagt, hat im Laufe der Geschichte die Kirche und ein bestimmter Teil ihrer — fast möchte man sagen „angehörten“ — der gewaltigen und tiefgehenden Einfluß, den sie auf Grund der Verbindung der gewaltigen und erhabenen Gedanken Jesu Christi hatte, in unverantwortlicher Weise für politische und

sonstige eigennützige Zwecke zunahme gemacht. Man fragt sich wirklich, wie es möglich war, daß dieselbe Kirche, die die christlichen Worte der Gnade, des Friedens und der umfassenden Menschenliebe im Munde führte, zugleich blutige Kriege um politische, ja um nachher geblühende Zwecke führen konnte. Man fragt sich wirklich, wer sich schwerer verlobt, der Kapitalkraft, der seine Mitmenschen bis aufs Blut plündert und auslaugt, oder der Arbeiter, der seine Macht über das heiligste Empfinden seiner Mitmenschen zur Erlangung aller möglichen machtpolitischen und sonstigen Ziele mißbraucht und dabei die Worte der Liebe im Munde führt, die das Ideal und die Sehnsucht der ganzen Menschheit bedecken. (Schluß folgt.)

„Die Flucht zu den Hilflosen“.

Der Hundstriedhof von Paris.

Vor den Toren von Paris, in Asnières, auf einer schmalen Seine-Insel, schwimmend in Licht und Dunkel, liegt der Hundstriedhof.

Stetig und jügend betreten wir ihn, einen Freund zu begleiten bei seinem Besuche am Grabe seines Hundes.

Es könnte ein Kinderfriedhof sein. Lange Reihen kleiner, kleinster Gräber, blumengeschmückt, von Sorgfalt betreut.

Zwangswelke drängen sich uns schlüpfige „humanitäre“ Gedankengänge auf: Wieviel Kinder haben kein Bein, geschweige denn ein gepflegtes Grab! Wieviel zerschossene Jünglingsleiber faulen in Majestätengräbern! Es fehlt in der ganzen Welt am Richtigsten. Und hier, welcher Aufwand — für tote Hunde, für Tierkabberei! Der Schindanger verwandelt in einen blühenden Garten der Treue der Erinnerung, des jählichen Gedächtnisses.

Langsam gehen wir durch die Reihen. Auf Tafeln schlichte Inschriften: „Wolff, teurer kleiner Gefährte trauriger Stunden und heiterer Minuten“, „Doudou, treuer Freund durch zehn Jahre, wir werden dich nie vergessen“, „Mein César, letzter Gefährte der Einsamkeit“.

Die Gräber verankern nicht nur der Obhut des Gärtners ihr gepflegtes Aussehen. Menschen hantieren an ihnen: ein bleiches junges Mädchen streifbeinige alte Herren mit dem Wädhchen der Ehrenlegion im Knopfloch, schmale, verblichene alte Fräuleins.

Und das anfängliche Gefühl der Rebellion gegen diese „Blaspheemie“, der Beklemmung, angesichts der Sorgfalt für „tote Hunde“ verwandelt sich.

In Mäßigkeit? In Andacht? „Auch der Hund ist eine fühlende Kreatur, er verdient...“

Ich, nicht der Hund ist die auch fühlende gequälte Kreatur. Ich bin es; nicht der Hund hat mich, ich habe ihn nötig. Der Hund, der nichts anderes hat als diese wertlose Güte, mit der er die Hände leckt, auch wenn man von den Menschen beschimpft und verlassen ist. Der großmütiger ist als wir, der nicht fragt, ob wir schön oder häßlich, leistungsfähig oder untüchtig sind. Der immer Zeit hat und nie ungeduldig wird. In dessen Fell ich meine Stirne legen kann, zu jeder Stunde, mitten in der Nacht. Der nie enttäuscht wie die Menschen. Bei dem immer Ausruhen, Vertrauen, Rettung ist.

„Je mehr Menschen ich sehe, um so mehr liebe ich meinen Hund.“ „Man hätte ihn für ein menschliches Wesen halten können, aber — er war treu.“

Entwürdigung? Nein, Einsamkeit, Verbitterung, Enttäuschung, Liebesehnsucht schreibt solche Inschriften.

Der Mensch ist die Krone der Schöpfung. Jamahl, der herrliche Mensch, der unsterbliche Mensch. Der Ehrgeizige und Habgierige, der Heuchler und Selbstgerechte, der Mörder und Hente, der Stolz und Erbarmungslose. Aber welcher weint, wenn ich fortgehe? Welcher zeigt Trauer und Jubel, ohne sich zu schämen? Welcher ist ohne Verrat treu, offen und grenzenlos? Einsame und Enttäuschte nehmen Zuflucht zu den Hunden. Sie finden Trost in ihren schuldlosen Augen. Sie finden in ihnen das Urgeheimnis der Liebe. Das Märchen der Dankbarkeit. Das Wunder der Treue. Und manchmal vielleicht die Kraft, die Menschen dennoch zu lieben.

Schweigend stehen wir neben unserem Begleiter, der auf eine kleine Tafel hinabsieht: „Notre Cigale“.

Dr. Anne Bernfeld.

Das Dalton-Unterrichtsverfahren.

Die Amsterdamer Gemeindeverwaltung hat in den letzten Jahren unter der Leitung des Unterrichtsdezernenten Geossen Polak einen äußerst fortschrittlichen Geist auf dem Gebiete des

Unterrichts- und Erziehungswesens bekundet und ist nunmehr dazu übergegangen, außer den bereits errichteten Dalton-Unterrichtsschulen auch einen Versuch mit dem Dalton-Verfahren zu machen, das grundsätzlich mit der gewohnten Klasseneinteilung in den Schulen bricht. Eine der Klassen der Plantageschule wurde Anfang Januar dieses Jahres in diesem Sinne umgestaltet. Als die Schüler dieser Klasse nach den Weihnachtsferien wieder in die Schule kamen, waren die Pulte und Bänke veränderten und an ihre Stelle waren freundlich grün gefärbte Tische mit bequemen Drabanter Stühlen getreten. Die Wandtafeln waren mit gebülmten Gardinen geschmückt, und das ganze Schulzimmer hatte ein behagliches trautes Aussehen gewonnen.

Bisher hat das Dalton-Verfahren seine größte Anhängerzahl in den Vereinigten Staaten und in Japan gehabt. Eine japanische Unterrichtsmission hatte bei ihrer Studienfahrt in verschiedene Länder in den Jahren 1921 bis 1924 so lebhaft die Vorzüge dieses Systems gepriesen, daß auch in Amsterdam jeder Christismus befestigt wurde, mit dem pädagogisch-sonderbarsten Kreise zunächst das neue Verfahren achtungsvoll befragt hatten. Der augencheinliche Erfolg hat dem gefunden Optimismus des Ratschens Geossen Polak Recht gegeben. Der große Vorzug des Verfahrens besteht darin, daß die Kinder das ihnen gerade genehme Arbeitstempo einhalten, Selbständigkeit entwickeln und ihren Charakter bilden können. Die für den Versuch willkürlich herangezogenen Kinder einer beliebigen Klasse haben das Klassenpensum mühelos bewältigt. Sie erhalten jede Woche ihre „Aufgabe“ zugewiesen, an der sie innerhalb der Woche zu der auf dem Plan angegebenen Zeit für selbständige Arbeit ruhig schaffen können. In Gruppen zu vier oder fünf sitzen sie um die Tische und jedes Kind bearbeitet einen Teil der Aufgabe. Während das eine rechnet, beschäftigt sich ein anderes mit Geographie und ein drittes mit Sprachkunde. Diese sechs bis elfjährigen Kinder sind in ihre Arbeit so vertieft, daß sie es oft bedauern, wenn die Leiterin ankündigt, daß die Arbeit an der Aufgabe durch eine Klassenstunde unterbrochen werden muß. Interessant ist es, daß die Kinder auch vorzüglich gelernt haben, gegenseitig ihre Arbeiten kameradschaftlich zu verbessern. Nach dem ausgezeichneten Gelingen dieses ersten Versuches ist es nicht ausgeschlossen, daß in absehbarer Zeit in Amsterdam eine ganze Schule nach dem Dalton-Verfahren eingerichtet wird.

Die mythologische Geschichtsschreibung der Stefan George-Jünger.

Fast gleichzeitig mit Gundolfs „Cäsar im 19. Jahrhundert“ bringt der Verlag des George-Kreises, Georg Vondra-Berlin, „Napoleon und die Deutschen“ von Berthold Valentini (166 Seiten) heraus. Die „Geschichte des Ruhmes“ von Heron entwickelt sich also zu einer literarischen Spezialität. Aber wenn Gundolf trotz mancher Geschraubtheit, die diesem Kreise eigenständig ist, mit Gründlichkeit und Geschmack zu Werke geht, mischen die Sitt- und Sprachgebräuche bei Jüngern des „äußeren Kreises“ klappernd und abgenutzt. Valentini's Schritt verlohnt nicht dazu, die Geschichtsschreibung als Erziehungswissenschaft mit dem neuen Mythos, der mit den Mitteln mobiler Metaphysik ausgestattetem Lagerde, dem feierlichen Pathos präferentieller Hymnen zu vertauschen. Oder fördern Drafesprüche über Napoleon, wie der folgende „er repräsentiert Blut, Blut, Blut, das zum Blute will und nur vom Blute empfangen wird“ (Seite 42) oder „er ist der nächste Kosmische, durch den wir bluthafte Verbindung mit dem nährenden Weltkern haben“ (!) unsere historische Einsicht?

Von Napoleon und den Deutschen handelt nur der erste Aufsatz. Die Behauptung, Napoleon „gehöre den Deutschen“, überprüft einen richtigen Gedanken erheblich. Der Sinn für Ursprünglichkeit und formstrenge Unbedingtheit liegt gewiß in deutscher Geistesart; in ihrer umfassenden Tendenz kommt sie manchem Fremden und Feindlichen mehr entgegen, als das bei anderen Völkern der Fall sein mag. Indessen: will man keinen Genus anderen gönnen? Die Nebeneinanderstellung von Urteilen führender Deutscher des 19. Jahrhunderts über Napoleon (wobei übrigens in Helms Napoleon-Kultus auch der Feinde-Freund einen faßlichen Jungensplag führt), ist die anziehendste Partie der Valentini'schen Schrift; keine eigenen Spekulationen jedoch von der Wissenschaftlichkeit Napoleons und der Deutschen auf der Basis der Neuschöpfung der ersten Artikel überzeugen wenig. Dagegen wird man die Darlegungen über den Unterschied der napoleonischen Untertänigkeit an antike Formen gegenüber der antiken Mäskelade im französischen Klassizismus sowie der Analyse der Beziehungen von Napoleon zu Frau von Staël nicht ohne Interesse lesen.

Große Dinge in einer kleinen Stadt.

Von Max Barthel.

Wir alle kennen die kleinen, traurigen Kester in der Provinz und ihre krummen, schmutzigen Straßen, die fahlen Plätze mit dem Kriegerdenkmal, dem bedrückten Rathaus und die weißlich gestreuten Gasthöfe. Auch in dieser Stadt, die ich besuchte, klapperten mehr Wagen als Autos über das holprige Pflaster und oft glaubte man, die Mühle des Lebens leer laufen zu hören.

Wie das kummervolle Greisenhaupt eines Handwerkers war diese Stadt, aber es konnte auch das eines heimlichen Säuwers sein. Und doch wurde dieser steinerne Kopf von lauter Kostbarkeiten umgeben und aus toller Provinzeinsamkeit in den Kampf des Tages gestellt, in die Berechnungen eines Landes geworfen, denn ringsum lagerten mächtige Braunkohlenfelder. Meine Arbeit war bald getan, und in der Zeit zwischen zwei Zügen sah ich in einem alten Gasthaus und las in der Lokalzeitung die kleinen Meldungen „Aus der Provinz“ und fand Kurzgeschichten von fünf und zehn Zeilen in einem schlichten Deutsch geschrieben, aber doch erfüllt von Leben und Liebe, Kampf und Tod. Auch in dieser kleinen Stadt waren Lust und Leid, Tränen und Gelächter um viele Dinge und Erlebnisse, die das Leben erst lebenswert machen. Wohl erahnt man aus diesen Meldungen nur die Oberfläche einer leichten Landhaft, aber auch die Oberfläche der Natur rings um die Stadt war ja Sand, und erst unter dem Schutt und Geröll lagerte die wertvolle Kohle.

Von jenen Kurzgeschichten habe ich mir einige abgeschrieben, weil sie eigentlich die Keimzellen vieler Tragödien oder Lustspiele sind. Da meldet z. B. der Herr Schimpffale (die Tragödie dieses Namens allein ist ein Lustspiel für sich), daß er ein neues Hotel übernommen hat und sich seinen werten Gästen, Freunden und Gönnern hochachtungsvoll und ergebenst für Festlichkeiten und Trauerefälle empfiehlt. In Drüßig ist ein neues Kriegerdenkmal eingeweiht worden, „daß endlich ein langjähriger Wunsch in Erfüllung geht“, und natürlich haben sie einen „wichtigen Brief aus dem Reich“ für ihr Denkmal ausgewählt. Aus Russland kommt Krüge über die Schleicherei der Welt. Das ist eine Geschichte zum Weinen und zum Lachen zu gleicher Zeit. Wir alle leben ja mehr oder weniger in Russland.

Am Sonntag hatten wir wieder einmal die fette Freude“, schreie der unbekanntes Gimpelber in rührender Befehlsweise, „einen Theaterabend zu erleben. Leider ließ der Besuch sehr zu wünschen übrig. Lag es an der Wahl des Stückes, Hebbels tobenster Maria Magdalena? An dem vielleicht nicht glänzenden Tage oder den schlechten Theaterverhältnissen überhaupt? Wie dem auch sei, es will uns beklagen, daß unser Publikum im allgemeinen das Theater weniger als eine Quelle der Erbauung, denn eine der Unterhaltung, des Vergnügens betrachtet, und da werden wir die geringsten Verbesserungen unserer künftigen Nacht nicht minder für immer verfehlen werden.“

Aber Herr Sedendorf als Beobachter war ganz der richtige Schatz, der über Vögel schreibt, wenn er nur keinen Vorteil davon kann.

Auf soviel Gram aus Russland kommt eine Wölle aus Belg. „Das kleine Städtchen Belg, das ein Stadloberhaupt braucht, kann sich rühmen, 214 Bewerber um diesen Posten zu verzeichnen. Viele aus den verschiedensten Berufen schienen in sich die Gabe entdeckt zu haben, die Stadt Belg mit Rat und Tat würdevoll besseren Zeiten entgegenzuführen zu können. Unter den Kandidanten befinden sich 28 Bürgermeister und 12 Bürgermeister a. D., 20 Stadtratsratsmitglieder bzw. Oberinspektoren, 53 Stadträte und Obergerichteure, eine Anzahl Kreisassistenten, Offiziere, Ingenieure Kaufleute und ein Oberförster. Der älteste Bewerber zählt 51 Jahre, der jüngste 23 (!) Jahre.“

Nein, das ist keine Wölle mehr. Der Kampf um den Bürgermeisterposten der Stadt Belg weitet sich zur Tragödie des Kampfes um das tägliche Brot. Und diese Meldung hat die Brücke zu den Schlußworten des ersten Tages „Lokalbericht aus einer kleinen Stadt“.

In Neupetersheim wurde am Donnerstag ein ansehender schweizer Junge, welcher in einer Maschinenfabrik arbeitete, verhaftet und nach dem Bezirksgefängnis überführt. Der Verhaftete arbeitete unter falschem Namen, soll aus dem Kantonland stammen und noch fester Jahre auf dem Korbholz haben.

Die Schatten aus der unsichtbaren Welt der Gefängnisse und Justizhäuser streifen vorüber, das Schicksal eines unbekanntes Menschen, die Tragödie eines Verbrechens, der heiße Atem einer verregenen Flucht. Da stand nun jeder Mensch an den Maschinen über in der Arbeit, um wieder „schlich“ zu werden; vielleicht war auch schon die Sühnezeit neuer Liebe in ihm: da kam der Kaiserlich aus wolkigen Himmel, der Niederstschlag und Saug in die vergiftete Zelle des Gefängnisses.

Im benachbarten Frankenhäuser“, so schließt die Seite, „geriet eine Mutter mit ihrem eundwundungswürdigen Sohn in einen Wortwechsel. Dabei geriet sie so in Wut, daß sie die auf dem Tisch liegenden Messer ergriff und sie dem Sohn ins Gesicht warf. Einem der Messer traf das rechte Auge des Sohnes, so daß dieses sofort ausfiel und vom Arzt entfernt werden mußte.“

Nein, diese kleine Stadt ist nicht mehr grau und langweilig. Diese kleine Stadt ist voller Geheimnisse. Jede Augenblicke greift die Oberfläche der Gesellschaft an und gräbt sich in die Tiefe und Barockhaftigkeit menschlicher Gemeinshaft, gräbt sich in die Tiefe der Herzen mit all ihren Freuden und Leiden, Herabwürdigungen und Bewundigungen.

Wie ich diese unbekanntes Stadt verließ und die kühnen Koffenfelder sah, die langen, grauen Hüden und die schen grünen Felsen, da machte ich an jene Mauer denken, die in der Tiefe stehen lassen. In die Koffenfelder blickte ich, und die schon vergessenen Worte aus jener Theaterzeit vor Koffenfelder kamen mir und hockten in das Gedächtnis. „Denn ich bin ganz der christliche Schatz, der über Leben kochte, wenn ich mit seinen Worten waschen kann.“

Und „Draus“ warf einen Stein. Das große Spiel in jener Stadt war das Kräftigen.

Unterhaltung

Scheinehe.

Von Ossip Dymow.

Aus dem Russischen übertragen von Arnold Wasserbaum.

Jacob Schwarz, Student des zweiten Jahrganges des Petersburger Technologischen Instituts, bekam morgens, noch ehe er sich auf den Weg nach seinen Vorlesungen gemacht hatte, einen Brief. Auf dem Kuvert war ein Poststempel „Dwins“. Dies war seine Heimatstadt. Die Adresse war in unbekannter Schrift (scheinbar weiblicher Herkunft) geschrieben.

Zunächst dachte Jacob Schwarz, ob seinen Eltern nichts ausgefallen sei, wozu ihn vielleicht fremde Leute verständig wollten. Er war ein guter Sohn mit etwas weiches, sentimentalen und häuslichem Charakter. Rasch öffnete er den Brief und begann zu lesen.

Im Brief stand folgendes:
„Geachteter Herr Schwarz! Von Ihren Eltern erfuhr ich Ihre Adresse und schreibe Ihnen in einer für mich wichtigen Angelegenheit. Vielleicht erinnern Sie sich noch meiner: ich bin Manja Großstein, die Tochter des Papierhändlers Großstein. Als Sie noch Realschüler waren, kamen Sie immer zu uns Hefte und Heftchen kaufen, die ich Ihnen persönlich übergab. Gott hat Ihnen geholfen; Sie haben Ihre Prüfung bestanden und kamen ans Technologische Institut. Sie können sich wahrhaftig glücklich fühlen. Nur ich mußte in Dwinst bleiben und bin bis jetzt in der Papierhandlung meines Vaters, wo ich noch immer den Schülern die Hefte verkaufe. Aber auch ich will studieren und es sieht mich mächtig nach den hohen Kurzen für Frauen in Petersburg. Ich hoffe auch, daß man mich aufnehmen wird, aber das einzige, was mir dazu noch fehlt, ist die Aufenthaltserlaubnis für Petersburg. Ich habe lange darüber nachgedacht, wie man diese Sache erlösen könnte und habe mich schließlich entschlossen, mich an Sie zu wenden, da ich Ihre Güte und Ihre Bereitwilligkeit, jedem, der sich in Not befindet, zu helfen, sehr gut kenne.“

Nach dem Befehl hat die Frau eines Studenten, das Recht, in Petersburg zu leben. Vielleicht findet sich dort unter den Ihnen bekannten Juden einer, der bereit wäre, mit mir eine Scheinehe zu schließen und mir eine Bestätigung zu geben, daß ich seine Frau bin. Gewiß wäre dies nur eine Formalität und außerdem nur für einige Zeit. Ich würde mich dann bald darauf in Petersburg und dann könnten wir uns „scheiden“ lassen, was für Juden ja gewiß sehr leicht ist! Erlauben Sie nicht allzu sehr über meine Bitte, aber ich habe keinen anderen Ausweg.

Ich will so unendlich gerne studieren! Und mich von diesem geliebten Vater hier, das ich ohne Hoffnung auf Besserung verbringe, losreißen. Mit Ungeduld erwarte ich Ihre Antwort.

Achtungsvoll

Manja Großstein.

„PS. Ich muß noch hinzusetzen — eigentlich weiß ich selbst nicht, warum — daß Abraham Katschik, ein Witwer mit drei Kindern, um meine Hand anhält und der Vater darauf beharrt, daß ich meine Einwilligung gebe. Wenn ich keiner anderen Ausweg finde, wird mir wohl nichts anderes übrig bleiben. Wie entschuldigend! M. G.“

Schwarz wurde nachdenklich. Selbstverständlich hatte er sehr gut verstanden, daß Manja Großstein, als sie „da den Bekannten“ schrieb, eigentlich nur ihn vor Augen hatte. Denn es wäre doch ganz sinnlos gewesen, einen solchen Vorstoß jemandem zu machen, den sie nie im Leben gesehen hatte. Es ist ja richtig, es sollte nur eine Scheinehe geschlossen werden, es handelte sich also nur um eine Formalität, aber trotzdem würden ihn die Kameraden fragen:

„Warum machst du denn nicht selbst die Sache?“
Schwarz erinnerte sich Manjas ihres weichen, sommerprossigen Gesichtes, ihrer ersten, kurzlichen Augen.
Sie heirateten?

Da mußte er aufpassen: eine Scheinehe schließen, am Papier, ja. Aber was geht ihn ihr Gesicht und was gehen ihn ihre klugen Augen an?

Aber Schwarz hatte ein gutes Herz. Er erinnerte sich all dieser vergangenen Dinge, dieser bitteren Prüfungen, Erwerbungen und Aufregungen, die er vor einem Jahre hatte durchmachen müssen, bevor es ihm glückte, ins Technologische Institut einzutreten. Deshalb verstand er auch so gut, was dieses arme Mädchen wohl mitmachen mußte, das es mit allen Kräften zum Studium hinarbeitete und daran, durch all die Gramanteile von Prüfungen und Verböten gebittert wurde.

„Sie wird in diesem Provinzstädtchen noch zugrunde gehen“, dachte der weidherzige Schwarz, „nein, das könnte ich mir in späterer Zeit niemals vergehen, daß ich ihr nicht die Hand zur Hilfe entgegenstreckt hätte!“

Zu besonders gehobener Stimmung begab sich Schwarz ins Institut. Dort, in der Pause zwischen zwei Vorlesungen, erzählte er seinem Freunde von dem Inhalt des bewußten Briefes. Der war auch noch sehr jung und nahm deshalb das Projekt seines Kameraden mit großem Interesse auf.

„Aber wenn Du das tun willst, dann darfst Du Dir nicht viel Zeit lassen!“ meinte er geschäftig. „Und die Hauptsache ist: alles geheim halten! Schreibe Deinen Eltern nichts davon, sie könnten sich höchstens noch dreinmischen und die ganze Sache verpatzen. Man kennt sie schon diese „Alten“! Was verstehen denn die? Gott helfe Dir! Das ist eine gute Sache!“ So beendete der junge Freund seine Rede.

Und Schwarz tat es auch wirklich so. Er schrieb an Manja einen langen, ausführlichen und sehr manteligen Brief. Erklärte, daß es ihm unangenehm wäre, seinen Kameraden mit so einem Vorstoß zu kommen und deshalb nehme er sich die Freiheit, sich selbst in Vorhölle zu bringen. Wenn sie einverstanden sei, keine Äußerung zu machen, so würde er schon im voraus für das bewiesene Vertrauen, bitte sie, die ganze Sache geheim zu halten und abzuwehren, ohne Zeit zu verlieren.

Und Jacob Schwarz, noch immer in gehobener Stimmung, ging um den Brief in den Postkasten zu werfen. Eine Woche später war er mit Manja Großstein verheiratet. Die Hochzeit hatten sie ganz einfach gefeiert, und nachher erhielt die junge Frau ein Dokument, mit welchem sie berechtigt war, sich in Petersburg anzubekommen und logierte sich an einem Ende der Stadt in einem kleinen Zimmer ein, während der „Gatte“ in seinem Zimmer am anderen Ende der Stadt verblieb.

Schwarz aber fühlte sich keineswegs wie bisher, war oft zerstreut, wurde ertrübt, ging weniger in Gesellschaft von anderen Mädchen. Es schien ihm, als lege ihn seine neue Verfassung als „Ehemann“ — trotzdem dies nur Schein war — gewisse Verpflichtungen auf. Von Zeit zu Zeit dachte er seine Frau auszufragen, ob sie nichts brauche! Sie war schon Studentin geworden, ihr Zimmer war tein eingerichtet, auf dem Tisch lagen ihre Bücher und sie selbst hatte ihre unvorzählige Provingstube gegen eine isolierte Stube gewandelter Provinzstadt eingetauscht.

„Sie ist wirklich gar nicht toll!“ dachte Schwarz. „Männchen kann auch sein Frauen und andere junge Leute, auch Mädchen. Es ging recht leicht aus der Hand zu.“
„Warum wohnen die eigentlich so weit voneinander?“
„Kampan die Studenten, haben sie einander nicht?“
„Warum?“

Der Frühling kam heran, es kamen die Prüfungen, dann ging der Sommer ins Land — im Herbst aber begegnete Schwarz seinem Freunde. Sie freuten sich beide über das Wiedersehen, begannen einander auszufragen, was, wie, wo.

„Besuche mich doch, es wird mich sehr freuen!“ sagte Schwarz. „Und wo wohnst Du? Noch im selben Zimmer wie voriges Jahr?“ fragte der Freund.

„Nein“, erwiderte Schwarz ein wenig verlegen. „Ich ... ich ... bin übergesiedelt. In einem einzigen Zimmer ist es uns doch zu eng und unbequem.“

„Ans?“ fragte der Freund erstaunt.
„Nun ja ... mir und Manja. Wir haben doch vor kurzem ein Kind bekommen ... ein prächtiges Mädchen, ganz mir nachgeraten. Komm' nur, Dr wirst schon sehen ...“

Säer.

Von Hans Brand.

O, daß ich mit vollen Händen
so wie du dort Schritt um Schritt
— Erd und Himmel schreien mit,
deine Würfe zu vollenden —

o, daß ich mit vollen Händen,
Sämann, so wie du den Samen
säte und zum „Amen! Amen!“
Erd und Himmel sich verbänden!

Ist Bewahren nicht Verschwenden?
Nur aus den Vernichtungsbränden
steigt der Vogel Morgenrot.
Tod ist Leben, Leben Tod.
Nirgend Anfang, nirgend Enden.
O, daß ich mit vollen Händen

Die Ablehnung Gerhart Hauptmanns.

Wie bekannt, hat Gerhart Hauptmann in seinem Antwortschreiben auf die Berufung zum Mitglied der neugegründeten Sektion für Dichtkunst an der Preussischen Akademie der Künste dem Kultusminister mit seiner Abgabe zugleich gegen den Plan des Kultusministeriums zu polemisieren versucht. Dies ist um so merkwürdiger, als man allgemein des Glaubens war, daß Gerhart Hauptmann das ihm zugedachte Amt, zugleich eine neue Ehre, ohne weiteres annehmen würde, insbesondere, da er sich seit langem selbst für die Durchführung des schon im Jahre 1919 von unserem verstorbenen Genossen Karad Henrich propagierten, eigentlich schon seit fast einem Jahrhundert für Spätsprache stehenden, Plan der Gründung einer Abteilung für Dichtkunst an der Preussischen Kunstakademie eingesetzt hatte. Er hatte auch bei der Aufstellung der Kandidatenliste, deren erste Stelle ihm von vornherein zugedacht war, entscheidend mitgewirkt.

Seine jetzige Ablehnung des Planes kam daher nicht gut ein Mißverständnis seinerseits oder seitens des Kultusministeriums zur Ursache haben. Es muß ein völliger Wechsel in den Anschauungen des Dichters vorliegen, der, da er dem Außenstehenden völlig überraschend und unbegründet erscheint, noch der näheren Erklärung durch Gerhart Hauptmann bedarf. Er stellt sich mit seiner Erklärung auch in Gegensatz zu seinen Mitkandidaten, die alle ihre Berufungen angenommen haben, und, wie Thomas Mann, Arno Holz, in besonderen Erwähnungen, die in der Presse in den letzten Tagen veröffentlicht wurden, trotz zum Teil auch pessimistischer Beurteilung der neuen Schöpfung, einstimmig der Ansicht sind, die Arno Holz in den Worten zum Ausdruck bringt: „Akademien sind das, was die Akademie sich daraus machen.“

Mit Worten läßt sich natürlich trefflich und ohne Aufheben und endgültige Entscheidung über den Wert und Unwert der neuen Einrichtung freieren. Es muß aber darauf hingewiesen werden, daß diese und jede ähnliche Einrichtung nur Möglichkeiten schaffen kann, von deren Ausnutzung und Ausbau durch die dazu Berufenen es abhängt, welche Vorteile, sowohl materiell wie geistig, daraus erwachsen können. Der Aufgabenkreis, den eine Dichter-Akademie sich schaffen könnte, ist doch auch nicht allzu schwer zu umreißen: Die Förderung des nachstehenden deutschen Schrifttums, der Kampf gegen die verächtlichst wieder in Erscheinung tretende Zensurwillkür und die Arbeit zur Lösung vieler anderer wichtiger geistiger Fragen könnte von hier aus mit viel größerem Nachdruck als bisher geführt werden. Es ist daher nicht ganz unbedeutend, wenn die „Börsenzeitung“ nach solchen Erwägungen dieser Art die Stellungnahme Hauptmanns als „sozial und um so bedeutender bezeichnet, als Gerhart Hauptmann sich offen zum neuen Staat und dessen sozialen Aufgaben bekennend und mit Begründungen, die offene Türen ermuntern (Unmöglichheiten, entsprechend wie für die Kunst und die bildenden Künste beschaffen für die Dichtkunst eingerichtet u. a.), seine Mitgliedschaft bei der Leitung einer wichtigen Arbeit verweigert.“

Verschundene Indianerkultur.

Gewaltige Ruinen einer Stadt, die von den längst vergangenen Völkern der Japoto-Indianer gebaut worden war, sind kürzlich in Mexiko von der Archäologen-Expedition entdeckt worden, die von der mexikanischen Regierung zur Erforschung der Geschichte der Indianer ausgerüstet worden war. Die genannte Stadt weitete sich in Glanz und Pracht mit der Maya-Stadt Chichen Itza in Yucatan, mit deren Freilegung die Carnegie-Expedition zurzeit beschäftigt ist. Die neue Fundstätte ist ein Beweis für die hohe Stufe der verkümmerten indianischen Zivilisation. Die bisher freigelegten Räume bezeichnen eine Fläche von über 25 Hektar und bestehen aus Steinbauten mit Tempeln, die eine große Zahl von Steinbildnissen und merkwürdigen geschnittenen Figuren enthalten, Steinbildern einer Idolewelt, die den Menschen von heute fremd bleibt. Die größeren Gebäude sind rund um offene Plätze und Anlagen erbaut. Sie sind sämtlich aus Granitquadern errichtet und bergen eine große Zahl schon geschwundener Altäre. Bisher ist es den Archäologen der Expedition nicht gelungen, den Sinn der verstreuten Steinfiguren aufzuklären, die deshalb zu weiteren Studien nach Mexiko mitgeführt werden sollen. Die heute völlig zerstörten und entarteten Indianer Mittelamerikas und Mexikos sind, wie wir weiß, die Nachkommen der präkolumbianischen Völker. Ihre Väter lebten in Städten, deren Architektur an die der modernen Städte erinnert, aber alle diese Trümmern sind heute verschunden und man weiß nicht mehr, welche Gründe bei ihrem Verschwinden wirksam waren. Der wandernde Nomade hat in seinem unigen Bestehen diese Kulturstätten begraben, und man ist jetzt dabei, sie aus diesem Wüstengrab wieder ans Licht zu bringen.

Besuch in Doorn.

Von Fritz Tesloff.

Utrecht, den 27. Mai 1926.

Die Straße des Autobus führt durch gepflegte Parklandschaft. Rechts und links liegen die Sommerhütten reicher holländischer Händler in freundlich offener Pracht. Hier haben Plantagenbesitzer und Reeder sich Heime von einer weltlichen Kostbarkeit geschaffen, wie wir sie in Deutschland kaum kennen. Der Holländer liebt Blumen — Blumen sind hier sogar Exportartikel — und er pflegt er Beete vor seinen Häusern, Rhododendron, Bergfarn, nicht, Pfingstrosen. Keine hohen Mauern ziehen undurchdringliche Scheidewände zwischen den baumbestandenen Alleen der Straßen und dem gepflegten Privatgärtchen der Landhäuser und Parks, nur niedrige Drahtgitter deuten an: Du darfst dir das von außen ansehen, die Kolonnen blühen auch für dich, doch in ihren Schatten darfst du dich nicht legen! Fast jeder dieser großen Gärten hat ein stilles Wasser mit träumenden Ufern. Das schafft liebe Abwechslung in die an sich schon so lebendigen englischen Anlagen.

An all dem rast der Autobus vorüber, das Auge erhebt sich mit raschen Blicken sonnige Beranden mit gepflegten Frauen und wohlgerähten spielenden Kindern. Manchmal auch kleine Häusergruppen mit Strohdach, doch nicht ärmlich bieder Belag auf verfallenen Hütten, sondern architektonisch verwandt in dünner Kappe zu unmaßstäblicher Wärme.

Die Leute im Autobus sind größtenteils Gäste von den vielen herrschaftlichen Sommerhütten, auch mancher Kletterer, der sich in Doorn in einer Pension einnistet will. Denn es ist lieblichstes Land, wo Wilhelmus Rex im Exil schmachtet.

Da meine Anmeldung in Haus Doorn wahrscheinlich zwecklos gewesen wäre, hatte ich es unterlassen, von Utrecht aus ein Telegramm vorauszusenden, bevor ich die fast einstündige Autotour begann. Ich hand also fremd auf dem Doornse Dorfsplatz, dem man gar nicht ansieht, daß er Mittelpunkt einer Gemeinde von über 3000 Menschen ist, wie man überhaupt dem ganzen Doorn so viele Menschen nicht zutraut. Viele Häuser liegen ganz versteckt im Grünen und dieses Grün hat auch den Doornse Dorfsplatz erobert und nicht viel von ihm übrig gelassen. Eine Riesenhöhe steht breit in der Mitte, spendet reichen Schatten und läßt gerade Raum für den überaus regen Automobilverkehr quer durch den Ort.

Viel fragen wollte ich nicht, und da Doorn nicht groß ist, wollte ich selbst finden, was ich suchte. Ein Anfahrtskartenladen konnte mir da sicherlich mit den Anfahrten von Haus Doorn die Suche erleichtern. Ich fand in dem Laden mehr als ich suchte, denn da gab es geschäftstüchtige Ausbeutung der Ehre, die Doorn seit dem November 1918 widerfahren ist. Auserkürzte Alben von S. M. und seiner Umgebung werden für 65 Cts. verkauft; nicht nur Ansichten seines Hauses, eines großen vierflügeligen Schlosses, nicht nur des großen Vorgabendes der Dienerschaft werden in allen möglichen Varianten reproduziert, nein, er selbst in höchst eigener Person ist, wie einst im Mai, photographiert und jeder kann sich ihn für 10 Cts. an den Hut stecken. Allerdings, die schöne, hochgraue Uniform fehlt, doch auch keine! „Zwei merkt man eine betonte Eleganz an, die Neugierde übertrifft. Der Hut ist tief auf dem Kopf und das Taschentuch blüht breit aus der Brusttasche des tadellos gepflegten Anzuges.“

Tat ich dem Manne vielleicht Unrecht, war er schuldlos an dem Duzend Photographien, das mir da in die Hand gedrückt wurde, auf den seine Frau Hermine als Kaiserin aufgeführt wurde, man ihn und sie im Park spazierend, ihn allein mit einem Dadel, alle möglichen Prinzen spielend sah? Ich frug, wer die Bilder aufgenommen, wer die farbigen koloriert hatte, und erfuhr, daß alle Aufnahmen aus dem Hofstaat des Märtyrers stammen. Einmal hatte Wilhelm sich filmen lassen, und als das Stunt gab, wor von einer „Täuschung seiner Majestät durch einen korpulenten Unternehmern“ gesprochen worden. Ich frug also weiter, ob denn der Kaiser von diesen Bildern wüßte? „Ach, er kommt hier oft vorüber und sieht sie sich in der Vitrine an!“ Ob Majestät an dem Ertrag seiner Konterfeis beteiligt ist, wurde mir nicht verraten.

Mit dem Duzend Photos ausgerüstet, ging ich los und fand in wenigen Minuten vor dem langgestreckten Vorgabende, das sich schüßend vor die Unnahbarkeit der Majestät stellt. Ein roter Ziegelbau mit farbigen Fensterladen, ein großer Vorgarten, in dem als einziger Schmuck augenblicklich mehrere Rhododendronbüsche blaurosa blühen und dann am Tor ein dunkelgrünes Schilderhaus. Ein Glück, daß Haus Doorn nicht in Deutschland liegt, sonst stelte sicherlich die Reichswehr den Ehrenposten. Der Eintritt ist natürlich unterkofft.

Ich verstaute den Riesenpark zu umschreiten. Eine gute Stunde ging darauf, bis ich den neuen hohen Drahtzaun umkreist hatte. Das ganze Besitztum sticht mit seiner Blumenarmut blüher von der offenen Pracht der holländischen Besitzungen ab. Große Baumbestände, viel Nadelholz, lassen die menschenleeren Räume fast leblos wirken. Hier mußten Kinder spielen! Doch, was denkt der Mann da drinnen an unterernährte, blasse Großstadtkinder? und wie ich so den sandigen Weg entlang schlendere und mich frage: Vergeht so der Ruhm der Welt, da fallen mir immer wieder die lausbüblichen Randbemerkungen, die verbrochen anmapenden Reden ein, die den Weg dieses Mannes gepflastert haben. Der Weg mußte nach Doorn führen! Doch er hat nichts gelernt. Er fühlt sich noch immer als gleichwertiger Nachkomme großer Vorfahren, auf dem Tische seines Empfangszimmers prunkt hoch ein Reiterstandbild Friedrichs II.

Alle die deutschnationalen Tanten, denen das Herz und meist auch der Mund überreift, wenn sie an ihn denken, die ihn darben glauben, sollten sich dieses parfümierten Schloß ansehen. Dann würden ihnen bald die Tränenrösten versagen, denn vor solcher Wirklichkeit nützt auch die verlogene Agitation nichts. Der Mann, der namenloses Glend über Deutschland gebracht hat, lebt als reicher Schlossherr in einem irdischen Paradies. Jene, die das Glend des Krieges auf ihren Schultern getragen haben, die gebeugt worden sind von der blutigen Last endloser Jahre, die sollten nicht gelernt haben, daß es aller Gerechtigkeit Habt spräche, wenn dem Schloßherrn von Doorn neue Millionen nachgeworfen würden?

Als ich vor der Rückfahrt noch einige Augenblicke auf dem Dorfsplatz saß, kam einer der vielen holländischen Bettler, nahm seine Hölle und blies schrill „Die Nacht am Rhein“. Die Zuhörer verstanden.

Und so sag' ich zum letzten Male:
Alles gibt sie reichlich und gern;
Natur hat weder Kern
Noch Schale;
Du prüfe dich nur allermeist,
Ob du Kern oder Schale seist!